Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **7 (1978)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31

7. Jahrgang Nr. 2
14. Februar 1978
Kiosk Fr. 1.50

das konzept

neue Adresse: (ab 18. Februar 1978) Weinbergstrasse 31 8006 Zürich

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion:
Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef
Beat Schweingruber, Liselotte Suter

Adresse: Weinbergstrasse 31,
CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–)

Der Witz von Witzwil
«Neu»-Bau einer Strafanstalt Seite 3

Der stillgelegte Klassenkampf
Hat Israel Angst vor dem Frieden? Seite 6

Was es kostet, zu seinem Recht zu kommen
Der Fall Cincera, das DM und unsere Justiz Seite 7

Die BBC in Brasilien
Zweifelhafte Machenschaften eines Schweizer Multi Seite 9

Inserat zur Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» Seite 12/13

CINCERA, DER TASCHENDIEB klaut Personalien..... ..und die Justiz schläft

Zum Fall Cincera und unserer Justiz siehe auf Seite 7

Jean Ziegler zur Sozialistischen Internationale*

Zwischen Rot und Blassrosa

Die Sozialistische Internationale, die Vereinigung der «demokratischen Sozialisten der Welt», gilt als eine «moralische Institution» und «überzeugende Autorität» und als ein «unvergleichlich potentielles» Instrument des klassen- und des antiimperialistischen Kampfes. Dieser Anspruch an die Internationale bringt Probleme mit sich, die sich vor allem in der unterschiedlichen nationalen Politik der einzelnen Mitgliederparteien widerspiegeln. Das Verhältnis zum Eurokommunismus, die Haltung in der Frage der dritten Welt ist alles andere als einheitlich. Jean Ziegler analysiert das zwiespältige Wesen der Sozialdemokratie in der Internationale. Eine Stellungnahme zur Tätigkeit der SPS in der Sozialistischen Internationale von Heinrich Buchbinder, Vertreter der SPS in der Sozialistischen Internationale, folgt in der nächsten Nummer.

Im Juni 1971 hatten François Mitterrand und die sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung am Parteitag in Epinay einen Abänderungsantrag unterstützt, der zum Ziel hatte, aus den Statuten die Zugehörigkeit der neuen Partei zur Sozialistischen Internationale zu streichen[1]. Am 27. November 1976: Im grossen Konferenzsaal des Internationalen Arbeitsamts in Genf wird der XIII. Kongress der Sozialistischen Internationale eröffnet. Der Vorsitzende der Eröffnungsfeier heisst François Mitterrand. Seine programmatische Rede über den *«demokratischen Sozialismus in der heutigen Welt»* bildet den Anfang von drei Arbeitstagen und Auseinandersetzungen, die die Organisation total verändern und deren Erneuerung in die Wege leiten sollte.

Die Sozialistische Internationale stellt heutzutage eine beträchtliche Macht dar: Sie besteht aus 33 Mitgliedparteien, die zusammen mehr als 8 Millionen aktive Mitglieder zählen; die deutsche SPD vereinigt allein schon mehr als 1 Million Mitglieder. Nahezu 100 Millionen Menschen leben heute – im Westen – unter einer sozialistischen Regierung. Man kommt sogar auf über 300 Millionen, wenn man auch die Bürger derjenigen Länder einbezieht, in denen die Sozialisten in entscheidendem Ausmass an der Staatsführung teilnehmen, ohne selbst in der Mehrheit zu sein.

Eine verblüffende Tatsache: Die Internationale, die einige der zynischsten Politiker dieses Jahrhunderts zu ihren Mitgliedern zählt (Helmut Schmidt, BRD, oder Daniel Obduber, Costa Rica), wird von den Völkern als eine moralische Institution und überzeugende Autorität angesehen. Illusion oder Lüge? Nein. Die Internationale hält sowohl an der *Staatsräson* als auch an der *Gerechtigkeitsmoral* fest[2]. Deshalb ist sie undurchsichtig und zwiespältig. Einerseits ist sie eine Art Privatklub, wo sich die Chefs und die Minister der sozialistischen Regierungen begegnen, andererseits ist sie der Ort, wo sich die Hoffnungen ihrer Millionen aktiver Mitglieder treffen. Die Internationale ist aber vor allem ein unvergleichlich potentielles Instrument des Klassenkampfes, des antiimperialistischen Kampfes.

Heutzutage gibt es ein sozialistisches Wunschbild, eine «Vorstellung der Vereinigung» (R. Debray)[3]. Die Sozialistische Internationale verkörpert dieses Wunschbild. Genauer gesagt, die immensen Hoffnungen, die die Fortschritte der europäischen sozialistischen Parteien bei den unterdrückten Völkern der dritten Welt wecken, beziehen sich auf die Internationale. Fünf arabische Parteien (die algerische FLN, die tunesische «Néo-Destour», die Arabische Sozialistische Union Ägyptens, die syrische Baath-Partei, die Volksunion der progressiven Kräfte Marokkos), vier afrikanische Parteien und sechs lateinamerikanische Bewegungen nähern sich heute der Internationale an. Diese unterstützt den Kampf des saharauischen Volkes (Resolution von Madrid vom 17. Oktober 1977). Im September leitete Olof Palme eine Solidaritäts- und Informationsmission der Internationale durch die fünf «Frontstaaten» im südlichen Afrika.

Mario Soares, Bernt Carlson und Delegierte der französischen, italienischen und schweizerischen Parteien werden in der nächsten Zeit nach Mexiko, Costa Rica, Venezuela und in die Dominikanische Republik reisen, um das Bündnis der Internationale mit den sozialistischen Bewegungen Lateinamerikas zu konsolidieren.

Die Internationale schleppt eine gewisse Anzahl ungelöster Probleme mit sich herum. Diese sind gefährlich und wirken sich manchmal sogar lähmend aus. Da besteht zunächst ein organisatorisches Problem: der Administrationsapparat der Internationale ist wenig ausgebaut. Ein Beispiel: Der neue – dynamische – Generalsekretär, Bernt Carlson (ehemaliger internationaler Sekretär der schwedischen Partei), hat seine Büros in engen Räumlichkeiten in London zusammen mit zwei vollamtlichen Sekretären und zwei Teilzeitmitarbeitern. Die Italienische Sozialistische Partei dagegen belegt ein luxuriöses fünfstöckiges Gebäude in Rom, und dies, obwohl sie in Italien nicht sehr einflussreich ist. Sie verfügt allein im Hauptsitz über vollamtliches Personal von 250 Leuten.

Der XIII. Kongress der Internationale hat folgende Entscheidungen getroffen: Willy Brandt, der neue Präsident – der der Ära Pittermann (ehemaliger Präsident und Vizekanzler Österreichs) ein glückliches Ende gesetzt hat – forderte eine Reform und eine Verstärkung des Sekretariats. Es sollte seiner Meinung nach der Aufsicht der britischen Labourpartei entzogen werden und seinen Sitz nach Genf verlegen; aber ein Jahr nach dem Kongress ist keiner dieser Entschlüsse verwirklicht worden, da die Finanzmittel unerklärlicherweise fehlen.

In diesem Zusammenhang gilt es ein weiteres schwieriges Problem zu bedenken: Zur Zeit der Präsidentschaft Vanderveldes und bis zum Zweiten Weltkrieg war die Internationale imstande, die *Kongressresolution* den unfolgsamen unter den Mitgliedparteien aufzuerlegen. Die Gerechtigkeitsmoral triumphierte manchmal über die Staatsräson. Léon Blum schwitzte Blut, als er der Internationale seine Spanienpolitik erklären musste[4]. Ein weiteres Beispiel: Im Jahr 1904 erzwingt die Internationale (am Kongress von Brüssel und Amsterdam) praktisch die Wiedervereinigung der französischen Partei[5].

Das gegenwärtige, seit 1945 zunehmende Ungleichgewicht zwischem dem schwachen administrativen und finanziellen Apparat der Internationale und dem mächtigen Apparat gewisser Mitgliedparteien (hauptsächlich der deutschen, italienischen, österreichischen) schränkt die Interventions- und Kontrollmöglichkeit der Internationale bei der Anwendung der Resolutionen ein.

Verhältnis zum Eurokommunismus

Ein Problem besteht auch in der Kluft zwischen den Mitgliedparteien, die eine Politik der Vereinigung der Linken praktizieren und denen, die sich vehement jeglicher Zusammenarbeit mit irgendeiner kommunistischen Partei widersetzen.

Das zeigt sich etwa im Juni 1972: In Frankreich wird das *«programme commun»* ratifiziert. Einige Wochen später kommt die Internationale in Wien zusammen. François Mitterrand und die französische Partei bleiben isoliert.

Oder im Mai 1975: François Mitterrand vereinigt in Latche die Leiter der sozialistischen Parteien Südeuropas: Mario Soares, Felipe González, Beno Craxi, die Führer der griechischen PASOK und der belgischen SP. Die Haltung der Sozialistischen Partei Frankreichs und ihres Ersten Sekretärs ist die folgende: *«Es handelt sich darum, herauszufinden, wie man in unseren Ländern die Vereinigung der Massen mit den die Volkskräfte repräsentierenden politischen Parteien herbeiführen kann. Darin besteht das Problem der Allianz, der Union, des Zusammenhaltens zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. Es geht dabei für uns alle um eine sozialistische Wahl. Dies ist der besondere, neue und moderne Aspekt unserer Probleme»*[6].

Anfang 1976 vereinigen sich die Delegierten der Internationale in Elseneur (Dänemark). Der Konflikt ist nun auf seinem Höhepunkt angelangt: Es kommt zu einer grossen Auseinandersetzung zwischen Helmut Schmidt und François Mitterrand.

Dieser Konflikt schwächt sich heute langsam ab. Die konsequente, starr einheitliche und mutige Politik der französischen Partei hat bei den deutschen Sozialisten grossen Eindruck hinterlassen.

Doch ein neuer Konflikt, der gefährlicher und explosiver als alle anderen ist, teilt heute die Internationale: Es handelt sich um den zu führenden Kampf gegen die imperialistische Vorherrschaft der kapitalistischen Staaten in den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens.

Die Frage der dritten Welt

Auf unserem Planeten sterben täglich zwölf Millionen Personen vor Hunger. Die Welt, in der wir leben, ist nichts anderes als ein riesiges Auschwitz. Für drei Viertel der Menschheit stellt jede Nacht und jeder Tag ein endloses Marty-

Fortsetzung auf Seite 5

*Nationalrat (SP); Professor für Soziologie an der Universität und am Institut d'etudes du développement in Genf.

[1] Claude Estier, La plume au poing, Vorwort von François Mitterrand, Editions Stock, Paris 1977. Seite 304. Der Abänderungsantrag hat nicht 10 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt.

[2] Colette Audry: Les militants et leur moral, Editions Flammarion, Paris 1976. Audry analysiert den permanenten Konflikt innerhalb der sozialistischen Bewegung zwischen der Effizienzmoral und der Gerechtigkeitsmoral.

[3] Régis Debray, Les Rendez-vous manqués. Editions du Seuil, Paris, 1975, S. 38.

[4] Jean Lacouture: Léon Blum, Ed. du Seuil, Paris 1977

[5] Michel Bataille, Jaurès, Vorwort von François Mitterrand, Editions Pygmalion, Paris 1977

[6] Claude Estier, La Plume au poing, op. cit. S. 306

Was ist die Sozialistische Internationale?

Nach dem 2. Weltkrieg vereinigten sich die sozialdemokratischen Parteien auf lockere Art in der Sozialistischen Internationale (SI). Damit sollten die Beziehungen zwischen den angeschlossenen Parteien verstärkt werden. Weiter sollten durch freie Übereinkommen die politischen Auffassungen und Aktionen koordiniert sowie auch die Möglichkeiten geschaffen werden, mit sozialistischen und anderen progressiven demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten (Statut Art. I, 2). Die SI ist die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ihr Gründungskongress fand 1951 in Frankfurt a. M. statt.

In den «Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus» heisst es: *«Der Sozialismus erstrebt die Befreiung der Völker aus ihrer Abhängigkeit von einer Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt oder beherrscht. (. . .) Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden, die Demokratie nur durch den Sozialismus vollendet werden. (. . .) Der Sozialismus will das kapitalistische System überwinden.»* Die SI wendet sich aber scharf gegen den Kommunismus: *«Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht. Die Kommunisten bemühen sich nur, die Diktatur einer einzelnen Partei zu errichten. Der internationale Kommunismus ist das Instrument eines neuen Imperialismus.»*

Diese 1951 verabschiedeten Erklärungen wurden im wesentlichen auch 1962 und 1969, als sich die SI ausführlich mit den kommunistischen Ländern und Parteien auseinandersetzte, beibehalten.

Organe der SI, die zwar auf allen Kontinenten Mitglieder hat, sich aber hauptsächlich auf die europäischen sozialdemokratischen Parteien stützt, sind der Kongress, der Generalrat, das als Exekutivorgan fungierende Büro und der Sekretär. Präsident der SI ist heute Willy Brandt. Der Sitz der SI ist London.

Wir wissen selbst nicht, warum unsere

März-Nummer

immer so schnell ausverkauft ist.

Wenn Sie uns aber den Talon unten und 1.50 Fr. in Briefmarken schikken, bekommen Sie ganz sicher die Zeitung in Ihren Briefkasten. Sie finden darin u. a.

- ***Eine Erzählung des afrikanischen Schriftstellers Seydou Badian: Die afrikanische Elite, die in Europa ausgebildet wurde, wendet sich gegen das eigene Volk***
- ***ein Interview mit dem Zürcher Anwaltskollektiv: Wie muss man Anwalt für den einfachen Bürger sein?***

Ich habe im März Zeit, «das konzept» zu lesen. Schickt mir die Nummer!

Name:

Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

Einsenden an: das konzept, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Antworten auf die «K-Story»)*

Sicher nicht frei erfunden

Einige linke Gruppen und Parteien nehmen hier Stellung zum «Erlebnisbericht aus der Welt der Marxisten-Leninisten», den wir in unserer letzten Nummer veröffentlichten. Von den angefragten Organisationen hat die KPS/ML trotz wiederholten Bitten nicht geantwortet; die Antwort der POCH ist leider keine eigentliche, sondern nur eine Absage. Die Beiträge zeigen, dass die so leicht als «persönliche Probleme» abgestempelten Schwierigkeiten von den politischen Organisationen ernst zu nehmen sind. Denn diese Schwierigkeiten gefährden eine andauernde Stärke der Mitglieder und damit auch der Organisationen. Und darum geht es: nicht die Linke zu diffamieren, sondern ihre Funktion und Notwendigkeit in unserer Gesellschaft fruchtbar zu analysieren; offen zu diskutieren, wie politisch das Persönliche ist.

Die Red.

Revolutionäre Marxistische Liga

Die Lektüre der Berichte ehemaliger Mitglieder von K-Gruppen ist schockierend. Es wäre ein leichtes, zu behaupten: Das hat mit der Realität in unserer Organisation nichts zu tun. Und wirklich: Wir haben in unser Konzept der Organisation bewusst Mittel einbezogen, die einen monolithischen «Hick-Hack-Apparat» wie den der beschriebenen K-Gruppen verhindern. Politisch können wir hier auf Erfahrungen einer langen antibürokratischen Tradition der trotzkistischen Bewegung aufbauen:

– Als Garantie für die *Demokratie* in der Organisation besteht bei uns u. a. das *Tendenzrecht,* d. h. jeder Meinungsströmung in der Organisation ist es erlaubt, sich für die interne Diskussion zu versammeln, Texte zu verbreiten und damit die Mehrheit der Mitglieder zu gewinnen zu versuchen. Unser Ideal ist also nicht eine monolithische Partei. (Die Bildung von Tendenzen ist in den SPs und KPs nach wie vor verboten!)

– Unser ständiges Betonen der *Aktionseinheit* aller antikapitalistischen Organisationen ist ein wichtiges Mittel gegen das Sektierertum und die Abkapselung.

– Wir fassen unsere Organisation nicht als fertige Partei auf, die nur leider noch nicht von den Massen entdeckt wurde. Unser Anspruch, *Avantgarde* sein zu wollen (d. h. systematisch vorwärts treibendes Element), muss immer erst in der politischen Praxis eingelöst werden. Dies sollte uns vor Arroganz und Missionarentum schützen.

Diese Elemente prägen unser inneres Leben wesentlich. Aber sie schaffen nicht die täglichen Widersprüche zwischen revolutionären, kollektiv-egalitären Ansprüchen und dem tatsächlichen Handeln aus dem Weg: individualistischer Arbeitsstil, Konkurrenz, Überlastung, Verdrängung persönlicher Konflikte usw. (Probleme, die man und frau übrigens auch aus Basisgruppen, Komitees usw. kennt.) Diese Widersprüche sind bei uns in den letzten Jahren in die Diskussion gekommen. Gründe dazu waren v. a.:

– Nachlassen des alten «68er-Elans»
– zunehmendes Alter und Berufstätigkeit der Mitglieder
– Einwirken der Frauenbefreiungsbewegung auf uns.

Erste Resultate dieser Diskussionen sind:

– Reduzierung der «Arbeitsrhythmen» in der Organisation
– ansatzweise Akzeptierung der «persönlichen» Probleme als «diskussionswürdig» und erstes Auftreten nach aussen damit
– Integration der Frauenbefreiungsproblematik in Diskussion und Aktion.

Das geht natürlich nicht reibungslos, das setzt Schwierigkeiten ab. Wir sind da also nicht fein raus. Das soll aber kein Grund sein, sich von aussen an diesen Problemen der «Organisierten» genüsslich zu weiden. Denn da in den Basisgruppen, Komitees usw. die gleichen Probleme ja auch existieren, läuft eine genüssliche Kritik meist auf eine politische Untätigkeit hinaus. Und das ist ja wohl auch ein Widerspruch: Sozialist/in zu sein, aber ausser Reden nichts kollektiv für eine sozialistische Veränderung zu unternehmen.

Für die Revolutionäre Marxistische Liga A. R.

POCH

Werte Genossen,

In Anbetracht der Situation, dass das im letzten «konzept» geschilderte «Innenleben» der sogenannten K-Gruppen mit der Realität unseres Parteilebens nicht das geringste zu tun hat bzw. dass das dort Geschilderte von unserer Praxis weit entfernt ist, hatten wir die Absicht, dazu gar nicht Stellung zu nehmen. Im Verlauf von verschiedenen Telefongesprächen überlegten wir uns die Sache noch einmal. Grundsätzlich wären wir bereit, im «konzept» unsere innerparteiliche Demokratie zu erläutern, doch leider habe ich jetzt niemand gefunden, der diese Arbeit übernehmen würde, und zweitens habe ich selber keine Zeit im Moment. Alle unsere Mitglieder sind im Moment mit der 60/58-Kampagne und dem Kampf für die 9. AHV-Revision ausgelastet, dies gilt noch mehr für das Zentralsekretariat. Wir bedauern, im Moment Eurem Wunsch nicht folgen zu können, sind aber bereit, später auf dieses Thema zurückzukommen, falls sich bei Euch eine diesbezügliche Gelegenheit ergeben sollte.

Mit freundlichen Grüssen

POCH-Zentralsekretariat
E. Hafner

Partei der Arbeit

In der Einleitung des Erfahrungsberichts «Die K-Story» wird eine absolut zutreffende Charakterisierung dieser Gruppen gegeben. Es handelt sich in der Hauptsache um junge Leute aus dem Bürgertum, die einem romantischen Revolutionarismus huldigen, der mit der Realität und mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste gemein hat. Diese Leute haben zwar Marx und Lenin gelesen, aber überhaupt nichts davon verstanden. Der Marxismus-Leninismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. Gerade Marx und Lenin haben immer die konkrete Situation sorgfältig analysiert und sich gehütet, Losungen auszugeben, die nicht den realen Bedingungen entsprachen. Die wirklichkeitsfremde Propaganda dieser Gruppen führt nicht zu einer Stärkung der Linken, sondern im Gegenteil diskreditiert diese und schadet der gesamten Arbeiterbewegung.

Sie huldigen auch einem falsch verstandenen «Demokratischen Zentralismus». Lenin hat immer betont, dass die Arbeiterbewegung zwar eine Kampfpartei braucht, die nach aussen geschlossen den Kampf führt, in der aber eine breite innerparteiliche Demokratie, die offene Diskussion der Politik der Partei und die demokratische Wahl aller Leitungen von unten nach oben Grundbedingung ist. Die Partei der Arbeit pflegt diese gute Verbindung von Demokratie und Zentralismus auf allen Stufen.

Der im Erlebnisbericht aufgezeigte «Aktivismus» kann auch nur von Studenten oder Leuten mit sehr viel Freizeit erbracht werden. In einer wirklichen Arbeiterpartei wie der PdA, wo der grösste Teil der Mitglieder Lohnverdiener ist, die ihre 8–9 Stunden im Betrieb arbeiten, ist das nicht möglich. Dafür leisten sie aber in ihrer Freizeit eine geduldige, oft nicht spektakuläre Arbeit und entwickeln die Politik der Partei auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen im Betrieb und an der Arbeitsstelle. Durch den übertriebenen «Aktivismus» der K-Gruppen werden an sich gute, junge Kräfte verheizt; sie steigen dann nach einiger Zeit wieder aus. Viel guter Wille, Arbeit, Material und Geld wird absolut unnütz verheizt und vielfach nicht gegen das Grossbürgertum, sondern gegen die bestehenden Arbeiterorganisationen eingesetzt.

PdAZ

arbeiter politik

Um es gleich vorwegzunehmen: die Probleme, die im Artikel im letzten Konzept und im Buch «Wir warn die stärksten der Partein. . . » geschildert werden, existieren und müssen von den kommunistischen Organisationen ernstgenommen werden. Die Behandlung der Probleme des Arbeitsstils und die Verbindung der Organisation mit der Arbeiterklasse war entscheidend für die Entstehung der KOAP. Insbesondere innerhalb der Revolutionären Aufbauorganisation Zürich (RAZ) kämpften wir gegen all jene wohlbekannten Intellektuellen, die mit dem Leaderismus sich stets der Kritik und damit auch der Selbstkritik entzogen und heute – nachdem sie die RAZ beerdigt haben – erhaben über den Aufbau einer Kommunistischen Partei lächeln.

In unseren internen Diskussionen und Kritiken sind sehr oft ähnliche Probleme, wie sie im Rotbuch z. T. geschildert sind, der Ausgangspunkt. Dennoch ist dieses Buch für uns kein Beitrag, sondern ein Angriff auf die marxistisch-leninistische Bewegung. Die Autoren gehen davon aus, dass eine marxistisch-leninistische Organisation und persönliche Bedürfnisse sich ausschliessen. Der Marxismus-Leninismus wird im Prinzip gleichgesetzt mit Frustration, machtgierigen Funktionären, sinnlosem Sitzungsstress und dergleichen mehr. Man kritisiert zwar nur das Sektierertum, lehnt aber den Wiederaufbau einer Kommunistischen Partei überhaupt ab. Grundsätzlich bejahen die Autoren die alte metaphysische These, dass Gefühl und Vernunft einander ausschliessen.

Wir halten im Gegensatz zu den Rotbuch-Autoren am Ziel des Kommunismus und der proletarischen Revolution fest. Wir halten deshalb auch den Wiederaufbau einer KP für notwendig. Wir wissen aber auch, dass wir nicht die ersten auf der Welt sind, die diese Ziele anstreben, und wir bemühen uns deshalb um die Aneignung der geschichtlichen Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung in Form der Theorie ihrer anerkannten Führer.

Der Marxismus-Leninismus ist aber nicht nur eine Theorie, sondern in erster Linie eine Anleitung zum Handeln. Im Marxismus-Leninismus und in den Mao-Tsetung-Ideen sind in diesem Sinn gefühlsmässige Erfahrung und Vernunft der revolutionären Massen vereint. Wer nun aber kommunistische Organisation und persönliche Bedürfnisse, individuelle gefühlsmässige Erfahrung und die Vernunft der marxistisch-leninistischen Theorie einander als unvereinbare Gegensätze gegenüberstellt, lehnt grundsätzlich eine revolutionäre Entwicklung der Menschen ab oder führt sie auf eine irrationale (und metaphysische) Ursache ausserhalb der Praxis der Massen zurück.

Die revolutionäre Entwicklung der Massen besteht aber gerade grundsätzlich in der Vereinigung der sinnlichen Erfahrungen jedes einzelnen mit der allgemeinen Vernunft der marxistisch-leninistischen Theorie, die selbst auf diesen (systematisierten, verallgemeinerten) Erfahrungen der Massen aufbaut. Die eben in Zürich angelaufenen Filme über China («Yü-Gung versetzt Berge») sind der lebendige Beweis für die Richtigkeit dieser Haltung. Wir wollen sie uns aneignen, indem wir den Kampf für den Kommunismus in der Schweiz aufnehmen.

Kommunistische Organisation Arbeiterpolitik

(Von der Red. gekürzt.)

*) vgl. «das konzept», Januar 1978.

Ein arroganter Artikel

Die K-Story. Erfahrungsberichte aus der Welt der Marxisten-Leninisten, in «das konzept» 1/78

Ein arroganter Artikel! – Was tun denn die Studenten Revolutionäres? Ein wenig Schreibtischkritik und Theorie, fernab der Arbeiterklasse, und später ebenso resigniert in der Privatwirtschaft im Kader. (Ich bin *kein* K-Mitglied, notabene.) Und was ist die alternative Kampfmethode? (Das fehlt im Artikel.) Ihre Zeitung wird stets intellektueller und elitärer (auch die Distanzierung zur RAF halte ich für pubertär und feige).*

Ich habe die Nase voll von linken Spaltungsmethoden.

Markus Grass, Wasterkingen

* Anmerkung für die cinceristischen Staatsschützer und ihre Archive: mein Name schreibt sich mit 2 s.

Antwort der Redaktion

Lieber Herr Grass

Sie haben mit Empörung auf den Artikel «Die K-Story» reagiert. Sie finden unsere Distanzierung gegenüber RAF (vgl. das konzept 10/77, Seite 2) «feige» und «pubertär». Wir möchten darauf hinweisen,dass von seiten der Redaktion zwei verschiedene Kommentare abgedruckt wurden: aus dem einfachen Grund, dass diese verschiedenen Meinungen in der Redaktion bestanden und bestehen. Der eine versucht eine Abgrenzung politisch zu legitimieren, der andere will klarmachen, dass vielmehr die Machthaber sich abgrenzen müssen, nicht die Linke.

Schon in diesem Vorgehen sollte ein wesentliches Prinzip unserer Redaktion zum Ausdruck kommen: wir wollen ein Forum für Auseinandersetzungen sein, weil wir die Wahrheit nicht mit Löffeln gefressen haben. Wir vertreten eine Haltung, die wir als «demokratisch und pluralistisch auf der Linken» kurzfassen. Wir wollen Diskussionen anregen und in Diskussionen eingreifen, weniger mit unserer eigenen Meinung, als vielmehr mit Meinungen, die von Gruppen vertreten werden. So haben wir bei der «K-Story» vor deren Erscheinen linke Gruppen und Parteien um eine Stellungnahme angefragt (vgl. diese Nummer).

Wir meinen, dass wir eine Haltung einnehmen müssen, welche zulässt, andere Meinungen als unsere zu publizieren. Welche Tabus ausspricht, statt sie verschweigt. Dass somit unsere politische Funktion klein ist, wissen wir gut: aber Denkanstösse haben wir sicher im Verlauf der vergangenen sechs Jahre viele weitergegeben (zuerst mussten sie ja zu uns kommen).

Mit freundlichen Grüssen

Die Redaktion «das konzept»

Antwort von Markus Grass

Liebe «konzept-Macher»

Ihre Argumente sind subjektiv (für Ihre Linie) richtig, entsprechen aber nicht meiner *persönlichen* Auffassung. Um heute als Gegenpol bestehen zu wollen, nützt lediglich noch konsequente Radikalität. Alle Schreibtisch-Orgien, die mit Worten kämpfen, pinseln die Eitelkeit und tragen zu Verwässerung mitbei. Die K-Story impliziert leider nicht, dass keine Partei, Gruppe usw. «perfekt» sein *kann,* dass aber ihr Bestehen wichtig ist, um nicht von der anderen Seite überrollt zu werden! Auch K-Parteien sind fehlerhaft usw., das ist klar, gerade sie aber muss man *sach*bezogen und inkl. *Alternativangeboten* kritisieren, nicht intellektuell und ideologisch im bewährten «NZZ»-Jargon kaputtmachen. Kurz: man kritisiert jemanden noch lange nicht fruchtbar, wenn man sich ihm überheblich und «reifer» präsentiert!

Ich selbst gehöre keiner Partei an, auch keiner linken, keiner K-Gruppe; weil ich die innere Aufsplitterung sowie das teilweise demagogische Elitedenken (z. B. «Oktober») nicht mag. Aber ich verteufle sie nicht, aus «taktischen» Gründen, um nicht den andern in die Hände zu spielen. Denn: wo stünden wir, wenn wir ein Einparteiensystem hätten?

Die K-Story war nun wirklich übervoll mit Arroganz gespickt: ist Flugblattverteilen und Sitzungenabhalten kindisch? Nein, es ist *eine* Möglichkeit des Kampfes; besser als nicht zu kämpfen und zu resignieren.

Dass Sie sich «als Forum von Auseinandersetzungen» fühlen, heisst noch nicht, jeden Artikel zu drucken. Die *redaktionelle Linie* soll zum Ausdruck gebracht werden, wie das die Rechte ebenso tut. Und: ich beschimpfe nicht die Tatsache der Publikation der K-Story nein ich wehre mich gegen die Klugscheisser, die Überheblichen, die zu einem sagen «Mit dir diskutiere ich dann, wenn du mal soviel Marx gelesen hast wie ich!» Frage: ist das ein Anzeichen, patentierter Linker zu sein (Etikette)?

So weigere ich mich auch entschieden, Distanz zur RAF zu nehmen. Ich sehe die RAF als *eine* Variante des Kampfes (dass sie sich kaum aus Arbeitern rekrutiert, ist übrigens ein Symptom *für* meine These), nicht als die Variante und nicht als die einzige! Aber ich habe genug prostituieren gehört, wie etwa: «Ja der Bührle ist schon ein Saukerl, aber man darf nicht vergessen, wie viele Arbeitsplätze er schafft!» – Das ist galoppierende Schizophrenie!

Wenn heute eine linke Zeitung sich von der RAF distanziert, so empfinde ich das als heuchlerisch (ich meine nicht die «NZZ» usw.). Es geht offenbar ums Überleben der Zeitung, was bereits eine furchtvolle Anpassung an die Gesetze darstellt. Wir kennen zwar noch nicht die Floskel «Unterstützung einer kriminellen Vereinigung» im Gesetz; aber es kommt schon noch: wir sind die Schattenboxer des Deutschen Reichs, und wir machen ihnen alles nach (die Parlamentarier, wie ich feststelte, hokken des öftern in Bern in den Wandelgängen vor der ARD und verfolgen die Bundestagsschlachten von Strauss u. Co.!)

Wenn mich der Staatsschutz schnappt, weil ich die RAF «verteidige», so macht mir das noch keine Angst; denn *ich* verliere dabei nicht die demokratische Schminke, sondern diejenigen, die aufkreuzen! Warum ersparen wir denen ihren peinlichen Auftritt, ihre eigene freiheitliche Verfassung mit Füssen zu treten?

Wenn die RAF distanziert wird, so muss ich ehrlich fragen: was verbindet Euch mit den Multimillionären Schleyer u. Co? – Und wenn ein gescheiter Schreibtischonanist über K-Flugblätter lästert, (er wäre zu verklemmt, um sich selbst auf die Strasse zu stellen!), so würde ich als Redaktor zumindest hier eine *Distanzierung* (schönes Wort!) anbringen!

Grüsse *M. Grass, Wasterkingen*

Die dummen Kapitalisten . . .

Der «Zahn der Zeit» nagt auch an den Schreibmaschinen der «konzept»-Redaktion. Aus diesem Grunde wandte sich die «konzept»-Redaktion mit einem «Bettelbrief» an verschiedene Organisationen, um eine neue Schreibmaschine zur Schonung unseres Redaktionsbudgets wenn möglich gratis zu erhalten. Ein solcher Brief ist offenbar in einen falschen Hals gelangt. Den folgenden Kommentar entnehmen wir der *«Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung»:*

Superlinke Gratis-Schreibmaschine

Vielleicht ist Ihnen der Name «das konzept» im Pressewald schon einmal begegnet? Wohl kaum, denn «das konzept» erscheint sozusagen unter Ausschluss der erwachsenen Öffentlichkeit und bezeichnet sich (noch) als quasioffiziöses Organ des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften, was Augenwischerei ist, da es daneben noch echte anerkannte Studentenzeitungen gibt. Weil die revolutionär proletarische Nebenamtsredaktion ein ideologisches Kauderwelsch schreibt und druckt, das niemand versteht und verstehen will, hat «das konzept» auch kein erhabenes Finanzkonzept und mithin kein Geld.

«Unserer alten Schreibmaschine geht langsam der Schnauf aus», heisst es in einem Bettelbrief der Redaktion an zahlreiche (privatkapitalistische) Unternehmungen und Organisationen. Wir glauben und hoffen, dass diesem kurzatmigen «konzept», abgesehen von der Schreibmaschine, auch sonst einmal der Schnauf ausgeht. «Wir suchen eine Gratis-Schreibmaschine», stellt der Sprecher des Redaktionskollektivs im vervielfältigten Bettelbrief mit unverschämter Klarheit fest. «Vielleicht steht bei Ihnen eine Schreibmaschine herum, die Sie nicht mehr gebrauchen. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns diese Maschine (gratis) zur Verfügung stellen könnten», lautet anschliessend der unfromme Wunsch der antikapitalistischen «konzept»-Redaktion gegenüber kapitalistischen potentiellen Schenkern. Kann durchaus sein, dass sich ein Dummer findet, der dem superlinken «konzept» eine Schreibmaschine schenkt. Denn – wie sagte doch Lenin? «Die dummen Kapitalisten werden uns die Stricke liefern, an denen wir sie aufhängen!»

P.S.: Haben Sie eine Schreibmaschine, die Sie nicht mehr brauchen? Wir wären froh darum. (Redaktion «das konzept», Tel. (01) 47 75 30).

Und so was will Arzt werden

Unter diesem Titel druckte die «Neue Bürger Zeitung», das offizielle Organ der Schweizerischen Volkspartei Aargau, den im Januar-«konzept» veröffentlichten Briefwechsel eines Medizinstudenten mit der Hoffmann-La Roche & Cie. nach. Wir möchten den Einleitungskommentar von Theo Fischer, Notar in Wohlen AG und Redaktor der «NBZ», unseren Lesern auch nicht vorenthalten:

ofi. Die Monatszeitung «Das Konzept», herausgegeben vom Verband der Schweizerischen Studentenschaften, der Studentenschaft der Universität Zürich und vom Verband der Studierenden der ETH Zürich, ist das offizielle Sprachrohr der Zürcher Studenten, sie könnte vom Inhalt her aber ebenso gut das Sprachrohr einer linksextremen Splittergruppe sein. An Gehässigkeit, Hohn und Spott gegen unseren Staat, seine Einrichtungen, das Bürgertum und die freie Wirtschaft wird es kaum von einem anderen Zeitungserzeugnis in unserem Land übertroffen. Man muss sich wirklich fragen, wie lange sich dies unsere Studenten, die doch über einen gewissen geistigen Horizont verfügen sollten, noch bieten lassen. In der neuesten Nummer wird vor allem gegen die geplante Bundesscherheitspolizei losgezogen. Daneben enthält sie neben vielen Beiträgen zu den Themen Politik, Gesellschaft, Bildung und Film auch einen Briefwechsel, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten, zeigt er doch, wie ein Teil unserer akademischen Jugend denkt und auf welchem Niveau sie sich bewegt. Es geht dabei um einen Briefwechsel zwischen dem Pharma-Konzern Hoffmann-La Roche und einem Medizinstudenten, der das zweite Propädeutikum bestanden hat.

PS: Leider endete die Public-Relations-Arbeit der «NBZ» für «das konzept» am 31. Januar. Die «NBZ» wurde nun definitiv vom «Aargauer Tagblatt» geschluckt.

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz: Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hänni, Tel. (031) 45 16 54, ab 1. März: (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETH Z).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile -.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Mitarbeiter-Sitzung: 17. 2. 78
Restaurant «Vorbahnhof», 12 Uhr.
Redaktionsschluss: Nr. 3: 27. 2. 78
Inseratenschluss: Nr. 3: 3. 3. 78

Eine neue Strafanstalt wird geplant:

Der Neubau-«Witz»: Alles bleibt beim alten

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni

«Auch in dieser alten Kiste könnte man einen wesentlich besseren Strafvollzug machen», meint ein Ex-Witzwil-Gefangener. Der «Witz», wie die Strafanstalt Witzwil im bernischen Seeland sarkastisch genannt wird, soll nun für rund 60 Mio. Franken neue Gebäude erhalten. Werden damit längst fällige Neuerungen eingeführt? Oder werden Reformen zum vornherein verunmöglicht? Tatsache ist: Die Gelegenheit zur Realisierung von dringend notwendigen Verbesserungen im Anstaltssystem ist nicht beim Schopf gepackt worden. Selbstherrlich haben sich die Behörden im Fall Witzwil trotz gewachsener Gefangenenbewegung über die fundierte (teils von der Wissenschaft vorgebrachte) Kritik am heutigen Strafvollzug hinweggesetzt. Oder noch schlimmer: Erkämpfte Reformen drohen in ihr Gegenteil verkehrt zu werden.

Ausgefeilte Architektur garantiert noch keinen menschlichen Strafvollzug. Ein akzeptabler Strafvollzug könnte aber die Architekten dazu bringen, dafür auch menschengerechte Gebäude zu planen. Von beidem sind wir weit entfernt. Das hat der Ideenwettbewerb für ein neues Gefängnis im bernischen Witzwil mit aller Deutlichkeit gezeigt. 190 Architekten interessierten sich zu Beginn für die Arbeit, nur 28 von ihnen reichten schliesslich Pläne und Modell ein. Und von diesen 28 Projektverfassern setzte sich nur gerade einer mit den Inhalten seiner Architekturaufgabe, mit dem Strafvollzugsystem, auseinander.

Chancen für eine Reform?

Noch ist in Witzwil kein altes Gebäude abgerissen, noch ist kein Kubikmeter betoniert und kein Bachstein gepflastert. Über das neue Gefängnis existieren bisher lediglich einige zum Teil geheime Papiere und 28 Projektideen. Man könnte meinen, alles sei noch offen.

Weit gefehlt. Lange bevor die Öffentlichkeit etwas von der Neubauabsicht wusste, war das Konzept für das künftige Witzwil bis in die Details festgelegt. Schon 1973 stand fest, dass in der Anstaltsstruktur alles beim alten bleiben würde. Damals hatte eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe (Vertreter der Polizeidirektion und der Anstaltsleitung) eine «Neukonzeption» ausgearbeitet. Das Papier ist bis heute geheim geblieben. Nicht einmal den Architekten, die dazu die Häuser zeichnen mussten, wurde es – trotz mehrmaliger Versprechungen – ausgehändigt.

Zahlen und Fakten

Dabei ist Witzwil (im Volksmund: «Witz») zumindest in einem Punkt nicht eine Strafanstalt wie jede andere. Seit 1976 gibt es über den «Witz» detaillierteste wissenschaftliche Angaben. In seiner Dissertation hat Claude François Janiak[1] – er lebte den Angestellten gleichgestellt fast ein Jahr in Witzwil – Zahlen und Fakten über die Gefangenen, die Angestellten und das Anstaltssystem zusammengetragen.

Doch das bernische Strafvollzugs-Establishment weigert sich mit starrköpfiger Beharrlichkeit, die unbequeme Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen. Ja Gefängnisinspektor Franz Moggi liess sich im Frühjahr 1977 nicht einmal dazu herab, mit Janiak an den gleichen Diskussionstisch zu sitzen. Kein Wunder, war doch der Basler Jurist über Witzwil zu einem vernichtenden Urteil gekommen: Das Resozialisierungsziel, wie es in Artikel 37 des Strafgesetzbuches festgesetzt ist, werde unter dem geltenden System nicht erreicht.

Allerweltsheilmittel Arbeit

Witzwil war nicht immer ein Hort reaktionärer Strafvollzugspolitik gewesen. Zu Beginn dieses Jahrhunderts war man bei der Fruchtbarmachung des Grossen Mooses in Witzwil dazu übergegangen, die «Enthaltenen» (Gefangene in der bernisch-patrizischen Amtssprache) ausserhalb von Gefängnismauern und ohne bewaffnete Bewacher auf freiem Feld arbeiten zu lassen. Die Zeit der internationalen Pioniertaten ist jedoch längst vorbei. Die Zeit ist in «Witz» stehengeblieben.

«Müssiggang ist aller Laster Anfang»: Unter diesem Motto werden die Gefangenen Witzwils seit je zur Arbeit «erzogen». Arbeit ist das zentrale «Erziehungs»-, mithin Disziplinierungsmittel geblieben. Die deutlich von bäuerlich-mittelständischer Ideologie geprägte Vorstellung der Arbeit als Allerweltsheilmittel gegen abweichendes Verhalten fasste Walter Dübi, hoher Funktionär der bernischen Polizeidirektion, im Jahr 1971 so zusammen: «Richtig gewählt, bietet sie (die Arbeit, Red.) dem Verzweifelnden einen Halt, dem Bösartigen wird sie zum Disziplinierungsmittel, dem Arbeitsscheuen zur abschreckenden Verschärfung der Strafe und dem Leichtsinnigen zur Lektion über den Ernst des Lebens.» Arbeit als Zucht, Abrichtung, ja Dressur!

Alter Wein in neuen Schläuchen

Entsprechend soll der Betrieb in den neuen Anstaltsmauern auch weitergehen. Scheinreformen (Gruppenbildung, minim ausgebaute Therapiemöglichkeiten, Sportanlagen usw.) vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sich nichts Wesentliches ändern soll:

- Weiterhin wird fast die Hälfte der Gefangenen in der Landwirtschaft beschäftigt. «Der Landwirtschaftsbetrieb hat unbedingt als Arbeitsplatzreserve zu dienen», befahl die Polizeidirektion den Architekten. Wenn nötig müssten 140 Personen in der Landwirtschaft arbeiten können.
- In 16 Mini-Gewerbebetrieben sollen 75 Gefangene arbeiten. Aussterbende Gewerbe wie Schuhmacherei, Sattlerei und Korberei gehören dazu. In den rückständigen Kleinstbetrieben werden die Arbeitsplätze so stark aufgesplittert, dass rationelles Wirtschaften nicht möglich ist. Mit dem Hinweis auf so künstlich erzeugte Anstaltsdefizite werden Reformen (z. B. Gefangenenlohn) abgeblockt.
- Die Anstalt wird nicht in die Aussenwelt einbezogen. Die einzelnen Mini-Betriebe sollen fast ausschliesslich für die Selbstversorgung arbeiten. Umgekehrt ist auch keine Zusammenarbeit mit dem lokalen Gewerbe vorgesehen.
- Der «Bunker» bleibt. Sechs Disziplinarzellen à 10 Quadratmeter mit «max. Schallisolation» sind fest eingeplant, obwohl die Arreststrafen nicht mit der Menschenrechtskonvention in Einklang zu bringen sind.

Nicht einmal Wille zur Reform

Die «Neukonzeption», die keine ist, sieht geflissentlich über die Bedürfnisse der Gefangenen, und damit letztlich auch der Gesellschaft, hinweg. Rund die Hälfte der Gefangenen hat keine abgeschlossene Berufsbildung, nur vier Prozent stammen aus der Landwirtschaft. Die dringend notwendigen Ausbildungsplätze können aber in den Mini-Gewerbebetrieben gar nicht geschaffen werden.

Scharfe Kritik äusserte denn die *«Aktion Strafvollzug» (Astra)* an den Projektierungsgrundlagen und am Vorgehen der Behörden bereits in einem sehr frühen Planungsstadium. Obwohl es die Astra nicht als ihre Aufgabe betrachtet, die Konzeptionen für neue Strafanstalten zu liefern, verfasste sie eine 20seitige Abrechnung mit der «Witz»-Konzeption. Darin wurde nachgewiesen, dass die bernischen Behörden Witzwil gar nicht reformieren wollen.

Das alternative Projekt

Den echten Willen zur Reform dokumentiert nur eines der 28 eingereichten Projekte. Eine Gruppe aus drei Ehepaaren – zwei Sozialarbeiter, ein Architekt, eine Pädagogin, eine Psychologin und eine Krankenschwester – entwickelte ein Konzept, das sich auf die Wissenschaft stützt und die wirkliche Eingliederung der Gefangenen in die Gesellschaft zum Ziel hat (vgl. Interview «Mit Alternativen Kontroversen auslösen»). Dabei konnte sich die Gruppe selbstredend nicht an die vorgegebenen Auflagen halten:

- Im Ausbildungszentrum Witzwil (früher Strafanstalt) wird den Bewohnern (Insassen) die Möglichkeit geboten, ihre Ausbildung nachzuholen. Auch schwächere Absolventen sollen eine Berufslehre oder eine Anlehre machen können.
- Der Therapie und der Kommunikation zwischen den Gefangenen (aber auch dem Kontakt zwischen Anstalt und Aussenwelt) wird grosses Gewicht beigemessen. Daraus leitet die Gruppe die Notwendigkeit her, dass im Bereich des «Witz»-Geländes keine Schranken gegen die Bewegungsfreiheit aufgebaut werden.
- Das Ausbildungszentrum wird nicht mehr autoritär-bürokratisch geführt, sondern von einem Team aus Fachleuten verschiedener Richtung (bisher war der Direktor wie in allen anderen bernischen Gefängnissen Agronom . . .).
- Die Zivildienst leistenden Militärdienstverweigerer werden als Betreuer in den Anstaltsbetrieb eingegliedert.
- Die Werkstätten des Ausbildungszentrums werden wie gewerbliche Lehrwerkstätten betrieben.
- In der Landwirtschaft soll auf die Verkleinerung des Gutsbetriebes hingearbeitet werden. Die Domäne wird in verschiedene Pachtbetriebe aufgeteilt. Pächter werden können private Landwirte, Genossenschaften oder Absolventen des Ausbildungszentrums, die sich ebenfalls in Genossenschaften zusammenschliessen könnten.

Der formale Trick

Doch dieses Gefängnis wird in Witzwil nicht entstehen. Das teils utopische Züge tragende Projekt wurde zwar von der Gruppe sorgfältig bis in die Details ausgearbeitet und begründet. Doch die Behörden stellten einfach «grosse Mängel» fest. Ganze Räume und Raumgruppen seien weggelassen worden (z. B. die «Disziplinarabteilung», der «Bunker» also). In keiner Weise ist man auf die Inhalte des Projekts eingegangen. Der altbekannte Trick: Mit rein formalen Argumenten werden kritische Inhalte abgemurkst.

Der Ideenwettbewerb ist abgeschlossen. Demokratische Mitwirkung in der Projektierungsphase, beispielsweise durch den Beizug der Wissenschafter und der interessierten Organisationen, gab's nicht. Die Zusammensetzung der Expertengruppe, welche die 28 eingereichten Projekte begutachtete, bot überdies Gewähr dafür, dass keine neuen Ideen zum Zug kommen konnten: Total fünf der 12 «Experten» haben beruflich oder von Amtes wegen mit Witzwil zu tun. Die übrigen sind zum Teil ebenfalls mit der Strafvollzugsobrigkeit verfilzt.

«Sicherheits»-Neurose

Übrigens: Das erstprämierte Projekt (25 000 Franken) entspricht weitestgehend, wen wundert's, den Vorstellungen der Behörden. Es hält sich folgsam an die vorgeschriebenen Quadratmeterzahlen für die Grundrisse. Wichtiger noch ist aber, dass es in beinahe idealer Weise die Sicherheitsbedürfnisse der Anstaltsleitung abdeckt. Die Insassenräumlichkeiten befinden sich hiner riesigen Glaswänden, so dass der Architekt sein Projekt gleich selber so anpreisen konnte: «Alle (Insassen, Red.) unter diskreter Bewachung vom Zentrum aus.» Zweifellos freuen sich die obersten Abschliesser schon auf die neuesten technischen Errungenschaften (Elektronik, Video usw.) zur «diskreten Überwachung». ●

Literatur

Die Anstalten in Witzwil BE, Claude François Janiak, Diss. Universität Basel, Aarau, 1976.

Zur Neukonzeption der Anstalten in Witzwil, Aktion Strafvollzug, Postfach 246, 3000 Bern 14, Bern, 1. Juni 1977

Ideenwettbewerb Erneuerung Anstalten Witzwil, Projektierungsgrundlagen, Baudirektion des Kantons Bern, 2. Mai 1977.

Grüner Strom und schwarze Erde, Roman von Walther Kauer, Zürich 1968.

Strafanstalt Witzwil

Die seit 1894 bestehende Strafanstalt Witzwil liegt im Grossen Moos am Rand des Neuenburgersees südwestlich des bernischen Bauerndorfes Ins. Mit 860 Hektaren bebaubarer Fläche ist Witzwil der grösste Landwirtschaftsbetrieb in der Schweiz. Künftig sollen in der Strafanstalt Witzwil zwischen 170 und 230 Gefangene untergebracht werden (wie zurzeit). In den dreissiger Jahren waren bis zu 600 Männer im «Witz». Obwohl es sich offiziell um eine Erstmaligenanstalt handelt, haben rund 40 Prozent der Gefangenen bereits Anstaltserfahrung (eingerechnet Jugendanstalt über ein halbes Jahr). Nur etwa 10 Prozent der Gefangenen benützen während ihres Gefängnisaufenthalts je die Möglichkeit des Entweichens aus der Anstalt, was während der Arbeit auf freiem Feld problemlos ist. Als «gefährlich» wird nur ein kleiner Teil der Insassen eingestuft (der Anteil ist noch kleiner als jener der Fluchtgefährdeten). Trotzdem legen die Strafvollzugs-Verantwortlichen auf die «Sicherheit» grössten Wert. (Angaben aus Janiak)

Strafvollzug mit/ohne System

«Das Gefängnis kann gar nicht anders, als Delinquenten zu produzieren.» Michel Foucault

Etwas über zweitausend Menschen sitzen in der Schweiz hinter den Gittern eines Gefängnisses. Dies sind 0,03 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine radikale Minderheit. Sie haben gegen die Normen des Strafgesetzbuches verstossen, dafür haben sie die «gerechte» Strafe zu «verbüssen».

*

«Der Vollzug der Zuchthaus- und Gefängnisstrafe soll erziehend auf den Gefangenen einwirken und ihn auf den Wiedereintritt in das bürgerliche Leben vorbereiten», so steht es im schweizerischen Strafgesetzbuch.

Über 80 Prozent der Insassen schweizerischer Gefängnisse werden rückfällig. Die neu erbaute Anstalt für erstmalige Straffällige (ohne Mauern und Gitter) in Saxerriet hat eine Rückfallquote von 33 Prozent. In Regensdorf (einer Rückfälligenanstalt) sollen Gefangene von den Vollzugsbeamten mit dem Satz «Sie sind zur Strafe hier, bessern können und wollen wir Sie nicht» begrüsst worden sein. Die Rückfälligkeit ist bei unseren Gefängnissen fest eingeplant.

*

Die überwiegende Mehrheit der Gefangenen stammt aus sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten (in Witzwil sind es über 70 Prozent der Gefangenen), verfügen über eine unterdurchschnittliche Schulbildung, sind in Erziehungsheimen und Strafanstalten aufgewachsen (in Witzwil sind es 55 Prozent der Gefangenen).

Die wissenschaftliche Forschung weist nach, dass Unterschichtangehörige bei der Begehung strafbarer Handlungen von der Polizei häufiger erwischt werden als Angehörige der Oberschicht.

*

«Das Problem ‹Strafvollzug› ist erst in zweiter Linie das Problem von Menschen, die straffällig geworden sind – ihnen könnte in den meisten Fällen geholfen werden –, das Problem ‹Strafvollzug› ist in erster Linie das Problem einer Gesellschaft, die sich die Kompetenz anmasst, über den Mitmenschen zu Gericht zu sitzen und ihn aus der Gesellschaft auszuschliessen.» (Peter Aebersold, Strafrechtler, Basel).

*

Unsere Gefängnisse aus dem letzten Jahrhundert (Witzwil, Regensdorf usw.) entsprechen nicht mehr den Anforderungen, die «an einen modernen Strafvollzug gestellt werden müssen», meinen Politiker und Wissenschafter. Dass Gefängnisse nicht die im schweizerischen Strafgesetzbuch gestellten Ansprüche an den Strafvollzug (siehe oben) erfüllen können, betonen Strafrechtswissenschafter immer wieder. Sie fordern die Abschaffung der Freiheitsstrafe.

*

Neue Anstalten planen die Politiker (siehe Witzwil). «Das Volk verlangt Sicherheit vor Verbrechern», betonen sie. Rudolf Friedrich (FDP) verlangt härtere Strafen für Verbrecher.

Dem «Sicherheitsbedürfnis» wird bei einem Neubau einer Anstalt optimal entgegengekommen. Die neue Anstalt Bostadel in Menzingen weist Gitter an den Fenstern, ein elektronisches Zaunsystem und einen 6 Meter tiefen Graben auf der Südseite auf. («Die Strafanstalt Bostadel ist kein Hotel», Hansjürg Bühlmann, Anstaltsdirektor).

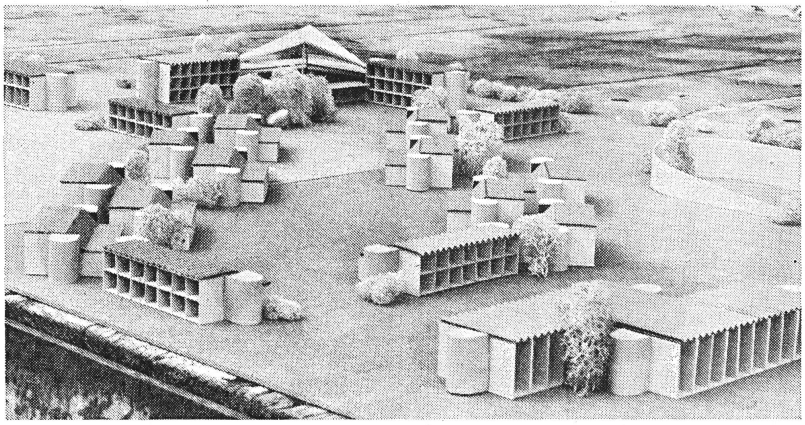
*

Höchstens (!) 10 Prozent der Gefangenen in unseren Anstalten sind gemein- oder fluchtgefährlich (Professor G. Stratenwerth, Basel). Die Wissenschafter fordern anstelle von Anstalten sozialtherapeutische Wohngemeinschaften und suchen nach «unkonventionellen» Ersatzformen. «Sozialtherapie in Freiheit statt Neubauten» (P. Aebersold).

*

Die sozialen und menschlichen Probleme müssen dort angegangen werden, wo sie entstehen. Wer neue Strafanstalten baut, will keine Ursachen bekämpfen. Er verfolgt ganz andere Ziele. Oder müssen sich 99,97 Prozent der Bevölkerung vor Menschen schützen, die gar nie Gelegenheit hatten, sich in die Gesellschaft zu integrieren? Das Strafvollzugssystem in der Schweiz ohne System hat System. Wer Macht hat, will seine Macht auch ausüben. Und Angst vor Vergeltung trifft schliesslich (fast) jeden.

Bruno Baeriswyl



So darf ein Gefängnis nicht aussehen: Das Projekt Witzwil

«Mit Alternativen Kontroversen auslösen!»

Eine Gruppe von sechs Fachleuten hat die vielbeschworene interdisziplinäre Zusammenarbeit ganz konkret erprobt: In mehrmonatiger Arbeit schufen sie, aufbauend auf Strafanstaltserfahrungen, ein Modell für eine neue Strafanstalt Witzwil. Über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen sprachen wir mit Bernhard (Architekt), Herbert (Sozialarbeiter) und Sylvia (Psychologin). Selbstkritik kommt dabei nicht zu kurz.

das konzept: Warum habt ihr euch gerade an diese Arbeit gemacht?

Bernhard: Als Architekt war ich davon fasziniert, einmal eine grosse Arbeit machen zu können, und dies zudem noch in einer Gruppe mit Leuten aus verschiedenen Fachbereichen. Von Anfang an war klar, dass es um eine Arbeit geht, die sich deutlich von der traditionellen Architekturaufgabe abhebt. Wir wollten eigene Wege gehen – im Bewusstsein, dass die Diskussion über den Strafvollzug erst richtig in Gang gekommen ist.

Herbert: Wir arbeiteten an etwas sehr Konkretem im Planungsbereich, was in unserem Sozialarbeiterberuf eher selten ist. Es wurde für einmal nicht nur geredet, sondern auch etwas Alternatives getan. Hinzu kamen Erwartungen an eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, von der zwar in der Theorie viel zu lesen ist, aber wenig Ergebnisse vorliegen.

Sylvia: Wir hatten die Möglichkeit, unsere eigenen Auffassungen von einem sozialisierenden Strafvollzug in das Projekt hineinzutragen. Von Resozialisierung zu sprechen ist ja eigentlich falsch, weil die meisten Gefangenen gar nie sozialisiert, in die Gesellschaft eingegliedert waren. Ausserdem ist fraglich, ob wir überhaupt das Recht haben, diese Leute in die geforderte Norm zu pressen.

das konzept: Wenn ihr nun das Projekt vergleicht mit euren Zielsetzungen, was wurde erreicht und was nicht?

B.: Ich bin überzeugt, dass im Baulichen noch Mängel zu beheben wären. Man weiss ohnehin nie, ob das Geplante, wenn es dann in die Landschaft hineinbetoniert ist, auch tragbar ist. Einige unserer Ideen, zum Beispiel die Integration der Zivildienst leistenden Militärdienstverweigerer in den Anstaltsbetrieb, haben wir sicher noch zuwenig ausgeschliffen.

H.: Bevor man etwas über die Ergebnisse sagen kann, müssen wir auf den Ver-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

«Mit Alternativen Kontroversen auslösen!»

Fortsetzung von Seite 3

lauf der Arbeiten zu sprechen kommen. Wir hatten erwartet, dass wir zu einem bestehenden Konzept die Alternative liefern könnten. Dann haben wir gesehen, dass hinter den gelieferten Wettbewerbsunterlagen gar kein richtiges Konzept stand. Vom ca. 100 Seiten starken Buch mit den Projektierungsgrundlagen setzen sich maximal neun Seiten explizit mit dem Strafvollzug auseinander. Das heisst,von einem bürgerlichen Standpunkt aus ist da schon ein Konzept hineininterpretierbar, aber was für eines . . . Wir beachten deshalb bewusst bei unserer Arbeit die vorgegebenen Auflagen zum Teil überhaupt nicht. Trotzdem mussten wir, wollten wir beim Wettbewerb überhaupt dabeisein, ein Teil der Realität hinnehmen. So entstand im Lauf der Gruppenarbeit eine Art Realutopie. Das kann als Schwäche ausgelegt werden. Die Diskrepanz zwischen wissenschaftlichen, im bürgerlichen Sinne wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Realität im Strafvollzug des Kantons Bern ist aber riesengross. Unser Projekt ist nicht alternativ, weil es aus einer Klassentheorie hervorgeht, sondern weil es sich auf das bezieht, was nach bürgerlichen Normen sein sollte.

B.: Du stösst dich eben daran, dass der Kanton Bern die Wissenschaft einfach nicht zur Kenntnis nehmen will. Was der Kanton hier geboten hat, war sowieso kein Ideenwettbewerb mehr. Der Spielraum der Bewerber war minim, weil auch das hinterste Detail festgelegt war.

das konzept: Ihr kritisiert also, dass ein Konzept für die Anstalt fehlte. Gleichzeitig fühltet ihr euch als Projektverfasser sehr stark eingeengt.

B.: Auch wenn etwas nicht explizit begründet ist, kann so etwas wie ein Konzept dahinterstecken. Ein Beispiel: Man schreibt gleich zu Beginn vor, dass der Landwirtschaft sehr viel Raum gewährt werden müsse, ohne zu sagen, was diese Landwirtschaft den Gefangenen denn konkret bringen soll. Schliesslich kommen nur vier Prozent der Witzwiler Gefangenen aus der Landwirtschaft. Letztlich ging es bei diesem sogenannten Wettbewerb nur darum, zu einer vorgefassten – nicht weiter begründeten – Meinung noch die schönen Häuser zu planen. Die Bruchlandung war vorprogrammiert.

H.: Es war nicht erwünscht, dass man inhaltlich auf den Strafvollzug eingeht. Architekten werden offensichtlich als Fachidioten betrachtet und lassen sich das scheinbar auch gefallen. Zudem kann die Anstaltsleitung ohnehin mit neuen Architekturvorstellungen machen, was sie will. Wir haben uns zum Beispiel gefragt, was mit Gruppenhäusern geschehen könnte. Sie können zur Lebenseinheit werden, sind aber ebensogut zur Disziplinierung zu gebrauchen. Auch mit der besten «Kiste» kann Schindluderei getrieben werden.

B.: Eine unserer wichtigsten Forderungen ist, dass die Strafrechtswissenschaft zugezogen werden müsste. Das ist nicht geschehen. Man hat verwaltungsintern ein Papier gemacht; aber das haben die Architekten nie zu Gesicht bekommen.

H.: Wir haben uns auch oft gefragt: Kann man in diesem Vollzugssystem überhaupt noch Reformen herbeiführen?

B.: Anderseits haben wir uns dabei gesagt, dass man nicht mehr mit gutem Gewissen zuschauen kann. Es darf nicht mehr weitere fünf bis zehn Jahre so weitergehen!

H.: Man kann und muss mit unbequemen Alternativen Kontroversen auslösen. Man darf die Kabinettspolitiker nicht weiterwursteln lassen und die Hände in den Schoss legen. Wir wollten möglichst rasch etwas verändern. Schliesslich stehen uns die Leute, die es konkret angeht, nahe.

S.: Wir haben uns auch überlegt, ob wir kurzfristige Massnahmen vorschlagen sollten. Auch in den bestehenden Gebäuden wären Alternativen möglich.

das konzept: Was passiert jetzt mit eurer Arbeit? Ihr habt keinen Preis gewonnen, und bei den Behörden ist man sicher nicht interessiert?

B.: Ich glaube, wir müssen es beerdigen. Möglich wäre noch ein Gespräch mit Leuten aus der Wissenschaft und der Architektur. Wir sehen aber noch nicht, wer öffentlich darüber diskutieren wollte. Das Ganze wird wahrscheinlich schubladisiert. Dass unsere Ideen beim Strafvollzugs-Establishment sicher keinen Anklang finden würden, haben wir natürlich von Anfang an gewusst. Gegenwärtig scheint eine Klasse der VSSA (Vereinigte Schulen für Sozialarbeit Bern) weiterzuarbeiten. Politische Arbeit wäre natürlich weiterhin möglich. Der Baukredit von rund 60 Millionen muss schliesslich vom Volk «bewilligt» werden.

Interview: Fredi Hänni

Spots

«Politik ist Gemeinwerk, wird mit vereinten Kräften gestaltet . . . Wer sich den öffentlichen Dingen fernhält, mit der Begründung, er könne ja doch nichts ausrichten, verkennt in egozentrischer Befangenheit das Wesen der Politik.» – Eine Kommission schlägt vor: Vermehrt betriebswirtschaftlich ausgerichtete Tarifgestaltung der VBZ, das heisst vermehrte Kostendeckung durch die Fahrgäste, und automatische Anpassung der Tarife ohne Parlamentsbeschluss und fakultatives Referendum, das heisst ohne die Genehmigung durch den Stimmbürger. Das Zitat zu Beginn stammt aus der «NZZ» (gezeichnet «E. A. K.»), der Vorschlag zur Fernhaltung des Volkes von öffentlichen Dingen kommt von einer Arbeitsgruppe des stadtzürcherischen Freisinns. Der freisinnige Unterschied: das eine sind schöne Worte, das andere ist die Praxis.

Heinz Allenspach, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, antwortete in einem Interview auf die Frage «Wie sehen Sie den Arbeitsfrieden ohne Arbeit?»: «Ein Arbeitnehmer, der keine Arbeit hat, ist ein Arbeitsloser. Wie kann ein Arbeitsloser einen Betrieb bestreiken?»

In der Frauenstrafanstalt Hindelbank BE sollen für fast 2 Mio. Franken Renovationen ausgeführt, Alarmanlagen und Steckdosen eingebaut werden. Auf die Idee, Alarmklingeln in den Zellen zu installieren, war man erst gekommen, nachdem die Jordanierin Rasmieh Hussein im September 1976 in der Zelle wegen ärztlicher Nachlässigkeiten gestorben war. Nur: Jetzt will die Polizeidirektion die durch Proteste der Gefangenen erzwungenen Neuerungen in ihr Gegenteil verkehren. Die Alarmanlage soll zur Überwachung missbraucht werden. Wörtlich: «Die Ausbruchssicherheit, vor allem aber auch die Isolationsmöglichkeiten gegen Infiltration von aussen (!), müssen verbessert werden.» So steht's im Antrag an den Grossen Rat, der den Kredit in der Februar-Session zu bewilligen hat.

Der Hausfrauenblick

oder Warum wir bis jetzt noch nichts geschrieben haben

«Für Frauen ist Schreiben immer nur Vorwand»
(ein Schriftsteller zu Simone de Beauvoir)

Die feministische Schreibökonomie hat ihren Marx noch nicht gefunden. Das Weiblichkeitsverdikt bleibt an uns kleben: der Mann arbeitet, die Frau ist beschäftigt. Die männliche Produktionsweise hat sich der uneingeschränkten Linearität verschrieben; der Künstler etwa ist flankiert von Musen und verständnisvollen Ehefrauen, die ihn von allem Alltagskram abschirmen, damit er gleich zum «Eigentlichen» kommen kann. Sitzen wir dagegen endlich an der Schreibmaschine, so sehen wir am Horizont des Schöpfertums den Staub auf Adornos Werken, bevor wir Adorno selbst sehen. Befreit und aufgeklärt?

Das Wissen um das Phänomen «Haushaltblick» in der weiblichen Optik verschont uns noch lange nicht von dessen Tücke, das Gebirge von unerledigten Häuslichkeiten unentwegt vor dem geistigen Auge vorzufinden und in einem Klima ungemachter Betten nicht produktiv zu sein, obwohl wir die Verantwortung dafür theoretisch längst nicht mehr alleine übernehmen. Die Haushaltkonditionierung von Kinds- und Mädchenbeinen an bleibt uns als «biologischer» Reflex einverleibt, der mit «höherer» Erkenntnis nicht wegzurationalisieren ist. Ein paar Jährchen feministischer Lernprozess und Politisierung kommen da nicht an gegen 20 Jahre Häuslichkeitsdrill: Mit der Einkaufsliste im Hinterkopf und dem krakeelenden Kind auf dem Gewissen (bei Kinderlosen ist's der kränkelnde Vater) schreibt die Emanze ihren Beitrag zur Weltveränderung.

Bildung und Politisierung, ob im Unter- oder Obergrund, ändern noch nichts am weiblichen Lebenskreis, dessen Radius, obwohl er nun in die Arbeitsgruppensitzung oder gar bis ins Parlament hineinreicht, noch immer beim Kehrichtkübel anfängt. Und selbst Frauenfreundlichkeit von Männern kann unsere Internalisierung des Gebots Hausarbeit vor Geistesarbeit, Abwaschen vor Schreiben noch nicht ausmerzen helfen. Die Formel weiblicher (Un-)Produktivität lautet schlicht und trivial: während er kocht, damit sie schreiben kann, denkt sie beim Schreiben, ob er wohl den Knoblauch nicht vergesse und Servietten eingekauft habe.

Noch sind wir nicht weiter: hier die männliche Schöpferklause zur Entfaltung eines Geisteslebens ohne Haushaltsschlacken – und da ein weiblicher Beschäftigungseintopf mit eingebrocktem schlechtem Gewissen, auf dem die intellektuelle Arbeit schwimmt wie die Petersilie: als Garnitur zur Brühe.

Der Haushaltblick hat nicht nur den offensichtlichen Effekt, dass wir weniger produzieren im Kulturbereich als Männer, sondern den verdeckteren, gefährlicheren, dass wir dem, was wir produzieren, weniger Bedeutung zumessen. Das Klischee stimmt halt noch immer: Der Mann, ob er Klosettschüsseln installiert oder Vorlesungen hält, nimmt seine Arbeit wichtig, hält sie für sehr wesentlich, während sich die Schriftstellerin, die Wissenschafterin mit dem selbstgemachten Kuchen für ihre Intellektualität entschuldigt. Das Weiblichkeitsimage wird mit selbstgestrickten Pullovern aufrechterhalten und konserviert. Die bürgerliche Erziehung fördert beim Mädchen das sogenannte Musische als Keimzelle der künftigen Frauenrolle. Die spätere schreibende oder malende Frau gerät auf diesem Hintergrund allzuschnell in den Geruch einer Hobbykultur, die zur Industrie hochgepäppelt und durch die institutionalisierte Klubschulenkreativität als erhabenste Form von Häuslichkeitsdressur missbraucht wird. (Töpfern und Häkeln, der Schreibkurs zum Inbegriff weiblicher Selbstverwirklichung deklariert, dient der Vergoldung des Grüne-Witwen-Käfigs.)

Wenn kulturschaffende Frauen zuhause arbeiten, mit der Nabelschnur zum Geschirrberg, allzuoft Mutter und Hausfrau vor Schriftstellerin sein müssen, verbleiben sie im politökonomisch umstrittenen (Re-)Produktionsbereich des Haushalts, in dem sich kein «gesundes» Verhältnis zur schöpferisch-geistigen Arbeit, und das wäre im materialistischen Sinne ein Lohnabhängigenbewusstsein, entwikkeln lässt. Daraus resultiert dann eine Art Gratisarbeitshaltung der Frauen, die sich selbst zum berühmten marxschen Nebenwiderspruch der Frauenfrage herunterspielen – von der Öffentlichkeit mit dem Odium des höheren Zeitvertreibs, des Schreibens als Luxus, bedacht.

Isolde Schaad

Suchen Sie jemanden, der Ihre

Dissertation

tippt?

Rufen Sie an:
(01) 46 85 97, U. Benkert

Sie suchen in Zürich
möbl. Zimmer oder
möbl. Wohnung?
Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!
dyn Verwaltungs AG, 8039 Zürich
Tödistr. 48, Tel. 202 73 11

Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Wer weiss, vielleicht ist er Ihnen dankbar, eine neue Zeitung entdeckt zu haben . . .

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an.
Temporär-Arbeit
Können Sie Maschine schreiben?
Haben Sie Buchhaltungskenntnisse?
Für Einsätze von einer oder mehreren Wochen
Besuchen Sie uns
MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50

SSR-Frühlingsreisen

Aegypten nicht nur sehen, sondern entdecken und erleben:

Segeln auf dem Nil	26.3.- 9.4.	1.410.--
Kairo-Assuan-Luxor-Edfu-Kairo	2.4.-16.4.	1.390.--
Aegypten per Bus	22.3.- 9.4.	1.360.--
NEPAL TREKKING		
Programm A: Trekkingroute: Katmandu-Jiri-Namche Bazar-Tengboche-Lukla-Katmandu. Obligatorisch: Fitness, Teamgeist und Kameradschaft	26.3.-16.4.	2.700.--
Programm B: ohne Trekking:		2.300.--
HOGGAR-TASSILI	19.3.- 2.4.	
Eine ungewöhnliche Abenteuerreise	2.4.-16.4.	2.150.--
Städtereisen		
PRAG (Ostern)	23.3.-27.3.	395.--
Flug, Halbpension, SSR-Reiseleiter	27.3.- 1.4.	410.--
ISTANBUL		
Flug, Hotel, Reisleiter (Ostern)	24.3.-27.3.	485.--
Weitere Reisedaten:	3.4.-8.4./10.4.-15.4.	420.--

AUF 80 SEITEN UM DIE WELT!

ausfüllen, einsenden!

Der neue SSR-Frühling-Sommerkatalog ist erschienen. 80 Seiten dick. Und noch viel "dicker" sind die Angebote. Jetzt bestellen! Schick diesen Coupon an SSR-Reisen, Postfach, 8023 Zürich oder ruf' einfach an: Tel. 01/242 31 31
Name/Vorname.....
Strasse..... PLZ/Ort.....
Beruf..... Jahrgang.....

SSR-REISEN Telefonverkauf 01/242 31 31

Neu bei: Schulthess, Zürich
Lang, Bern
Jäggi, Basel
Fehr, St. Gallen
oder in Ihrem Buchladen

N. Mario Cerutti
Einführung in die Rechtswissenschaft
Band 1: Zum Recht im allgemeinen
Band 2: Rechtsquellen
Band 3: Rechtssammlungen
Band 4: Sammlungen der Rechtspraxis
Band 5: Rechtszweige
Band 6: Struktur der Staatsgewalten
Band 7: Rechtssetzung
Band 8: Rechtsanwendung
Band 9: Rechtsvollstreckung
Studio Verlag
Postfach, 8023 Zürich

M-O-S
Offiziersuniformen nach Mass
von der Uniformenfabrik **F. Müller,**
9499 Oberschan SG
Tel. (085) 5 12 40
Jeden Montag Massnahme und Anprobe durch einen Fachmann im
Magi's Jeans Shop,
Weinbergstr. 15, Zürich 1, Tel. (01) 34 94 43.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck+Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon (01) 211 77 27

DISSERTATIONEN
druckt exzellent
von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.30
100	3.45
150	3.65
200	3.85
300	4.25

Angebot anfordern

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Frachtverbilligung Raster billigst!

treff punkt FLOHMARKT

Kontaktinserate/Kleininserate

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an Inseratenverwaltung «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8001 Zürich einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹ das konzept › » bzw. «Kleininserat ‹ das konzept › » auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages.** Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.
Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) *Nichtzutr. streichen
Name und Adresse:

treff punkt

Prag: Tschechin (21/1,69), stud. der ök. Handelsschule, sprachbegeistert (dt., fr., engl., russ.), interessiert an Theater, Kino, Literatur und Musik, sportlich aktiv, sucht **Schweizer Brieffreunde:** Jindra Nosková, Bavorovská 254, 144 00 Praha 4 – Písnice, ČSSR

Samstagern ZH: ab sofort Zweizimmer-Altwohnung zu vermieten. Kaltes u. warmes Wasser, Dusche, Kühlschrank: 295 Fr. Zentrale Lage. Nachtvorhänge und Teppiche sollten übernommen werden. Franco G. Ceppi, Turmmatt 14, 8832 Wollerau

WG in Zürich gesucht: von Ursula (28) mit Kind (5). In WG mit Kindern. Telefon (01) 55 32 16 oder G. (01) 202 01 50, intern 333 (Jarallah verlangen).

Wir suchen Wohnpartner(-in). Wir sind bereits zu viert. Es stehen noch **zwei kleine Zimmer** leer. Gute Lage in bezug auf Uni und Stadt Zürich (am Kreuzplatz). (01) 32 40 17 oder (01) 32 40 27. Am besten abends anrufen.

BE: Ich, Bernerin (30) wünsche mir aufrichtige Partnerschaft, da ich ein **sinnvolles Leben lieber zu zweit** leben würde. Meine Interessen sind u. a. Musik, Theater, Reisen. Alle Zuschriften werden beantwortet. Chiffre KA 027 827, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Junge (19) sucht einen Freund für gemeinsame, **sinnvolle Freizeitgestaltung.** Ich danke Dir für Deine Zuschrift mit Bild. Chiffre KG 027 833, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrasse 66, 8001 Zürich

BE: CH-Boy (20/180) sucht lieben, zärtlichen **Jeans- und Lederfreund** zwischen 18 und 25 Jahren. Ich beantworte jede Zuschrift mit Bild diskret. Chiffre KF 027 832, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrasse 66, 8001 Zürich

ZH: Welcher akademisch gebildete, schlanke, gutaussehende Mann (28–31 J./180) sucht eine ebensolche Pädagogin, die sich mit politisch-humanistischen Fragen beschäftigt? **Gefühlvoll, weich, sehnlichst** – wann? (in Zürich). Chiffre KE 027 831, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrasse 66, 8001 Zürich
LU: Geselliger, aber im Grunde einsamer junger Steinbock sucht aufgeweckten **gleichgeschlechtlichen Bezugspunkt** für seine Gefühle. Bildzuschriften beantwortet in jedem Falle Chiffre KD 027 830, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrasse 66, 8001 Zürich

zh: wg-müde? wir auch; wir haben es satt, unsere kommunikationsprobleme übers abwaschen usw. auszutragen. jetzt suchen wir noch **aufgestellte frauen,** die kreativer leben wollen. na? Chiffre KC 027 829, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrase 66, 8001 Zürich

SG: Schlanker, Deutschschweizer Jeansbursche (31/186) sucht zärtlichen, einfühlsamen Freund im gleichen Alter. Chiffre KB 027 828, «das konzept», Inserateverwaltung, Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung: die Gratis-Rubrik

für die Reisepartner-Suche

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommst Du (weiblich, natürlich, aufgeschlossen) mit mir (Assistent Naturwiss., 27/177) vor Semesterbeginn 2–3 Wochen **mit oder ohne Velo nach Griechenland** oder sonstwohin?
Wenn Dich eine gemütliche Tour abseits der Masse reizt, melde Dich. Rainer, (01) 69 00 80

Welches bergbegeisterte Mädchen begleitet mich während ca. zwei Wochen auf einer **Reise durch die Schweizer Alpen** im Sommer 1978? Die Reise beinhaltet auch einige Berg- und Klettertouren.
Pius Truttmann, Zugerstrasse 26, 6312 Steinhausen

Wer plant und unternimmt mit mir eine **3- bis 4wöchige Reise** im März? Route noch nicht festgelegt. Alfred (061) 49 93 67

Suche Reisepartner/in oder Gruppe für **Trip nach Südamerika** oder anderswo ab Mitte Juli bis Ende September 1978. Veronika Schwanz (23), Hardstrasse 2, D-775 Konstanz

Wer reist mit mir (16½ J.) im Juli und August 1978 für 1 Monat nach **Skandinavien zum Wandern** und Photographieren? Heinz Lusti, Winzenberg, 9231 Lütisburg

Welches kunstbegeisterte Mädchen möchte mit mir (Jus-Student, 21) die prachtvollsten **Barockkirchen Süddeutschlands** kennenlernen? Reisezeit: eine Woche in der ersten Aprilhälfte. Alles weitere besprechen wir am besten zusammen. Tel. (01) 60 46 93 (Bernhard verlangen)

ruedi, angeh. arch.-stud. (20) möchte gerne die **USA und Kanada** entdecken. stil: greyhound, zelt, kocher, waschbrett. budget: klein, unternehmungslust: riesengross. (1. 4.–1. 7. 78) hätsch de plausch? müller, aare 49, 5222 umikon ag

Deutschschweizer (26) sucht nette(n) Reisepartner(in) für **USA-Reise April bis Juni 78,** per Mietwagen oder Greyhound. Ziel: Land und Leute der Rocky Mountains kennenlernen. M. Koster, c/o Mrs. Knapman, 154 Biggin Hill, Upper Norwood, London SE 19, England

Welches unternehmungslustige Mädchen möchte mit mir (m, 19) eine ca. **1monatige Griechenlandreise** unternehmen? Reisetermin kann besprochen werden. Thomas Winiker, Geisswand, 6234 Triengen LU. Tel. (045) 74 13 96

Mit dem SSR nach Kreta. 20j. Student sucht Reisepartner(in) für billige, aber schöne **Reise durch die Insel Kreta.** (Kannst Du evtl. ein Zelt auftreiben?) Schreib einmal an: Edgar Stutz, Kaspar-Kopp-Str. 44, 6030 Ebikon

Wer hat Interesse, auf eine Reise in den **Fernen Osten** mitzukommen? Zeit: Mitte Juli bis Ende August/Anfang September.
Genauere Informationen bei: Gert Walldorf, Innere Schellenstr. 20a, 9008 St. Gallen, Tel. (071) 25 07 49

Cherche une ou plusieurs personnes pour partir aux **USA pendant environ 3–4 mois** fevrier–mars 78.
Laurent Anselmetti, 19, av. Pictet-De-Rochemont, 1207 Genève

Ich (23, weibl.) suche **Reisepartner/innen** für die Zeit vom 20. 3. bis 10. 4. 78. Das Ziel können wir noch gemeinsam bestimmen. Heidi, Tel. (01) 42 86 55

Suche Begleiter(in) für Reise im April (ca. 3 Wochen) nach **Marokko** oder evtl. auch anderes Reiseziel. Paul Kurer (28), Bruggerstrasse 27, 5116 Schinznach Bad, (056) 43 23 15 (ab 18 Uhr)

Welches Girl kommt mit am Weekend in die Berge oder Anfang Mai für **1 Woche nach Südfrankreich,** Jugoslawien oder Italien?
Ich (m, 26) erwarte gerne Deinen Anruf. Beat (065) 9 03 67

Wer möchte mit mir im Monat Mai oder Juni **im Auto mit nach England** reisen?
Marina Bühler, St.-Jakob-Str. 8, 9000 St. Gallen

Student sucht Reisepartner(in) oder Reisegruppe für eine **4- bis 5monatige Südamerikareise** in die Andenstaaten. Abfahrt im Juni. Beat Zysset Tel. (01) 47 24 76

Kurse und Seminare für Jugendleiter der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)

● **Weiterbildung für Jugendleiter (Baustein 2): «Organisation und Strukturen in der Jugendarbeit»**

Ausgehend vom Praxisbezug der Teilnehmer will der Kurs helfen, Position und Funktionen des Jugendleiters in den Organisationsstrukturen besser zu erkennen und im Spannungsfeld zwischen persönlichen und Verbandszielen optimaler auszufüllen.

Erfahrung in Betreuung von Jugendgruppenleitern. Mindestalter 20 Jahre, 15. bis 18. Juni

Kosten: 80 bis 95 Fr. und 19 Fr./Tag für Unterkunft und Verpflegung

Anmeldung:
SAJV, Postfach 4042, 3001 Bern

● **Jugendleiter-Seminar: «Spielregeln in einer demokratischen Gesellschaft»**

Arbeitsgrundlage sind gemeinsame Erlebnisse im Seminar selbst: zwei Rollenspiele (oder 1 Planspiel), die bekannte Situationen aus Jugendgruppen aufgreifen. An zwei späteren Zusammenkünften sollen die Erfahrungen, die nach dem Seminar in der Praxis gemacht werden, ausgetauscht und neue Erkenntnisse vermittelt werden.

Teilnehmerzahl auf 20 beschränkt, Mindestalter 18 Jahre, 16. und 17. April und 2 Samstage im Herbst.

Kosten: 25 Fr.; Rückerstattung Reisekosten 25 Fr.

Weitere Auskunft: (042) 41 33 56, Akademie Erwachsenenbildung (Wettstein)
Anmeldung: Unesco-Kommission, 3003 Bern (Formular verlangen)

Zwischen Rot und Blassrosa

Fortsetzung von Seite 1

rium dar. Die Welt der Staaten ist eine Welt der kalten Grausamkeit, der Machtkalküle. (Die sozialistischen Staaten machen hier keine Ausnahme.)

Reformismus oder . . .

Zwei Lager stehen sich innerhalb der Internationale gegenüber: Das erste ist dasjenige der deutschen und anglosächsischen Sozialdemokratie, die folgende Ziele hat: die Umverteilung des Nationaleinkommens nach Gerechtigkeitsparametern, die Errichtung eines Sozialstaates und eines antikommunistischen Europas, das sich auf Amerika stützt. Diese Sozialdemokratien stellen weder die kapitalistische Produktionsweise noch das monopolistische Eigentum an Produktionsmitteln, noch die Bodenrente, noch irgendeine grundlegende Struktur der bürgerlichen Gesellschaft in Frage.

In bezug auf die unterdrückten Völker der dritten Welt ist die Position der SPD und der Labour-Partei recht einfach: sie wollen die Erhöhung des Bruttosozialproduktes, die «nutzbringende» Aktivität der multinationalen Gesellschaften und Bankenimperien und, warum nicht, gewisse autoritäre Regimes in Lateinamerika, Asien und Afrika, die diesen unterentwickelten Völkern eine langsame vorwärts schreitende Entwicklung zum Wohlstand garantieren. Deshalb muss man, in Übereinstimmung mit dem nordamerikanischen Alliierten, die revolutionären, «kommunistischen» und «anarchistischen» Bewegungen der dritten Welt bekämpfen. Eine von deutschen Gewerkschaften finanzierte Institution versieht ebendiesen Dienst: das lateinamerikanische Sozialforschungs-Institut (ILDIS), dessen Sitz bis 1964 in Chile war und sich nun in Quito, Ecuador, befindet[7].

Das Geld der deutschen SPD beherrscht noch heute die Internationale. Die Friedrich-Ebert-Stiftung[8] ist ihre erste Finanzierungsquelle – die sozialistischen Parteien Portugals und Spaniens können ein Lied davon singen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfügt über ein enormes Budget, dessen wirkliche Höhe ein wohlbehütetes Geheimnis ist. Mehr als 300 Personen arbeiten allein in der «internationalen Abteilung». Sie besitzt Filialen in vielen Ländern, vor allem in Lateinamerika[9]. Die Führung dieser Stiftung liegt in den Händen der grössten Reaktionäre der SPD. Zu diesen zählt unter anderem Walther Hesselbach, Präsident der Bank für Gemeinwirtschaft (das grösste Finanzinstitut der SPD und der Gewerkschaftsbewegung), der deren Aufsichtsrat leitet. Neben ihm sitzen Eugen Loderer, Präsident der IG Metall (die mächtigste Gewerkschaft), Verteidigungsminister Leber, der Präsident des Deutschen Gewerkschaftsbundes, H. O. Vetter. Loderer und Vetter fühlen sich mit der amerikanischen Führungsspitze eng verbunden und nehmen auf Wunsch David Rockefellers an der trilateralen Kommission teil, wo sie seit Jahren mit Carter, Vance und Brzezinski zusammenkommen. Hinter Vetter, Loderer und Hesselbach steht Helmut Schmidt, Kanzler der mächtigsten Nation Europas, der ein treuer Verbündeter der amerikanischen Regierung ist. Die trilaterale Kommission erarbeitet die langfristige Strategie der kapitalistischen und imperialistischen Aggression gegen die Peripheriestaaten.

. . . radikale Veränderungen?

Ein zweites Lager wird von der französischen Partei angeführt. Am Parteitag, der kürzlich in Nantes abgehalten wurde, hat die Führungsspitze der Partei das «deutsch-amerikanische Imperium» in Erinnerung gerufen. François Mitterrand hat vor den Vertretern der Frelimo (Moçambique), der MPLA (Angola), der SWAP (Namibia), der ANC (Südafrika) und Carlos Altamiranos (Generalsekretär der SP Chile) die totale Unterstützung der Partei – und der eventuellen Regierung von morgen – für die Befreiungsbewegungen, die von der ILDIS bekämpft werden, zugesagt.

François Mitterrand sagt: *«Muss man, wenn man die Freiheit verteidigt und wenn man nur langsam vorwärts kommt, schauen, wo man seinen Fuss hinsetzt, oder muss man über das Ganze hinwegsehen, ohne sich um all das zu kümmern, und überall sagen, was man denkt? . . . Ich meine wohl, dass es unsere Aufgabe ist, an das universelle Gewissen zu appellieren und wenn nötig uns um die universelle Politik zu kümmern, wenn wir von Schiessereien in Iran und in Indonesien hören . . . Die Liste ist sehr lang! Wir werden den revolutionären Bewegungen überall, wo es möglich ist, helfen»*[10]

Die Aufgabe der französischen, skandinavischen, belgischen und schweizerischen Sozialisten ist es, die progressiven Kräfte eines Landes – später der ganzen Welt – nach und nach zu vereinigen: Abschaffung des monopolistischen Eigentums an Produktionsmitteln; Veränderung der Arbeitsverhältnisse; Dezentralisierung des Produktions- und des Entscheidungsapparates; kurz gesagt, Schaffung aller notwendigen objektiven Bedingungen, damit selbstverwaltete, für ihr Schicksal verantwortliche solidarische Gemeinschaften von Männern und Frauen in Freiheit entstehen können. Schliesslich ist es auch Aufgabe der sozialistischen Bewegung, den Hunger und die Folter aus der Welt verschwinden zu lassen.

Die Sozialistische Internationale reduziert sich jedoch nicht nur auf diesen einfachen Gegensatz zwischen voneinander abweichenden Projekten. Die Sache ist viel komplizierter: Die SPD ist heute eine zutiefst geteilte Partei. In Hamburg sind am 15. November 1977 die Linke und die Rechte des SPD-Parteitages, *was die Berufsverbote, die Nuklearfrage und den Kampf gegen den Terrorismus betrifft, stark aufeinandergeprallt.* Horst Ehmke meint: *«Es ist ein Wunder, dass diese unterschiedliche und oft widersprüchliche Ideenkoalition bestehen kann»*[11]

Linker Flügel und Staatsräson

1976 wurde «eine stillschweigende Kompetenzenverteilung» innerhalb der SPD vorgenommen: der rechte Flügel bleibt in Deutschland an der Macht (Regierung, Partei, Gewerkschaft), der linke Flügel beschäftigt sich mit der Internationale[12]. Deshalb wurde Willy Brandt (Präsident der SPD) Präsident der Internationale. Hinter ihm steht Horst Ehmke. Dieser faszinierende Mann, Bürger von Danzig, kam nach dem Krieg nach Westdeutschland. Er wurde Professor der Rechte an der Universität von Freiburg im Breisgau, erneuerte die «Reuter-Kreise» (eine Art Besinnungsklubs, die den Namen des ersten Bürgermeisters von West-Berlin tragen), welche das deutsche sozialistische Gedankengut wiederaufnehmen, und ebnete dadurch den Weg für die Studentenbewegungen von 1968 und den der Jusos der 70er Jahre. Er war Kanzleramtsminister bei Willy Brandt, seinem Kabinettsvorsteher. Nach dem Rücktritt Brandts wurde er Leiter des linken Flügels innerhalb der sozialistischen Fraktion des Bundestags und aussenpolitischer Sprecher Brandts. Er und seine Freunde (so Karsten Voigt, ehemaliger Präsident der Jusos und heute Abgeordneter von Frankfurt) spüren das ganze Gewicht der oppositionellen Einstellung gegenüber Helmut Schmidt. Die internationale Ausstrahlung Willy Brandts, das politische Gehirn von Horst Ehmke, die diskrete Unterstützung von Egon Bahr (Generalsekretär der SPD, ehemaliger Minister von Willy Brandt) erreichen, dass die neue deutsche Mannschaft an der Spitze der Internationale bei den fortschrittlichen Kräften aller Mitgliederparteien begründete Hoffnungen erweckt. – Enttäuschte Hoffnungen? Nein. Aber die deutsche (oder genauer gesagt, die deutsch-amerikanische) Staatsräson scheint stärker auf dem gegenwärtigen Präsidenten der Internationale zu lasten (und dies trotz seiner Persönlichkeit). Die regionalen Konferenzen, die vom XIII. Kongress in Genf beschlossen wurden und die dazu hätten dienen sollen, die sozialistische Parole in die Überseeregionen zu verbreiten, wurden annuliert. Die Konferenz von Dakar wird nicht stattfinden. Diejenige von Mexico (oder Caracás) wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Aufnahme der arabischen Bruderparteien ist blokkiert. Was die Nahostpolitik betrifft, bestimmt Yitzhak Rabin, Vizepräsident der Internationale, die Richtung. Zwei Nahostmissionen Kreiskys bringen keine weiterführenden Resultate. Die Internationale steht immer noch ausserhalb des palästinensisch-israelischen Konflikts.

Heutzutage existiert innerhalb der Internationale ein labiles Gleichgewicht zwischen dem proimperialistischen und dem antiimperialistischen Flügel. Willy Brandt versucht dank seiner Persönlichkeit zu vermitteln. ●

Übersetzt aus «le monde diplomatique» (Januar 1978) von Monika Tobler.

7 Das ist die Regierung Frei, die unter dem Druck des linken Flügels der Christdemokraten die ILDIS aus Chile hinausgeworfen hat.

8 Ebert, Sozialistenführer der Weimarer Republik, ordnete die Auslöschung der Spartakistenbewegung sowie der Bewegung der Deutschen Räte an. Er erstickte die proletarische Revolution sogleich nach dem Krieg (1919–1924) im Keim. Die Finanzen der Stiftung operieren aus verschiedenen Basen, z. B. aus der Schweiz.

9 Cf. Das Beispiel von ILDIS.
10 Texte der Rede in «Le Monde» vom 21. Juli 1977.
11 Horst Ehmke, zitiert von Gérard Sandoz in «Le Nouvel Observateur» vom 28. November 1977.
12 «Der Spiegel» Nr. 50, 1976

Demokratie Schweiz & Cie.

Martial Leiter, 25jähriger Westschweizer Zeichner, der sich nicht scheut, auch in kleineren Zeitungen und Zeitschriften zu publizieren, hat eine mobile Galerie veröffentlicht: eine Sammlung seiner Werke von schwarzer Tinte aus den Jahren 1974 bis 1977, gebunden in einem Folio-Band, 100 Seiten stark. Die Themen: Ausländerfeindlichkeit, Meinungsäusserungsfreiheit, die Welt, die Armee. Immer wieder kommt es vor, dass Chefredaktoren bürgerlicher Blätter seine Zeichnungen, obwohl bestellt, nicht annehmen. Wer sie sieht, weiss warum. «konzept»-Leser kennen Leiter von seiner Illustration zum Artikel über die Neutronenbombe, 9/77. In dieser Nummer stammt die Zeichnung «Matterhorn mit Autobahnen» (vgl. Inserateseiten für die Initiative Demokratie im Nationalstrassenbau) von Leiter. Untenstehende Zeichnung soll den Leser zum Kauf dieses ungewöhnlichen Buches anregen . . . (Ed. Kesselring Yverdon. 18.70 Fr.)

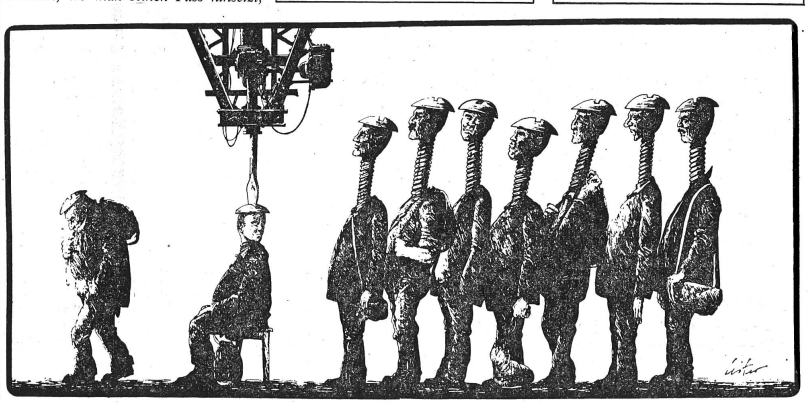
Eine Stelle in der
Demokr. Republik Moçambique

Eine moçambiquanische Strassen- und Brückenbauunternehmung sucht technisches Kader für Baustellen und Direktion:
- Bauingenieure
- Tiefbautechniker
- Baumaschinen-Mechaniker

Die Firma steht unter staatlicher Kontrolle und wird zurzeit umstrukturiert (Schaffung von Produktionsräten, Demokratisierung der Direktion). Bewerber mit entwicklungspolitischem Engagement werden durch Partizipation an der sozialistischen Politik des Landes für die eher schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen entschädigt. Die Landessprache Portugiesisch kann nötigenfalls an Ort und Stelle erlernt werden.

Offeriert werden Zweijahresverträge mit bezahlter Hin- und Rückreise sowie freie Wohnung. Die Saläre sind den Möglichkeiten des jungen Staates angepasst.

Auskünfte durch und Lebensläufe an:
Beat Gruber c/o J. Guedes Lda.
C. P. 4272 Maputo
Rep. Pop. de Moçambique



Ein Freund und Kritiker Israels analysiert die innenpolitische Situation

Hat Israel Angst vor dem Frieden?

«Ich habe in diesen Tagen öfters befürchtet, irrsinnig zu werden.» (Theodor Herzl, 16. 6. 1895)

In der Nahostpolitik ist in letzter Zeit einiges ins Rollen geraten. Sadat und Begin machen Schlagzeilen, zusammen und je einzeln. Der Friede zwischen Israel und den Arabern scheint plötzlich möglich – und wird es offenbar doch nicht. Warum? Der folgende Artikel, aus der Feder eines in der Schweiz lebenden Juden, geht dieser Frage nach. Israel, als sozialistischer Staat gegründet, ist unter der ständigen Bedrohung von aussen zu einem sehr kapitalistischen Staat geworden. Die klassenpolitischen Auseinandersetzungen haben der äusseren Abwehr Platz machen müssen. Fürchtet die herrschende Schicht Israels den Frieden, weil dann die inneren sozialen Konflikte wieder ausbrechen könnten?

Von Michael Dym

Die Juden haben lange eine Heimat gesucht. Theodor Herzl[1] wäre mit Argentinien oder Uganda zufrieden gewesen. Eine starke Minderheit plädierte bis kurz vor der Staatsgründung für den binationalen Staat, so wie Arafat heute.

Über das Land

Die Teilung des britischen Mandatsgebietes Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat wurde begrüsst, und die Israelis jubelten am 15. Mai 1948 über das Erreichte: ein Mini-Staat. Der nachfolgende Unabhängigkeitskrieg führte zu den weit verbesserten Grenzen (genau: Waffenstillstandslinien) von vor 1967. Und der 6-Tage-Krieg schliesslich erlaubte Israel die Besetzung eines Gebietes von der vielfachen Grösse des vorherigen Territoriums.

Aber man wollte ja nicht das Land, so sagte man, sondern nur sichere Grenzen. Das kann man verstehen, auch wenn man nicht in Israel lebt. Das besetzte Gebiet als Pfand, auch das kann man verstehen: Land gegen Frieden.

Und nun ist das Wunder plötzlich geschehen, die Israelis können all das haben, wovon sie nur zu träumen wagten: Frieden, Anerkennung, nachbarschaftliche Beziehungen. *Und warum geht es nicht?* Weil ein paar religiöse und nationale Fanatiker ihre Siedlungen auf dem «Land der Väter» bauen wollen oder weil einigen Pionieren die eigenen Wüsten zu klein sind?

Wegen ein paar Siedlungen am Nordrand des Sinai, die weder von religiösem, historischem noch militärischem Interesse sind, scheiterten die Friedensgespräche. Will Israel – das muss man sich auch als Freund fragen – überhaupt den Frieden?

Über den äusseren Unfrieden . . .

Unter diesem Titel geht es mir nicht um eine Aufrechnung der Rechte, die beide Nationalitäten anmelden; man kann ein Problem auch nach dem Kriterium der Frage analysieren, *wem denn der Zustand, in unserem Fall die politische Spannung einschliesslich ihrer kriegerischen Ausbrüche, nützt.*

Für die arabische Seite haben arabische Autoren interessante und nützliche Hinweise geliefert. Wie sieht es in Israel aus? Verallgemeinernd kann man sagen, *dass der Druck von aussen den Klassenkampf sistiert hat.* Und zwar zugunsten einer kleinen, aber sehr mächtigen Oberschicht, und zu Lasten sowohl der ideologisch orientierten linken Avantgarde als auch der einfachen Menschen.

Das Volk der Juden, dem Unterdrükkung ein Trauma ist, wollte frei sein in seinem Staat, auch von *kapitalistischer* Unterdrückung und Ausbeutung. Das hat ein Theodor Herzl begriffen, ein Beer Borochov, dem die Synthese zwischen Zionismus und Sozialismus zu verdanken ist; die Idee des Judenstaates, der wirklich frei sein soll, hat einen Martin Buber[2] vereint gefunden mit der Kibbuz-Linken des Haschomer Hazair[3].

Die Ausgangsposition war denkbar günstig. Die Kibbuzim spielten wirtschaftlich, ideell, politisch und militärisch in den Gründerjahren die eminent wichtige Rolle im Staat. Der Gedanke des Sozialismus war in breiten Bevölkerungsschichten verankert, was der vereinten Linken von Anfang an parlamentarische Mehrheiten brachte.

Des einen Freud . . .
Übliches Bild an einer israelischen Militärparade

. . . zum inneren «Frieden»

Was ist aus diesem Ansatz geworden? Die Arbeiter wurden unter dem Druck von aussen zur «Disziplin» aufgerufen. Die Neueinwanderer aus arabischen Ländern wurden in Entwicklungsstädte in unwirtlichen Gebieten versandt, wo sie billige Arbeitskräfte abgaben und bis heute fast ohne politische Vertretung in Regierung und Administration blieben. Die besten Leute aus den Kibbuzim wurden Militärführer, und diese dürfen in Israel keine Politik machen bzw. erst wenn ihre Karriere beendet ist, und dann sind sie auch meist keine Sozialisten mehr, sondern leben in Villen im Militärghetto von Zahala von ihrer Pension.

Das eindrücklichste Beispiel ist aber die Entwicklung der Einkommen: Die untersten 20 Prozent der Familieneinkommen in Israel sanken von 1950 bis 1967 von 12,4 Prozent auf 5,7 Prozent, während die höchsten 20 Prozent der Einkommen im gleichen Zeitraum von 31,0 auf 42,7 Prozent Anteil aller Einkommen stiegen[4].

Besuche in den Luxussiedlungen *Savion* oder *Herzelya-Pituach* verdeutlichen im Vergleich zur Verslumung der Vorstädte von Tel Aviv und Haifa die Entwicklung des Landes: *Ohne Druck von aussen, immer wieder von den interessierten Kreisen als Disiziplinierungsmittel gegen unten verwendet, wären die enormen sozialen Spannungen längst zum Ausbruch gekommen.*

Über die Spannungen

Diese Spannungen finden aber anderswo Luft: im sozialen und wirtschaftlichen Kampf eines jeden gegen jeden, der mörderisch ist, wobei der Schwächere keine Chance hat, sei es nur darum, weil die Gerichte derart langsam arbeiten, dass einem ein Urteil kaum mehr nützt. Die Aggressivität findet den einsehbarsten Ausdruck im Strassenverkehr, wo Israel an Unfällen – ebenso wie im Schuldenmachen pro Kopf der Bevölkerung – Weltrekorde hält.

Dreissig Jahre Spannungszustand sind auch psychologisch ein günstiger Nährboden für die Vertauschung sozialistischen Gedankenguts mit der Annehmlichkeit des Vergessens im Konsum. Und die Ablösung der Arbeiterregierung durch die Rechten bis Rechtsradikalen im Sommer 1977 war dann auch nur die logische Konsequenz einer Entwicklung, *die nur dank diesem Druck von aussen zustande kommen konnte.*

Ich will damit nicht sagen, dass die israelische Oberschicht den Kriegszustand wünschte, ich behaupte nur, dass er ihr nützte, ja, und natürlich auch weiterhin nützt. Die Leute um Begin können sich sehr wohl ausrechnen, dass im Fall eines Friedens alle jene sozialen (und auch religiösen!) Konflikte ausbrechen würden, die bisher unter Kontrolle gehalten werden konnten. Da ich mir nicht vorstellen kann, dass einige Siedlungen im Sinai wichtiger sind als der Friede, muss man derartige Überlegungen anstellen.

Über die unheiligen Allianzen

Freilich hatte es Israel nicht gerade leicht mit seinen Freunden, wenn es um Staaten ging. Das sogenannte *sozialistische Lager,* anfangs (besonders militärisch) wichtige Stütze des jungen Staates, hat sich auf die andere Seite geschlagen. Für den *Westen* war und ist Arabien wirtschaftlich bedeutend interessanter, vom Öl ganz zu schweigen. In dieser bedauernswerten Position musste Israel die Freunde nehmen, die es gab, und das sind etwa die lateinamerikanischen Diktaturen, der Schah von Persien und die Südafrikanische Union.

Wenn Levi Eschkol[5] auf dem Höhepunkt US-amerikanischer Aktionen in Vietnam und Lateinamerika sagte, die USA und Israel fänden ihre grösste Gemeinsamkeit in ihrer Liebe zu Freiheit und Gerechtigkeit, so mag das politisch opportun sein, allein es tut mir weh. Muss dieser Opportunismus so weit gehen, dem Schah von Persien ganze Flugzeugladungen voll Uzi-Maschinenpistolen zu liefern, einen Idi Amin auszubilden, Südafrika in der Uno zu schonen (wer kennt rassische Unterdrückung besser?), Athiopien heute mit Waffen und Personal zu unterstützen, die Herren Strauss und Springer als Wohltäter der Menschheit zu feiern? An ihren Freunden sollt ihr sie erkennen?

Über die Araber

In Israel kann jeder Schüler Arabisch lernen. Die meisten lernen Englisch. In der Uno wurde Israel des Rassismus bezichtigt. Das ist falsch. Die Israelis sind in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht rassistisch. Aber sie sind überheblich und arrogant, sogar wenn sie es gut meinen. Etwa wie: *«eine friedliche Zusammenarbeit mit den Arabern könnte wundervoll sein, wir haben die Köpfe mit dem Know-how, und sie haben die Arbeitskräfte».* Eine schlechte Arbeit heisst im israelischen Volksmund *«awoda arawit»,* arabische Arbeit. Das Wissen der Israelis über arabische Länder, Literatur, Kultur schlechthin, Wissenschaft usw. ist gleich Null. – Wie war das mit den Vorurteilen?

Über die Palästiner

Wer, wenn nicht die Juden, so müsste man meinen, könnte die Nöte eines Volkes besser verstehen, das die Geschichte zwischen zwei Stühle setzte? Hin- und hergeschoben wie ein Schwarzer Peter, den keiner will, vertrieben, heimatlos, in Lagern armselig mehr dahinvegetierend denn lebend, verzweifelnd am Mangel irdischer wie himmlischer Gerechtigkeit, kennt man das nicht?

Schuld und Ursache müssen nicht identisch sein: nicht die Israelis haben den Palästinerstaat 1949 verhindert, sondern Abdalla, der König der Haschemiten. Nicht nur die Israelis haben arabisches Eigentum unter den Nagel gerissen, auch die Araber dasjenige der zur Auswanderung gezwungenen oder freiwillig gehenden Juden. Das weiss man.

Warum denn, so frage ich mich, der israelische Hass auf die Palästiner, die ja am wenigsten für die Situation können, wie sie nun einmal ist? Warum höre ich israelische Wanderprediger, von der Regierung bezahlt oder zumindest unterstützt, die Palästiner verfluchen, warum anerkennt die israelische Regierung wenn schon nicht die *PLO* – was man verstehen kann – so doch die Existenz des Problems an sich? Ein palästinischer Staat wäre weder eine grössere noch eine kleinere Gefahr für Israel als eine jordanische Westbank oder ein ägyptisches Gaza, aber man gibt den Palästinern nicht einmal die Chance, gemässigt und vernünftig zu werden, wie noch alle Unabhängigkeitsbewegungen, wenn sie erst mal ihren eigenen Staat hatten.

Über die Juden

«Denn siehe, ich schaffe einen neuen Himmel, und eine neue Erde, und man wird des Vergangenen nicht gedenken.» So steht es bei Jesaja 65, doch das Vergangene ist bei den Juden stets sehr lebendig geblieben. *«Wenn ich deiner vergesse, Jerusalem, so verdorre meine Rechte»,* so schworen sich die Juden im babylonischen Exil ihre Treue zu Zion; Jerusalem wurde ebensowenig vergessen wie der Bund mit Gott.

Dieses Nicht-vergessen-Können ist gleichzeitig Triumph und Tragik des jüdischen Volkes. Nicht vergessen ist heute das Trauma der Judenpogrome im europäischen Osten (bei den Alten), nicht vergessen die Nazi-Zeit (bei der mittleren Generation), nicht vergessen Drohung, Terror und Krieg der Araber. Ich verstehe das Misstrauen. Man hat genug gelitten. Verhindert die Angst um die Sicherheit den Frieden?

Über die Zukunft

Moshe Dajan hat einmal gesagt, lieber Scharm asch-Scheich ohne Frieden, als Frieden ohne Scharm asch-Scheich. So wird es nicht gehen. Auch der Anspruch auf das «Land der Väter» wird nicht gehen. Die Idee von Blut und Boden ist bekannt; wenn die Erde gar heilig ist (bzw. deren Besitz), gibt es meistens viele Tote. Und am Ende arrangiert man sich doch. Warum also nicht gleich?

Israel hat Freunde. Es sind jüdische und nichtjüdische Freunde, und wenn sie nicht unkritisch sind, so haben sie es schwer. Man liebt dieses Land und seine Menschen, man versteht, man versteht vieles, man versteht vieles immer weniger. Ich hatte schon mehrmals Lust, meine Freundschaft zu kündigen, aber Israel braucht Freunde, kritische Freunde. Sadat forderte, als er ankam wie der Messias, mutige Schritte von den Israelis. Er hat recht. Mutige Schritte sind höchst notwendig, Schritte zum Frieden, aussen und innen. Einem Ex-Feind braucht man es nicht zu glauben. Wird man es Freunden glauben?

Der Titel der israelischen Nationalhymne heisst «Hatikwa» – «Hoffnung».

---

[1] Theodor Herzl (1864–1904): Begründer der zionistischen Bewegung

[2] Martin Buber (geb. 1878 in Wien, lebte später in Israel): Philosoph und Religionswissenschaftler, ist stets für den Dialog eingetreten.

[3] Haschomer Hazair (= «der junge Wächter»): Linkssozialistische Kibbuzbewegung

[4] Ausführliche Quelle bei *Peretz Merchav:* Die israelische Linke (im Anhang), Europäische Verlagsanstalt, Ffm. 1972

[5] Levi Eschkol: Israelischer Ministerpräsident bis 1969

. . . des andern Leid
Palästinerlager

Freunde und Kritiker Israels

Seit seiner Gründung hat der Staat Israel und sein Volk Freunde. Freunde in Bewunderung, zum Beispiel hierzulande. Israel ist klein, demokratisch und wehrhaft; sprichwörtlich der Pioniergeist; bemerkenswert die Urbarmachung von Wüsten und Sümpfen, die Standhaftigkeit in der Verteidigung, die Höhe des Bruttosozialproduktes; erstklassig die Qualität der Früchte, Beeren und Blumen, die auch bei uns auf den Markt kommen; Anerkennung heischend die Kibuzim, die Integrationsfähigkeit des Schmelztiegels, die kulturellen Leistungen; dem Touristen schliesslich bietet sich ein Paradies.

Es fällt nicht schwer, mit Israel Freund zu sein – in Bewunderung. Israel schätzt diese Freunde sehr. Sie sind positive öffentliche Meinung, die das Land – isoliert in der Uno und anderswo – dringend braucht; sie unterstützen Israel mit Geld und Geist.

Wenn einige dieser ausländischen Freunde wie beispielsweise *Herbert Marcuse, Friedrich Dürrenmatt, Sartre* oder *Beauvoir* jedoch ihre Freundschaft ernst nehmen und nicht nur loben, sondern auch kritisch zu analysieren versuchen, so wird das bedeutend weniger geschätzt. Weil sie Koryphäen sind, hört man diese Gäste an, höflich; gewöhnlichen Freunden verweigert man die Diskussion und wird eher gehässig. Wenn man nicht im Land selbst lebe, meinen die Israelis, könne man ihre schwierige Lage nicht beurteilen, nicht mitreden, geschweige denn kritisieren.

Und die Kritiker im Lande selbst? Einer der klügsten von ihnen, *Uri Avneri,* wurde nicht mehr ins Parlament gewählt. Während arabische Intellektuelle selbstkritische Arbeiten über ihre Länder und Gesellschaften publizieren (von den Israelis kaum zur Kenntnis genommen) wie *Bassam Tibi* oder *Anouar Abdel-Malek*,* fehlen kritische Analysen in Israel fast vollkommen – beim Volk des Buches und des talmudisch geschulten Geistes.

Aus den *Kibbuzim,* einstmals physischer und geistiger Motor der israelischen Linken, ist kaum etwas zu hören. Sie haben sich als Zellen der Weltrevolution verstanden und wurden schmerzhaft darüber belehrt, dass die Weltrevolution sie nicht will. Gefördert durch ideologische Isolation und Frustration, hat der materielle Wohlstand ihren einstmals puritanisch-sozialistischen Lebensstil ausgehöhlt wie Emmentalerkäse. Leider kann man heute auch mit den Leuten aus den Kibbuzim nicht mehr diskutieren. *«Love it or leave it»,* so scheint der nationale Konsens zu lauten, der Kritik allemal an den Rand des Verrats rückt. Wie könnte man's denn sagen, als Freund, was einen bewegt und bedrückt?

Der Verfasser dieses Beitrags

zum Nahostkonflikt, *Michael Dym,* kennt beide Seiten. Als Jude dem Staate Israel von jung an verbunden, besuchte er das Land seit 1962 über 70mal, lebte im Kibbuz und in der Stadt und nahm am 6-Tage-Krieg teil. In den letzten Jahren unternahm er zahlreiche Reisen nach Ägypten, Algerien, in die Golf- und andere arabische Staaten. Sein Artikel ist eine Kritik an die Adresse Israel: die Kritik eines Freundes.

* **Bassam Tibi:** Militär und Sozialismus in der dritten Welt, Edition Suhrkamp Nr. 631

Anouar Abdel-Malek: Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Edition Suhrkamp Nr. 503; ferner Essays und Aufsätze

Stormy Six in Zürich

Am Montag, 20. Februar, spielt die in Italien berühmte Mailänder Gruppe Stormy Six zum ersten Mal in Zürich. Das Konzert findet in der unteren Uni-Mensa um 20.30 Uhr statt und wird gemeinsam organisiert von «Musig am Mäntig» und VOXPOP.

Hinter dem für eine linke italienische Musikgruppe ungewöhnlichen Namen Stormy Six verbirgt sich eine ursprünglich konventionelle Tanzband, die jedoch seit den frühen siebziger Jahren – als erste Rockgruppe Italiens – ausschliesslich politische Stücke spielt. Durch Auftritte bei Demonstrationen, in Fabriken und Schulen bekanntgeworden, sind die Stormy Six Wegbereiter einer musikalischen Entwicklung, die in unserem südlichen Nachbarland mehr und mehr an Boden gewinnt.

Dieser neue Politrock hat nichts gemeinsam mit den textlich und musikalisch oft schwerfälligen und fragwürdigen Produktionen bei uns eher bekannter deutscher Gruppen. Er hat auch nichts gemeinsam mit der zum Klischee erstarrten internationalen Rockmusik kommerzieller Prägung. Im Gegenteil: die Stormy Six versuchen erfolgreich eine eigenständige, stark mit Folk-Elementen durchmischte Musik zu schaffen, die in äusserst enger Verbindung zu den differenzierten, oft lyrischen Texten steht, die von den politischen Erfahrungen der italienischen Jugend geprägt sind.

Daraus entsteht eine neue Musikrichtung, deren Vielfalt die Organisatoren des Zürcher Konzertes in ihrer Ankündigung mit der Nichtübersetzung *«Mailänder Politrock» – Canzoni popolare d'Italia»* Rechnung zu tragen versuchen. Es wäre zu hoffen, dass dieser revolutionierte Rock Einfluss auf die hiesige Musikszene gewinnt.

Die neuste Produktion der Stormy Six, mit der sie auch in Zürich auftreten werden, heisst «L'Apprendista» (Der Lehrling). Sie enthält Lieder über das Leben der jungen Leute in Italien: Lieder über Demonstrationen, über den Militärdienst und vor allem über die Arbeit.

Das Stormy-Six-Konzert findet am 20. Februar, 20.30 Uhr, in der unteren Mensa der Universität statt (kein Vorverkauf).

Der Fall Cincera & Co. stellt unsere Justiz in Frage

Was es kostet, zu seinem Recht zu kommen

von Jürg Frischknecht

Vor 15 Monaten platzte die Cincera-Affäre. Die aufgeflogene Denunziokratie am Fuss des Zürichbergs ist in erster Linie ein Politikum. Sie ist aber auch ein Fall Justiz. Denn sie hat offenbart, dass die «Mühlen der Gerechtigkeit» nicht nur langsam mahlen, sondern auch ungleichmässig, mal grob, mal sehr fein, je nachdem, welche «Ehrenhaftigkeit» den Apparat schmiert. Der Fall Cincera wurde für die Mitglieder des Demokratischen Manifests ein Lehrstück zur Preisfrage, was es kosten kann, zu seinem Recht zu kommen – im günstigsten Fall. Jürg Frischknecht, der im letzten Herbst zusammen mit zwei weiteren DM-Mitgliedern zu einer bedingten Gefängnisstrafe verurteilt wurde, fasst seine Erfahrungen mit der Justiz zusammen. In unserer März-Nummer (Bestelltalon S. 1) folgt ein Gespräch mit Mitgliedern des Zürcher Anwaltskollektivs. Die Red.

Die zentrale Erfahrung ist die Bestätigung einer alten Wahrheit: Im Justizapparat gibt es zweierlei Uhren, eine mit rascher Gangart für gewöhnliche Sünder, eine mit sehr gemächtlichem Takt für gewichtigere Herren. Der Ex-Fröntler Hans Nüssli, der gegen uns DM-Mitglieder ermittelte, erhob nach gut zwei Monaten die Anklage, und die Urteile folgten prompt und exemplarisch. Ganz anders sieht das Tempo auf der andern Seite aus. Ich beschränke mich auf drei Beispiele.

Es wird eifrig nichts getan

Beispiel 1: Das Archiv, das Cinceras Mitarbeiter eine volle Woche lang ungehindert betreten konnten, bevor es versiegelt wurde, kann noch immer nicht auf weitere Amtsgeheimnisverletzungen durchsucht werden. Nach über einem Jahr (!) hat das Bezirksgericht zwar eine Entsiegelung angeordnet. Bis das Obergericht und schliesslich das Bundesgericht entschieden haben, dürfte der zweite Jahrestag der Cincera-Affäre vorbei sein.

Zweites, geradezu unglaubliches Beispiel: Vier militärische Dokumente, die Cincera selbst (und nicht «nur» einen Dritten als Lieferanten) der Verletzung von Geheimhaltungsvorschriften überführen, schlummerten 13 (in Worten: dreizehn) Monate lang in den Schubladen des Zürcher Bezirksgerichts, bis sie, auf energische Intervention des DM hin, endlich dem Oberauditor übermittelt wurden – worauf sie dieser an die Militärverwaltung weiterschob, wo sie weiterschlummern.

Beispiel 3: Der Personalchef der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli, Otto Frick, wurde letzten Herbst vom Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung freigesprochen, weil er bestimmte Personalakten nicht der Privatperson Cincera, sondern Cincera als Mitglied der Burghölzli-Aufsichtskommission übergeben habe. Die zwingende Konsequenz aus diesem Freispruch wäre ein Verfahren gegen die Amtsperson Cincera, der die erhaltenen Amtsakten widerrechtlich ins Archiv des privaten Vereins «Informationsgruppe Schweiz» weitergab. Doch bis heute wurde gegen Cincera kein Verfahren eingeleitet. Ebensowenig wurde bis heute einer der zahlreichen Cincera-Lieferanten in Amtsstuben und Militärbüros verurteilt. Die Taten sind zwar bekannt und belegbar, doch die Justiz unternimmt kaum etwas, um die Täter zu identifizieren. In verschiedenen Fällen von Amtsgeheimnisverletzung verging über ein halbes Jahr, bis die ersten Ermittlungen angestellt wurden.

Militärjustiz: Augen zu, Schubladen auf

Wer die Cincera-Affäre auch nur halbwegs verfolgt hat, der weiss: Oberstleutnant C. hat zahlreiche militärische Dokumente widerrechtlich erhalten und widerrechtlich ins Archiv eines Vereins eingegliedert. In zwei Fällen hat die Militärjustiz pro forma ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das indessen nach über einem Jahr noch kein greifbares Ergebnis gebracht hat. Eine ganze Reihe weiterer Fälle wurde nicht einmal angegangen. Begnügen wir uns mit einem Beispiel: Der Kommandant der Zürcher Infanterieschulen, *Oberst R. Binder,* schickte Cincera widerrechtlich eine als «vertraulich» klassifizierte Meldung über agitatorische Umtriebe, und Cincera leitete das Aktenstück verbotenerweise der «Informationsgruppe» weiter. Die Militärjustiz ermittelt bis heute weder gegen Binder noch gegen Cincera.

Das Rezept von Oberauditor *Raphael Barras* ist einfach: Augen zu, Schubladen auf. Gegen kritische Rekruten und Soldaten ermittelt die Militärjustiz bei der kleinsten Bagatelle. Anders, wenn es um Offizierskollegen der Militärrichter geht: all die Presseberichte, die detailliert auf die Beziehungen Cincera–EMD eingingen, hat der Oberauditor geflissentlich nicht zur Kenntnis genommen. Ausführliche Eingaben des DM-Anwalts samt allen notwendigen Kopien wanderten in die Schubladen – obschon gegenüber dem DM das Gegenteil behauptet wurde: *«In Beantwotung Ihres Schreibens vom 3. Mai 1977 teile ich Ihnen mit, dass im Zusammenhang mit obiger Angelegenheit eine vorläufige Beweisaufnahme angeordnet wurde, damit die sich aufdrängenden Abklärungen vorgenommen werden können. Die Untersuchung ist zur Zeit im Gang.»* Diese Auskunft des Oberauditors vom 6. Mai 1977 war schlicht gelogen. Die Militärjustiz erlaubt sich derartige Schlampereien in einem Fall, der alle erdenkliche Publizität genossen hat. Wie erst, so ist zu befürchten, springt sie mit Fällen um, wo kein öffentlicher Druck vorhanden ist?

Unterentwickelter Persönlichkeitsschutz

Weil die Schweiz in Sachen Persönlichkeitsschutz ein unterentwickeltes Land ist, konnten die 3500 bei Cincera registrierten Bürgerinnen und Bürger den Schnüffler und Denunzianten von der Englischviertelstrasse nicht einklagen, obschon Cincera all die Informationen zu einem einzigen, persönlichkeitsverletzenden Zweck sammelt: Bereitstellen von Abschussmunition, bei Bedarf gegen unbequeme Stellenbewerber einsetzbar. Ich fühle mich in meinen persönlichen Verhältnissen verletzt, wenn bei einem zweifelhaften Privatpolizisten haufenweise Falschinformationen über mich lagern, die – ohne dass ich im Normalfall je davon Kenntnis erhalte – gegen mich eingesetzt werden. Bundesrat *Furgler* hat solche Schnüffeleien im Nationalrat klar verurteilt, doch nützt dies wenig, solange keine Rechtsgrundlage besteht, diese Machenschaften abzustellen.

Rechtspraxis vorantreiben oder sein Recht bekommen?

Vielleicht die wichtigste Erfahrung ist der Konflikt zwischen zwei Zielen, die beide erstrebenswert sind. Urteile kommen bekanntlich nicht nur aufgrund von Gesetzesparagraphen zustande; eine ebenso grosse Rolle spielt die bisherige Gerichtspraxis. Diese Gerichtspraxis kann sich nur wandeln, wenn Fälle zu entscheiden sind, wenn geklagt wird. Von diesem Ziel der Rechtsentwicklung her gesehen, ist es sinnvoll, auch Punkte einzuklagen und Wege zu beschreiten, die durch die bisherige Praxis nicht abgedeckt sind – noch nicht abgedeckt. Doch das kann Geld kosten. Wer ökonomisch und rasch zu seinem individuellen Recht kommen will, der klagt besser «konservativ», weniger auf Entwicklung der Gerichtspraxis als auf den eigenen Vorteil bedacht.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, das viel Geld gekostet hat. Cincera hat in seinem Buch verschiedene DM-Mitglieder illegaler Handlungen bezichtigt, mit denen die Betreffenden nicht das geringste zu tun hatten. Für das DM war es klar, dass seine Mitglieder geschützt und deshalb Cincera eingeklagt werden musste, zuerst provisorisch, dann im ordentlichen Verfahren. Ein provisorisches Verfahren ist dazu da, dass man ohne grosse Umtriebe vorläufig zu seinem Recht kommt. Deshalb klagte das DM neben Cincera auch den Tessiner Verlag und weitere ausserkantonale Vertriebsstellen in Zürich ein.

Denn es wäre viel zu umständlich und würde dem Sinn eines provisorischen Verfahrens widersprechen, wenn man in der ganzen Schweiz klagen müsste. Das Bezirksgericht war auch dieser Meinung, womit die Gerichtspraxis einen wichtigen Schritt weiterentwickelt wurde – was über den konkreten Fall hinaus wichtig sein konnte. Doch das Obergericht als zweite Instanz hatte diesen «Entwicklungsmut» nicht mehr und entschied konservativer. Vielleicht weil es ein politisch brisanter Fall war? Auf jeden Fall hatte das DM den ausserkantonalen Beklagten 7000 Franken an Parteientschädigungen zu zahlen. Fazit: Es ist zwar wünschbar, eine Klage wenn immer möglich nicht nur auf die eigenen, unmittelbaren Ziele auszurichten, sondern auch auf die Rechtsentwicklung, auf die Erweiterung von Spielräumen. Das grosse Aber: Dieser Weg ist nur zu empfehlen, wenn man die Kosten tragen kann.

Öffentlichkeit mobilisieren!

Es wäre noch über weitere Erfahrungen zu berichten. Doch ich will hier kein Plädoyer dafür halten, alles zu schlucken und den Gerichtsweg auf keinen Fall zu beschreiten. Ich meine bloss, dass man die Risiken kennen und über die Randbedingungen Bescheid wissen sollte. Entscheidend ist neben all den juristischen Erwägungen, dass man mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit Druck aufsetzen kann. *Wäre es dem DM nicht immer wieder gelungen, die Öffentlichkeit auf Unterlassungssünden der Justiz aufmerksam zu machen, so wäre noch weit weniger geschehen.* Immerhin gab und gibt es auf der Seite der Cinceristen derart krasse Rechtsverletzungen, dass die Justiz nicht einfach alle Augen schliessen kann.

Der Gesinnungswandel des Ernst Cincera

Dies weiss auch Cincera. Er, der vor dem Platzen der Affäre sehr prozessfreudig war (z. B. gegen den Pfarrer Kurt Marti und wegen des Begriffs «Apostel der Volksverdummung» gegen Berthold Rothschild), hat seither keine Klagen mehr eingereicht. Er lässt sich in aller Öffentlichkeit als Lügner und Denunziant bezeichnen (was er auch ist), weil er Gerichtsverfahren und vor allem den Wahrheitsbeweis fürchtet. Cincera versucht eine Verurteilung so lange wie möglich hinauszuschieben. Denn der Aufsteiger möchte weiter Karriere machen. Ende 1978 wäre vom Dienstalter her die Beförderung zum Oberst fällig, und 1979 möchte Cincera gerne sein Ersatzmann-Dasein aufgeben und FDP-Nationalrat werden. Dazu kommt, dass die Spendenfreudigkeit einiger Firmen und Personen nachlassen könnte, wenn einmal gerichtsnotorisch ist, dass Cincera ein unsorgfältiger Pfuscher ist, ein Subversivenjäger, der Nullen schiesst (wobei im Denunziantengeschäft auch Nuller Treffer sind).

Jürg Frischknecht

dm An dieser Stelle informiert das Demokratische Manifest (DM) oder Mitglieder der Arbeitsgruppe Information des DM. DM, Postfach 107, 8036 Zürich.

Über 100 000 Franken

Die Gerichts- und Anwaltskosten aller Verfahren im Umfeld der Cincera-Affäre dürften – vorsichtig geschätzt – 100 000 Franken beträchtlich überschreiten. Allein das Demokratische Manifest hat bis heute 26 106.55 Fr. aufgewendet. Die Mitgliederbeiträge werden dafür nicht angetastet. Der Betrag ist zur Hälfte gedeckt durch Einnahmen aus dem «Dossier Cincera» und zu einem Viertel durch Spenden. Das letzte Viertel soll jetzt durch eine breite Sammlung zusammenkommen. Das DM appelliert an die Solidarität aller, die vor 15 Monaten erleichtert waren, als Cinceras Schnüffeleien ans Tageslicht kamen. Spenden auf PC ***80-48476,*** *DM Zürich, Vermerk Prozessfonds. Vielen Dank!*

Urteile

Drei DM-Mitglieder erhielten bedingte Gefängnisstrafen, weil sie zusammen mit Andreas Kühnis wichtiges Beweismaterial aus dem Cincera-Archiv sicherstellten.

Das Cincera-Archiv dürfte entsiegelt und durchsucht werden, verfügte das Bezirksgericht. Die Entscheide des Ober- und des Bundesgerichts stehen noch aus.

Der Buchautor Cincera wurde im provisorischen Verfahren vom Bezirks- und vom Obergericht verurteilt, weil sein Buch persönlichkeitsverletzende Stellen enthält. Das ordentliche Verfahren dürfte mit dem gleichen Ergebnis enden.

«Trumpf Buur»-Eibel wurde vom Bezirksgericht Zürich wegen übler Nachrede verurteilt, weil er den POCH-Kantonsrat Rudolf Bautz als Einbrecher bezeichnet hatte. Im Moment liegt die Sache beim Obergericht.

In zahlreichen weiteren Verfahren ist das Urteil bzw. die Klageerhebung in den nächsten Monaten zu erwarten.

Schwarz auf weiss

Was aus Cinceras Dunkelkammer ans Licht der Öffentlichkeit kam, ist schwarz auf weiss nachzulesen. Das «Dossier Cincera» (6. Auflage, 208 Seiten) kostet 7 Fr., die neue, bisher gewichtigste Broschüre «Cincera alias Cäsar – Wir waren Cinceras Berner Spitzel» (96 Seiten) 5 Fr. So bestellen: Betrag auf PC 80-48476 (DM Zürich) einzahlen und gewünschten Titel vermerken.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Streit um Horn Afrikas

Äthiopien und Somalia befinden sich seit Monaten in einem tödlichen Bruderkrieg, welcher die sozialistischen Ansätze in beiden Ländern schwer erschüttert. Militärstrategisch und wirtschaftspolitisch kommt es den USA und ihren Verbündeten im Nordosten Afrikas gelegen, dass wegen der Grenzstreitigkeiten das antiimperialistische Bündnis zwischen Äthiopien und Somalia nicht zum Tragen gekommen ist. Mit diesen Überlegungen gibt der POCH-Verlag (Postfach 539, 8026 Zürich) eine Broschüre mit Interviews, Reden und Stellungnahmen aus beiden Lagern heraus (4.50 Fr.).

Marxistische Kulturtheorie: Antonio Gramsci

Das «Kulturmagazin» hat in seiner Nr. 6 (Dez. 1977) eine Diskussion aufgenommen, welche in Italien und Frankreich schon seit einiger Zeit im Gang ist: die Frage nach einer marxistischen Überbautheorie, welche dieses lange vernachlässigte und deshalb immer noch mager dastehende Gebiet bereichern könnte. Antonio Gramsci, der Vater der KPI, dient immer wieder dazu, Kritikern an den KPs von links Argumente zu liefern, wie etwa der aus der KPI ausgeschlossenen Maria-Antonietta Macciocchi, die im Heft auch zu Wort kommt. Ihr Standpunkt stellt Gramsci als eine Alternative zum herrschenden «autoritären Dogmatismus» dar. Daneben gibt es natürlich auch die Eingliederung von Gramscis Denken in die marxistisch-leninistische Stammlinie (A. Isenschmid). Um aber überhaupt eine (nicht akademische) Gramsci-Diskussion führen zu können, müssen wesentliche Passagen aus seinem Werk übersetzt werden, denn noch immer fehlt eine deutsche Ausgabe seines Werks; auch dies wird im Heft getan. Einzig die wichtigste Frage wird nicht explizit beantwortet: warum eigentlich Gramsci? (Bloss weil er en vogue ist?) Liest man jedoch Gramsci selbst, so wird sich die Antwort bald ergeben.

Initiative für ein spekulationsfreies Grundeigentum

Seit Jahren wird von verschiedenster Seite versucht, die durch Bodenspekulation verursachten Missstände, von denen die gesamte Volkswirtschaft und im besonderen die Landwirtschaft betroffen werden, zu beseitigen oder wenigstens einzudämmen. Das Bedürfnis einer planmässigeren Nutzung unseres Lebensraumes wird allgemein anerkannt. Dennoch hat in der Schweiz ein Raumplanungsgesetz nicht die Zustimmung der Mehrheit bei der Abstimmung gefunden.

Die Bodenspekulanten haben es bisher erfolgreich verstanden, ihre Pfründe vor Eingriffen zugunsten des Allgemeinwohls zu bewahren. Weiterhin werden jährlich riesige Gewinne mit Bodenhandel gemacht: 1974 erreichten diese schätzungsweise eine Höhe von 5 Mrd. Franken.

Bei den Einzonungen ist zu viel guter landwirtschaftlicher Boden in die Bauzone geschlagen worden. Das Preisgefälle zwischen Bauland und Landwirtschaftsland ist so gross, dass auch viele der finanziell ohnehin unter Druck stehenden Bauern ihre Rettung im Landverkauf in der Bauzone suchen. Reich wird, wer den Boden verhökert; wer ihn weiterbewirtschaften will, wird ruiniert.

Innerhalb der verschiedenen Zonen sind die Bodenpreise stetig geklettert. Das bedeutet: hier teure Baukosten und hohe Mieten, dort Bodenpreise, die mit dem bäuerlichen Einkommen nicht mehr bezahlt werden können und zur Verschuldung der Bauernbetriebe beitragen, die auf Zukauf von Land angewiesen sind, teures Land pachten müssen oder auf ihrer geringen Fläche intensiver produzieren und daher mehr investieren müssen. Der Bauer läuft in die Fänge des Kapitals.

Hinter der *Volksinitiative für ein spekulationsfreies Grundeigentum* stehen Bauern. Sie haben sich vorgenommen, die Dinge grundlegend zu ändern, nicht nur zugunsten des Bauernstandes, sondern auch der Gesamtheit des Volkes, das ja letztlich als Steuerzahler die durch die Auswirkungen der Spekulation anfallenden Kosten zu berappen hat.

Die Initianten haben erkannt, dass eine Lösung des Bodenproblems nur gefunden werden kann, wenn dem landwirtschaftlich genutzten Boden sein eigentlicher Wert zurückgegeben wird: *Der Bodenpreis soll nach dem Ertragswert definiert und fixiert werden.* Nur so ist es dem Bauern möglich, ohne übergrosse Hypothekarbelastung zu produzieren. Es ist klar, dass diese Massnahme den Bodenmarkt sehr einschränken würde. Was ist uns aber wichtiger: die «heilige» freie Marktwirtschaft oder der sinnvoll genutzte Boden, auf dem wir unsere Nahrungsmittel produzieren?

Die Initiative hat allerdings enorme Schwierigkeiten, über die Grenzen der französischen Schweiz bekannt zu werden. Von den Organisationen und Verbänden der Bauern wird sie als zu radikal abgelehnt. Beim Sammeln der Unterschriften in der deutschsprachigen Schweiz stellt sich uns vor allem das Problem, dass es uns an Mitarbeitern aller Art fehlt. *Füllen Sie daher untenstehenden Talon aus, wenn Sie sich für eine Mitarbeit interessieren.* Wir sind für Mithilfe und Anregungen dankbar.

Michael Kaufmann/Herbert Karch

Talon einsenden an: Michael Kaufmann, Wibichstr. 3, 8037 Zürich.

Ich interessiere mich für die Initiative für spekulationsfreies Grundeigentum. Ich möchte:

☐ Mehr Information (Flugblatt, Dokumentation, Initiativtexte)

☐ Unterschriftensammeln; senden Sie mir . . . Unterschriftenbögen.

☐ Unterschriftensammeln. Ich bin bereit, an Ständen usw. Unterschriften zu sammeln. Rufen Sie mich zwecks Organisation an.

(Mögliche Daten, Weekends

Meine Adresse, Tel.

Abonnieren Sie!

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *März 1978 bis Dezember 1978 für 14 Fr. (Ausland 18 Fr.)*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen; Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse:

PLZ, Ort:

Beruf: *Datum:*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich***

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): *dk 78/2*

Zwei neue Bundesverwaltungsräte

oder ein Vorschlag für die Umwandlung der Republik in eine auch formale Monarchie

Es ist eine Trübnis in der Luft
Oh Brüder und Schwestern
Der Vertreter der Kantone Honeywell Bull, Elektrowatt, Rentenanstalt usw.
bespringt die Bundeskuppel
ein demokratisch vom Verwaltungsrat in den Verwaltungsrat gewählter
ein weidlich begabter Treter
wird vom Einparteienallparteienregime
am Flaggenmast gehisst dass es klirrt
Auch der andere springt in die Höh, flohartig und etwas geil
der Chef des Neuenburger Touringclubs
der Präsident der Gesellschaft Schweiz–Israel
der Freizeitsozialdemokrat
wird auch emporgehoben
im Austauschverfahren für die Unterstützung
des obergestopften Bürgers
darf die Partei der Lohnabhängigen einen portieren der
auch ein Bourgeois ist
Touring Club Neuchâtel
schmust mit Elektrowatt Zürich 1:0 oh prästabilierte Harmonie
Die beiden Lords aus der Herrenkammer-Handelskammer
schlüpfen pünktlich lächelnd ins Regierungsfutteral

Die Schweiz das Trachtenmeitschi nimmt noch schnell die Pille und
beglüht die Alpen und
dann die Beinchen [redacted] und
ein Müntschi aufgeschmatzt den beiden Figuren die klammheimlich
aber unüberhörbar [redacted] frischgebackenen Brunst
grossmütig [redacted]
was ihnen an Gaben gegeben

Der Nationalrat ist glücklich
der Ständerat ist glücklich
der Bundesverwaltungsrat ist glücklich
Und der Ständerat gibt der Öffentlichkeit eine Prise
WIR HABEN NOCH WEITERE GUTE MANNEN AUF LAGER
DER VORRAT IST NOCH NICHT ERSCHÖPFT
sagt Herr Reimann aus Wölfflinswil AG
Auch die Banken haben Mannen auf Lager, gut gelagerte
Herr Wuffli SKA/AG mit oder ohne [redacted] wäre ein
treubesorgter Gatte & Bundespräsident
Das Volk ist auch glücklich und ruft
juhui, jetzt stimmen wir ab und bestimmen einstimmig
dass wir nix mehr zu bestimmen haben wollen, nämlich

Politik ist etwas für Spezialisten die etwas vom Kreuz verstehen
auf das wir gelegt werden
Der Herr aus Zürich, tonnerwetter hat Format
der war doch im Verwaltungsrat
von der schönen Computerfirma welche uns so tüchtig über den Löffel balbierte
Bravo Honeywell Bull und seine Dirigenten
die haben es uns gezeigt und gleich doppelt soviel für einen Computer verlangt
als normal gewesen wäre und das zeigt: ihre Geschicklichkeit ist gross und
sie verdienen also uns zu regieren denn von ihnen gebürstet werden ist süss &
ehrenvoll

Sie werden's schon richten und uns verfassungsmässig verseckeln und
mit Ständemehr uns einen bescheren ganz demokratisch
einen mit Stil der die Arbeit abnimmt und die Formalitäten
Oh Fürst aus der Glückspost, er steht schon parat
Macht hoch die Tür die Tor macht weit
Es kommt der Herr der Herrlichkeit
Von über dem Rhein
der Fürst gwüssgott von Liechtenstein *Hubert v. Knappertsbusch-Gryphius*

[redacted] **Aus Rücksicht auf die Polit-Moral-Hygiene der Staatsliebenden unter unseren Lesern in der Schweiz abgedeckt**

Gwundrige können eine unzensurierte Kopie des Originalmanuskriptes unter Einsendung eines adressierten und frankierten Antwortcouverts plus 1 Fr. in Briefmarken auf der Redaktion beziehen.

PS Lohnt sich nicht unbedingt. Red.

Keine Qualitätsprämie für den «Ernst S.»-Film

Einladung an die Herren Hürlimann und Furgler

Wir nehmen mit Erstaunen von der Argumentation des Bundesrates Kenntnis, der in seiner Stellungnahme die Position der Ausgewogenheit verlässt und sich praktisch zum Anwalt von Leuten macht, deren Nazi-Freundlichkeit im Volk und bei den Historikern allgemein bekannt war.

Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Bundesrates sein kann, den Herausgeber einer Nazi-Zeitung in Schutz zu nehmen oder sich zum Sprecher des Herrn Bührle für dessen Waffenlieferungen zu machen oder die Intrigen des Oberstkorpskommandanten Wille gegen den General als «nicht dokumentarisch» belegt zu bezeichnen, obwohl dies bei Professor Bonjour nachzulesen ist, der seine «Geschichte der Neutralität» im Auftrage des Bundesrates geschrieben hat! Wir finden es auch fragwürdig, einem Film unsorgfältiges Recherchieren vorzuwerfen und gleichzeitig die für die Geschichtsschreibung notwendigen Archive über die Sperrfrist hinaus, verschlossen zu halten. Wir laden deshalb die Herren Hürlimann und Furgler, die in dieser Angelegenheit federführend waren, zu einer öffentlichen Debatte ein! Bei dieser Gelegenheit würden wir alle Behauptungen unseres Filmes belegen und die Bundesräte bitten, das gleiche zu tun mit ihren eigenen.

So zum Beispiel ihre Behauptung, dass es sich bei den von Ernst S. (aus einem unbewachten Depot!) gestohlenen Granaten um geheime Granaten gehandelt habe, was uns das Militärdepartement ursprünglich auf unsere schriftliche Anfrage hin nicht bestätigen konnte! Wir sind der Meinung, dass wir mit unserem Film ein Thema in die politische Landschaft gestellt haben, das auch der Bundesrat nicht mehr aus der Welt schaffen kann.

Wir sind im weiteren erstaunt, dass er die vorwiegend positiven Reaktionen des Publikums und der Presse zu unserem Film in seinem Entscheid nicht berücksichtigt hat. Dafür übernimmt er wieder die von der «Neuen Zürcher Zeitung» aufgestellte Behauptung, unser Film bezeichne unterschiedlos das ganze Bürgertum als «nazifreundlich». Wir machen aber, nicht nur durch die ausgewählten Interviewpartner, sondern auch im Kommentar, deutliche Unterschiede, indem wir immer von einem «Teil des Bürgertums» reden. Die Zusammensetzung des damaligen Bundesrates lässt aber gerade erkennen, dass der Einfluss dieses «Teiles» politisch übermässig gross war und dass der Wille, die Demokratie zu verteidigen, nicht genügend manifestiert wurde. Dies erklärt auch die Vertrauenskrise zwischen Volk und Behörden, von der Professor Bonjour in unserem Film redet und die unserer Meinung nach eben gerade durch die Erschiessung von «Kleinen» gelöst wurde.

Die Meinung nämlich, dass man da «an Kleinen Exempel statuierte», haben wir nicht erfunden, die war schon während des Krieges im Volk verbreitet und wurde von unseren Interviewpartnern vertreten, die den Krieg erlebt haben und wissen, wovon sie reden. Wir haben den Eindruck, dass der Bundesrat mit seiner Haltung nicht die Meinung des Durchschnittschweizers ausgedrückt hat, sondern sich einmal mehr zum ausführenden Instrument und zum Organ des besitzenden Standes macht.

Wir denken weiter, dass die harte, kompromisslose Haltung des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartementes auch eine gewisse Befangenheit erkennen lässt, die wir und nur durch persönliche, lokale und parteipolitische Verflechtungen erklären können.

Wir bedauern abschliessend den fehlenden politischen Mut des Bundesrates und hoffen, dass unser Vorschlag einer öffentlichen Debatte für einmal nicht auf taube Ohren stösst und unser Glaube an die Diskussion als Mittel der Demokratie nicht einen weiteren Schlag erleiden muss. *Richard Dindo/Niklaus Meienberg*

Wer die mühevolle Geschichte um Buch und Film verfolgen will, kann dies anhand von «konzept»-Nummern leicht tun:
- **Lebenslauf eines Erschossenen (5/75)**
- **Interview mit Dindo/Meienberg über den «Ernst S.»-Film (2/76)**
- **Bundesrat Hürlimann lehnt Qualitätsprämie ab (Ein Briefwechsel) (1/77)**

Jede Nr. gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Niklaus Meienberg:

Von Ernst S. habe ich eigentlich genug

Ich hätte nach meiner hundertseitigen Reportage, welche 1975 erschienen ist, nichts mehr über ihn schreiben wollen: wenn die Verhältnisse ein bisschen freundlicher gewesen wären. Und auch die Sache mit der Qualitätsprämie hätten Dindo und ich vielleicht schweigend geschluckt, wenn der negative Bescheid nicht so hanebüchen motiviert worden wäre.

Aber wir sind dann doch ein bisschen heftig erschrocken, weil der Bundesrat so nazifreundliche Figuren wie Mettler, Wille, Däniker, Bührle auf erschütternde Art in Schutz genommen hat und weil unsere sieben obersten Landeshistoriker nicht nur die Archive unter Verschluss halten, sondern zugleich ihre persönliche Interpretation der umstrittenen Ereignisse als objektive, allgemeinverbindliche Wahrheit hinstellen. Sowas ist man sich in totalitären Ländern, aber nicht in einem demokratischen Regime, gewöhnt: dass ein Politbüro oder ein Führer seinen Untertanen den Geschichtsablauf autoritär «erklärt». (Vgl. die Umdeutung von Trotzkis Rolle durch Stalin, von Röhms Rolle durch Hitler).

Wir waren auch ein bisschen erstaunt, dass sich im Bundesrat nur die Stimme von Ritschard f ü r die Qualitätsprämie gemeldet hat; dass der andere Sozialdemokrat (Majestät Graber) nicht auch ein Wörtchen eingelegt hat; dass Minister Furgler nicht die Ansicht der Rechtsabteilung seines eigenen Departements (Herr Muff) berücksichtigte, welche vorgeschlagen hatte, im Sinn einer Kompromisslösung uns statt der 35 000 immerhin 20 000 Franken zu verleihen.

Und obwohl wir natürlich wissen, dass sich das Thema Ernst S. in unserer Wegwerfgesellschaft publizistisch abgenützt hat, waren wir auch über die Reaktion eines Teils der Presse erstaunt: unser Communiqué (nebenstehend) wurde von der «NZZ», die dem Bundesratsentscheid eine halbe Seite einräumte, mit keinem Wort erwähnt, im «Blick» auch nicht, in der «TAT» und den meisten deutschsprachigen Zeitungen nur winzig klein. (Der «Tagi» hingegen und die welsche Presse und das gesamte Fernsehen und Radio haben sich sehr anständig verhalten.)

Der Präsident der Staatsbürgerlichen Gesellschaft des Kantons Luzern (kein Linker) hat übrigens den Ministern Furgler und Hürlimann mitgeteilt, dass die von uns gewünschte Diskussion im Rahmen dieses überpartellichen Gremiums jederzeit erfolgen könne. Wir halten unsere Einladung an die beiden Staatshistoriker, welche sonst bei jedem Turnvereinjubiläum bereitwillig Reden schwingen, aufrecht und garantieren ein volles Haus. Sölled emol choo!

Ihre **DISSERTATION** schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Film nach Themen

Wer für Versammlungen, Bildungsanlässe oder Diskussionsrunden ein bestimmtes Thema mit einem geeigneten Film (16 mm) einleiten oder illustrieren möchte, findet eine angenehme Hilfe im Katalog der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale (SABZ), «Der Film zum Thema». Nach Sachgebieten geordnet, folgen dem Titel des jeweiligen Films Angaben über Herkunft und Gestalter, die Vorführungsdauer und den Verleihpreis sowie über den Inhalt. (Es handelt sich ausschliesslich um Filme der SABZ.) So beziehen: 5 Fr. auf das PC SABZ 30-7600 einzahlen, Vermerk «Der Film zum Thema».

(Der Filmdienst SABZ, Postfach 54, 3000 Bern 23, Tel. 031/45 56 69, kann auch Adressen angeben, bei denen 16-mm-Filmprojektoren (mit Operator) gemietet werden können.)

Burgdorfer Initiative: Dringend Helfer gesucht

Sonntag 12 Motorfahrzeugfreie Sonntage

Für den bevorstehenden Abstimmungskampf (April/Mai) brauchen wir viele Helfer, die uns den Mangel an Geld durch persönlichen Einsatz wettmachen helfen! (Geld brauchen wir trotzdem: **PC 34-840, Burgdorfer Initiative, Burgdorf)**

- ☐ Ich bin bereit, in einem lokalen Komitee mitzuarbeiten in
- ☐ Ich bin bereit, an meinem Wohnort Abstimmungszeitungen oder Flugblätter zu verteilen (ca. . . . . Stück)
- ☐ Ich bin bereit, zeitweise auf dem Sekretariat in Zürich mitzuhelfen

Talon einsenden an:
Sekretariat Burgdorfer Initiative
Rothstr. 7, 8057 Zürich
oder Telefon (01) 28 93 00 18–20 Uhr)

Name

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

YÜ-GUNG versetzt Berge

Die Filme sind in sechs Programme gegliedert, die sich wiederholen und in beliebiger Reihenfolge angeschaut werden können. Damit Sie als Zuschauer die Möglichkeit haben, alles zu verfolgen, sind die Programme so angesetzt, dass Sie jeweils innert zwei Tagen alle Filme sehen können. – Ein persönliches Abonnement zu 38.50 Franken erlaubt Ihnen die sechs Programme in beliebiger Reihenfolge und zu beliebigen Zeiten zum Preis von fünf Nachmittagseintritten (Fr. 7.70, Einzelbillet abends normalerweise Fr. 8.80) zu sehen. Studenten, Schüler, Lehrlinge und AHV-Bezüger erhalten die Dauerkarte gar für 33 Franken (fünf mal Fr. 6.60 und ein Gratiseintritt), allerdings ist sie nur für Montag bis Freitag gültig wie üblicherweise auch. – Da alle Filme zusammen einen sehr guten Einblick in die heutige chinesische Wirklichkeit geben, lohnt es sich, das angebotene Spezialabonnement zu lösen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
14.40 Uhr	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking **Rund um das Erdöl**	Professor Tsien **Eine Frau, eine Familie**	Die Kunsthandwerker **Das Fischerdorf**	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking **Rund um das Erdöl**	Proben zu einer Pekingoper **Die Apotheke**	**Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt**	Die Kunsthandwerker **Das Fischerdorf**
16.45 Uhr	Die Kunsthandwerker **Das Fischerdorf**	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking **Rund um das Erdöl**	Proben zu einer Pekingoper **Die Apotheke**	**Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt**	**Die Generatorenfabrik**	Professor Tsien **Eine Frau, eine Familie**	Proben zu einer Pekingoper **Die Apotheke**
19.00 Uhr	Proben zu einer Pekingoper **Die Apotheke**	**Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt**	**Die Generatorenfabrik**	Professor Tsien **Eine Frau, eine Familie**	Die Kunsthandwerker **Das Fischerdorf**	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking **Rund um das Erdöl**	**Die Generatorenfabrik**
21.15 Uhr	Professor Tsien **Eine Frau, eine Familie**	Die Kunsthandwerker **Das Fischerdorf**	Geschichte eines Fussballs Training im Zirkus von Peking **Rund um das Erdöl**	Proben zu einer Pekingoper **Die Apotheke**	**Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt**	**Die Generatorenfabrik**	**Eine Kaserne Eindrücke von einer Stadt**

MOVIE 1
im Nägelihof beim Rüdenplatz, Tel. 01 69 14 60

Dieses Programm gilt sowohl für das Kino MOVIE 1 in Zürich wie für das ATELIERKINO in Luzern, wo aber die Anfangszeiten auf 14.00, 16.15, 18.30 und 20.45 Uhr festgelegt wurden. Das ATELIERKINO verzichtet wegen seines günstigen Nachmittagstarifs auf die Herausgabe eines Abonnements.

ATELIERKINO
Theaterstrasse 5, 6003 Luzern
Telefon / Kino: 22 12 88
Leitung: Emil Steinberger

Menschenrechtskampagne 78: Zuger Stadtrat will Veranstaltung verhindern

Der BBC-Konzern und die Menschenrechte in Brasilien

Welche Folgen hat die Präsenz eines grossen Schweizer Konzerns in einer Militärdiktatur Lateinamerikas? Oder anders: Wie politisch ist das nach eigener Darstellung «neutrale» Wirtschaftsgebaren des Brown-Boveri-Konzerns (BBC) in Brasilien? Diese Frage versucht die Schweizer Unterstützungsgruppe der Menschenrechtskampagne 78 zu klären. Sie hat umfangreiches Material über die Geschäftspolitik der BBC in Brasilien zusammengestellt und in einer Broschüre[1] veröffentlicht. Eine in Zug geplante Veranstaltung über die Ergebnisse wurde vom Zuger Stadtrat kurzfristig untersagt, konnte dann aber doch durchgeführt werden. Wir beleuchten im folgenden die an die BBC gerichteten Vorwürfe und fassen kurz die Ereignisse in Zug zusammen. Ein Kästchen gibt Auskunft über die Menschenrechtskampagne 78, in welcher Gruppen aus 10 europäischen Ländern zusammenarbeiten.

Die Red.

Die BBC-Broschüre stützt sich hauptsächlich auf brasilianische Quellen, besonders auf *Kurt Rudolf Mirow*, der auch Mitautor einer Studie der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad) ist: In einem internationalen Kartell zusammengeschlossen, haben die multinationalen Elektrokonzerne, zu denen auch BBC gehört, die brasilianische Elektrobranche systematisch zerstört. Der Elektrosektor stellt hierbei nur ein besonders gut dokumentiertes und untersuchtes Beispiel dar; der gleiche Prozess spielte sich auch in den anderen Bereichen der brasilianischen Wirtschaft ab.

Kartell: Strikte Kampfregeln

Der erste Hauptvorwurf gegen BBC betrifft die Mitgliedschaft im Welt-Elektrokartell (International Electrical Association – IEA), das sich in verschiedene Komitees gliedert, welche das Vorgehen gegen unerwünschte Konkurrenten regeln. Dies geht im wesentlichen auf Enthüllungen der angesehenen englischen Zeitung «The Times» zurück: Vergabe von technischem Wissen an Entwicklungsländer ist an strikte Kartellregeln gebunden, Nichtmitglieder werden in besondere und allgemeine Aussenseiter eingeteilt; besondere Aussenseiter werden «in das Kartell eingegliedert», für allgemeine tritt jedoch die sogenannte «Anleitung für das Vorgehen beim Kampf gegen Nichtmitglieder» in Kraft. Dann leitet das eigens dafür vorgesehene Kampfkomitee die Kampfmassnahmen ein, um die entsprechende Konkurrenzfirma zu zerstören: Als erstes wird ein Kampfleiter eingesetzt. Für Brasilien war dies Brown Boveri, denn im Brasilien-Spezialabkommen der IEA heisst es in Artikel 27:

«Wenn die Notwendigkeit des Kampfs entsteht, wird dieser zuerst von derjenigen Gesellschaft geführt, die die grössten Reserven angehäuft hat. (. . .) Alle gemeinsam beschlossenen und abgegebenen Preise enthalten 2% für die Bildung eines Kampffonds. (. . .) Nichtmitglieder werden systematisch bekämpft. Mitglieder lösen sich bei den Kampfmassnahmen untereinander ab.»

Im Kampf gegen Aussenseiter greift das Kartell, laut Mirow, zu verschiedensten Mitteln: Dumpingpreise, Boykott, Sabotage, defekte Lieferungen, Terror, Zahlungsverweigerungen und Kreditentzug. Die grosse Finanzmacht des Kartells erlaubt es, die Preise kleinerer Firmen jederzeit zu unterbieten. Als 1971 von der brasilianischen Firma Codima SA gegen Brown Boveri der Vorwurf erhoben wurde, durch Dumping (Verkauf unter dem Selbstkostenpreis) brasilianische Konkurrenten vernichten zu wollen, antwortete BBC mit einer strafrechtlichen Verleumdungsklage. Kurz darauf zog BBC diese Klage wieder zurück, jedoch zu spät: Das Kartellgericht hatte sich bereits des Vorwurfs angenommen, und so war dieser von 1972 bis 1974 Gegenstand eines Prozesses. In den Akten dieses Prozesses finden sich viele der Vorwürfe bestätigt; der Staatsanwalt *Vicente Tourinho* fasste am 27. Mai 1974 im Schlusswort die Geschäftspraxis des Kartells wie folgt zusammen: *«Sie erlauben kein Zusammenleben, sie dulden keine Konkurrenz, sie setzen das Gesetz der Wölfe durch.»*

Trotzdem wurde BBC damals nicht verurteilt – wegen fehlender juristischer Klarheit des Dumpingbegriffs –, jedoch wurde ein neuer Prozess gegen das ganze Kartell, dem auch AEG, Siemens und andere multinationale Unternehmen angehören, eingeleitet.

Ein sonderbarer Freispruch

Auf den Freispruch scheint sich auch nach der Veröffentlichung der Broschüre der Menschenrechtskampagne BBC weiterhin im wesentlichen zu versteifen: *«Das brasilianische Militärgericht habe damals klar gegen Mirow entschieden und die BBC-Niederlassung von jedem Verdacht gesetzwidriger Geschäftspraktiken freigesprochen»* («Basler Zeitung», 19. 1. 78). Auch dem laufenden Untersuchungsverfahren gegen das ganze Kartell sehe man bei Brown Boveri «mit Gelassenheit» entgegen («Luzerner Neueste Nachrichten» vom 25. Jan. 1978).

In der Broschüre der Menschenrechtskampagne wird jedoch die Zuverlässigkeit dieses Urteils sehr stark angezweifelt: Wie konnte ein Verwaltungsgericht eine Praxis verurteilen, die, besonders seit dem Militärputsch 1964, auch durch die offizielle Wirtschaftspolitik der Regierung unterstützt wurde? So wurde in Brasilien eigens eine Regierungsbehörde geschaffen, um die Übernahme brasilianischer Gesellschaften durch finanzstarke inländische und ausländische Konzerne zu erleichtern, spezielle Gesetze für den zollfreien Import verschiedenster Waren wurden erlassen sowie Steuererleichterungen bei Investitionen und beim Gewinntransfer ins Ausland gewährt. In der Broschüre wird ferner ein vertraulicher Rundbrief des früheren Planungsministers Roberto Campos an die staatlichen Unternehmen erwähnt, in dem er diese auffordert, nur mit ausländischem Know-how ausgerüstete Einrichtungen zu kaufen.

Unterstützung aus dem Kampffonds

Nach dem Unctad-Bericht, und daran kann Brown-Boveri nicht vorbei, werden heute mehr als 90% der brasilianischen Elektroindustrie vom Ausland kontrolliert. Ferner kamen während des Prozesses gegen BBC noch weitere belastende Tatsachen zum Vorschein: Die Zahlen, die von BBC dem Gericht vorgelegt wurden, weisen aus, dass die Tochtergesellschaft *Industria Elétrica Brown Boveri SA (IEBB)* Verluste von bis zu 43% des Umsatzes (1968) und 78% des Kapitals (1967) machte. In einer solchen Situation ist jede Firma nach üblicher kapitalistischer Logik zum Untergang verurteilt. Die BBC-Tochter verdoppelte jedoch zweimal während dieser Zeit – von 1967 auf 1968 und von 1968 auf 1969 – ihr Kapital. Im Verlauf des Prozesses wurde offenbar, dass die IEBB insgesamt 12,3 Mio. $ und 103,1 Mio. sFr. aus dem schon erwähnten Kampffonds des Kartells erhielt, teils übermittelt durch das Badener Stammhaus, teils über Banken, so auch über die Schweizerische Bankgesellschaft, den Schweizerischen Bankverein und die Schweizerische Volksbank.

Einer solchen Konkurrenz ist natürlich keine kleine eigenständige Firma gewachsen, und so wurde von den Elektrogrossen der Industrieländer systematisch die Entwicklung einer eigenen Wirtschaft in Brasilien verhindert, ja die vorhandene zum grössten Teil zerstört. Dies in einem Land, wo eine Militärdiktatur seit Jahren brutal die Menschenrechte verletzt, Opposition und Gewerkschaften unterdrückt werden, die Lebensbedingungen des grössten Teils der Bevölkerung sich zusehends verschlechtern. Die stillschweigende Kollaboration der multinationalen Konzerne mit der dortigen Regierung hilft mit, diese Situation aufrechtzuerhalten bzw. noch zu verschlimmern.

Terrorbanden-Chef als Werbeleiter

Während des Prozesses wurden aber noch andere skandalöse Tatsachen enthüllt: So hat der Präsident der BBC-Niederlassung in Brasilien (gleichzeitig Präsident der Nestlé-Tochtergesellschaft) im Mai 1976 vor Gericht ausgesagt, einen Herrn *Plassing* für «besondere Public-Relations-Aufgaben» angestellt zu haben. Dieser Herr Plassing rühmte sich besonders guter Beziehungen zu höchsten Regierungspersönlichkeiten und erklärte öffentlich, Organisator einer berüchtigten paramilitärischen Terrorbande (Operação Bandeirantes – OBAN) gewesen zu sein. Neben der offiziellen Repression durch die Regierung tragen aber gerade solche Terrorbanden durch Selbstjustiz und brutalstes Vorgehen entscheidend zu den unaufhörlichen Menschenrechtsverletzungen in Brasilien bei.

Dieser Herr Plassing drohte nach Angaben von Mirow mit Bombenattentaten, falls Mirow sich nicht davon abbringen lasse, ein Buch über Exportkartelle zu veröffentlichen. Und genau nach den Angaben von Herrn Plassing explodierte dann auch am 5. 12. 1976 ein Sprengkörper in den Räumen des Verlagshauses, in dem das Buch von Mirow gedruckt werden sollte. Als schliesslich das Buch doch erschien, nahm sich die Militärdiktatur selbst der Sache an, und ein paar Tage darauf wurde auf Geheiss des Justizministeriums die ganze Auflage des erwähnten Buchs beschlagnahmt.

Neben BBC taucht die Schweiz auch sonst noch recht häufig in der Broschüre der Menschenrechtskampagne auf: So hat das Welt-Elektrokartell (IEA) natürlich seinen Sitz in der Schweiz, und zwar in Lausanne, nachdem es ihm in England nach dem Beitritt Grossbritanniens zur EG offenbar 1974 zu heiss geworden war. Viele Abkommen wurden in der Schweiz geschlossen, Sitzungen dort abgehalten. Weitere Schweizer Firmen traten im Laufe der Zeit dem Kartell bei (BBC gehört mit Mitgliednummer 3 zu den Gründungsmitgliedern). 1975 hiess zum Beispiel der Präsident der «Kabel»-Untersektion der IEA François Brunner, Direktor der schweizerischen Kabelfabrik Cossonay.

Und beim Loben der brasilianischen Militärdiktatur wird BBC natürlich auch nicht alleingelassen; so stellte zum Beispiel Nestlé 1970 im Hinblick auf Brasilien fest, «dass heute in diesem Land nicht nur ein Klima der absoluten Sicherheit herrscht, sondern auch mit Vertrauen in eine vielversprechende Zukunft geblickt werden kann». Dass in demselben Land Menschen gefoltert und verschleppt werden, die Armut ständig wächst und die Bevölkerung immer mehr eingeschüchtert und terrorisiert wird, scheint unsere Unternehmer nicht zu beeindrucken. Nach einem Artikel der Süddeutschen Zeitung von 1974 existiert seit 1969 sogar ein Fonds zur Finanzierung der politischen Repression, zu dem verschiedene ausländische Unternehmen, unter anderen auch Nestlé, ihren Beitrag leisten.

Zug: Stadträtliches Theater

Am 21. Januar dieses Jahres sollten diese Informationen nun anlässlich der Eröffnung der Menschenrechtskampagne in der Aula Loreto in Zug an die Öffentlichkeit gebracht werden, wozu auch ein Theaterstück über den ganzen Fall geplant war. Doch am Tag zuvor traf mittags ein Expressbrief des Zuger Stadtrats bei den Veranstaltern ein, in dem die Bewilligung der Aula zurückgezogen wurde. Begründung: Bei der Veranstaltung sei eine gezielte Aktion gegen einen Schweizer Konzern geplant, was bei der Eingabe für die Aula noch nicht bekannt gewesen sei, ferner verleihe der Referent des Abends, *Fredy Aeberli*, von der Typographia Zürich, der Veranstaltung einseitig agitatorischen Charakter; laut mündlichen Ausserungen eines Stadtrats gegenüber einem Mitglied der Kampagne wisse man ja schon zum voraus, was Herr Aeberli sagen werde.

Die Koordinationsgruppe der Menschenrechtskampagne nahm dazu Stellung:

«Wir beabsichtigten nicht, etwas zu verheimlichen. Der Referent stand noch nicht fest zum Zeitpunkt der Eingabe für die Aula. Dass der Stadtrat nach Bekanntwerden des Namens des Referenten und des somit, nach Stadtrat «klar definierten» Inhalts des Grundsatzreferats die zugesagte Bewilligung wieder zurücknahm, stellt für uns einen klaren Eingriff in die Rede- und Meinungsäusserungsfreiheit dar. Eine öffentliche Behörde hätte die Aufgabe, verschiedene Ansichten zu Wort kommen zu lassen. (. . .)

Die Kampagne will an konkreten Fällen die Zusammenhänge zwischen Schweizer Unternehmer und Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika aufzeigen. Dabei wollen wir die Informationen von Betroffenen dort der Schweizer Öffentlichkeit zugänglich machen. Dies nennt der Zuger Stadtrat ‚Agitation' und fühlt sich verpflichtet, in seinem Amtseifer, eine solche Veranstaltung zu verhindern. Warum?

Wir wollen, dass neben der Stimme unserer Wirtschaft auch Stimmen aus Lateinamerika zu den Tätigkeiten unserer Unternehmen an die Schweizer Öffentlichkeit gelangen. Es wird versucht, dies zu verhindern. Was bedeutet das für die Gewährleistung der Menschenrechte in der Schweiz?»

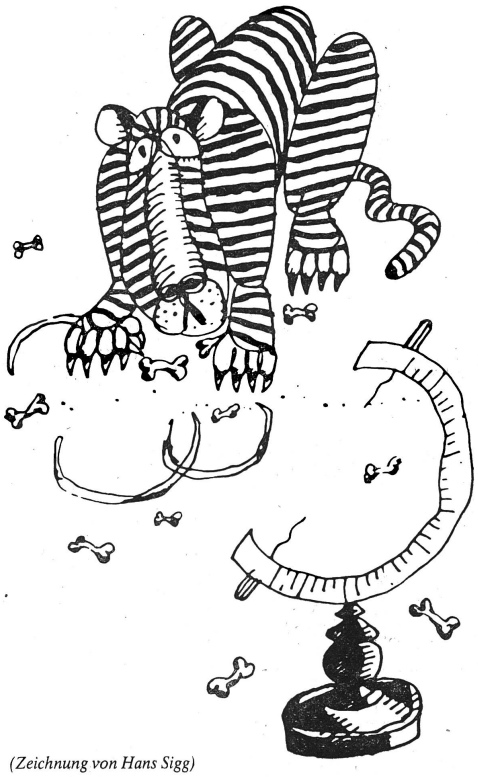
(Pikantes Detail am Rande: Einige Zeit vorher fand in einer anderen städtischen Aula in Zug eine Veranstaltung mit Hauptreferent *Ernst Cincera* statt. Dort bestand offenbar keine Befürchtung, dass die Veranstaltung «agitatorischen» Charakter haben könne.)

Unbeantwortete Post

Allen Anstrengungen des Stadtrats zum Trotz fand dann am 21. Januar in Anwesenheit des Fernsehens und der Presse doch noch die geplante Eröffnung der Menschenrechtskampagne 78 statt, und zwar ausgerechnet im würdigsten und ältesten aller Zuger Schulhäuser, im Burgbachkeller, einem im Schulhaus Burgbach eingerichteten privaten Kleintheater. Dort wurde dann auch die Plakatausstellung der Menschenrechtskampagne eröffnet, die über das ganze Jahr in verschiedenen Städten der Schweiz gezeigt werden soll und als Katalysator für weitere Aktionen im Rahmen der Menschenrechtskampagne dienen kann. Nach dem Vortrag von Fredy Aeberli und der Theaterszene zum Verhalten des Welt-Elektrokartells in Brasilien, dem eben auch BBC angehört, konnte zum Abschluss des Abends jeder Teilnehmer sich mit einer Postkarte direkt an Herrn Luterbacher, Chef der BBC-Konzernleitung, wenden und ihn bitten, zu den oben schon erwähnten Vorwürfen «Stellung zu nehmen und bekanntzugeben, wie BBC im Hinblick auf die genannten Vorfälle ihre Geschäftspolitik ändern will». Auch jedem Exemplar der Broschüre liegt eine solche Postkarte bei. Brown Boveri hat allerdings bisher noch keinem, der eine Karte abgeschickt hat, geantwortet!

[1] Menschenrechtskampagne 78: Schweizer Wirtschaft in Lateinamerika für wen? (BBC-Brasilien). Im Buchhandel erhältlich.

Der Multiger



(Zeichnung von Hans Sigg)

Ausländische Kapitalmacht

Romeo Rey schreibt im Januar 1977 im Zürcher «Tages-Anzeiger»: «Nach konservativen Schätzungen beherrscht das Auslandskapital in Brasilien gegenwärtig 99 Prozent der Automobilindustrie, 98 Prozent der Raucherwarenproduktion, 95 Prozent der Installationen für das Fernmeldewesen, 87 Prozent der Fabrikation von Büromaschinen aller Art, 80 Prozent der Herstellung von pharmazeutischen, medizinischen und tiermedizinischen Artikeln und 75 Prozent der Glas- und Kristallerzeugung. Bei der Fabrikation von Traktoren und Strassenbaumaschinen beträgt der entsprechende Anteil 72 Prozent, in der Elektroindustrie 71 Prozent, bei den Kautschukerzeugnissen 64 Prozent, bei den Milchprodukten 57 Prozent (!), in der Kapitalgüterproduktion (Maschinen, Motoren und andere Ausrüstungen für Fabriken), in der Chemie und Petrochemie sowie in der Textilindustrie je 50 Prozent.»

Und dementsprechend findet man in Brasilien auch für viele Schweizer Ohren recht bekannte Namen: Nestlé, BBC, Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche, Sandoz, Holderbank, Ciment Portland (Neuenburg), Cementia Holding (Zürich), Eternit (Niederunen), Cossonay, Alusuisse, Sulzer, Schindler, Bühler, AG Adolph Saurer (Arbon), Hasler (Bern), Sprecher & Schuh, Hermes Precisa, Bobst (Prilly), Luwa (Zürich), Bally, Losinger (Bern), Sika (Zug).

Menschenrechtskampagne 78

MRK-78

Aus Anlass der weltweiten und massiven Menschenrechtsverletzungen und des 30. Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen findet 1978 in verschiedenen Ländern eine Informations- und Aktionskampagne statt, die in der Schweiz das Thema «Schweizer Wirtschaft in Lateinamerika – für wen?» trägt. Der Anstoss zu einer solchen Kampagne kam von verschiedenen Basisgruppen in Lateinamerika, die sich zum Servicio Paz y Justicia en América Latina – orientación no-violenta (gewaltfreie Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit) zusammengeschlossen haben. Ausgehend von der schon länger bestehenden Schweizer Unterstützungsgruppe dieser Bewegung, haben sich verschiedene interessierte Leute in der Schweiz zusammengefunden, um die Kampagne hier bei uns zu starten. **Die Kampagne will darüber aufklären, was Menschenrechte eigentlich sind, und auf die Menschenrechtsverletzungen hinweisen.** Um jedoch konkret zu sein, soll anhand von ausgewählten, gut dokumentierten Fallbeispielen über die Tätigkeiten Schweizer Firmen in Ländern Lateinamerikas informiert werden, wie sich die Interessen dieser Firmen auf die Lebenssituation der breiten Bevölkerung in jenen Ländern auswirken, inwiefern sie der Verwirklichung der Menschenrechte entgegenwirken. Ferner will die Kampagne helfen, Wege zu finden, wie jeder einzelne sich hier in der Schweiz dafür einsetzen kann, dass unsere Konzerne nicht mehr zu Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika beitragen.

(Kontaktadressen: Andreas Keil, Stapferstr. 21, 8006 Zürich. Kathrin Jennings-Braun, Gesellschaftsstr. 84, 3012 Bern.)

Ende Februar

(mit Verzögerung) erscheint:

Inhalts- und Autorenverzeichnis (1972–1977)

Viele Artikel des «konzept» haben ihre Bedeutung bis heute noch nicht verloren, und die meisten markieren die wichtigsten sozialen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in der Schweiz. Deshalb gibt es viele Leute, die «das konzept» als Hilfsmittel für ihre soziale, politische oder historische Arbeit brauchen. Um Artikel und Autoren leichter zu finden, haben wir dieses Verzeichnis hergestellt: Sie finden in kürzester Zeit alle Artikel, welche z. B. Niklaus Meienberg für «das konzept» verfasst hat; ebenso ersieht man leicht, was wir z. B. zum Thema «Psychiatrie» veröffentlicht haben.

Sie erhalten das Verzeichnis mit untenstehendem Talon (gegen 3.6O Fr. in Briefmarken) oder durch Voreinzahlung auf unser Postscheckkonto 80-37626, Vermerk «Verzeichnis».

Ich bestelle «konzept»-Inhaltsverzeichnis.
(Beiliegend 3.60 Fr. in Briefmarken pro Verzeichnis)

Name: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

Reinschriften/Dissertationsdruck

Telefon (01) 32 00 88

STUDENTEN-SCHREIB-SERVICE
Sonneggstrasse 26
8006 Zürich

Reinschriften Dissertationen, Lic.- und Sem.-Arbeiten. Vorschriftsmässig und druckfertig ab Manuskript, auf IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Film- und Korrekturband, 20 verschiedene Schriften inkl. Zeichen und Symbole.

Dissertationsdruck Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste **alles-inklusive-Preise** (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Rückenleimen)

Schnelldruck

(von einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
	Fr.	Fr.
30 Exemplare	4.50	9.--
50 Exemplare	5.50	10.50
100 Exemplare	7.50	14.50
500 Exemplare	28.--	52.--
1000 Exemplare	40.--	73.--

Öffnungszeiten Mo–Fr 08.30–11.30 / 13.00–17.00

Fotokopien

Telefon (01) 47 35 54

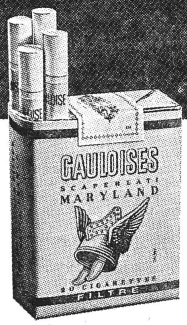
KIOSK SONNEGG 25
Sonneggstrasse 25
8006 Zürich

Fotokopien
– Normal 20 Rp.
– mit Legi 15 Rp.
Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Öffnungszeiten Mo–Fr 08.30–18.30 / Sa 10.00–13.00

No. 3/77

Wer im Flitzer gern mal sitzenbleibt.
Wer Schirm und Schutz gewährt – und nutzt.
Wem daher auch der Regen zum Vergnügen wird.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.



GAULOISES

Gute Bücher für wenig Geld

Nr. 1

statt Fr. 24.–

Christine Föppl
Halbe Arbeit – doppelter Lohn
Wie durch «Produktivität der Arbeit» eine «Qualität des Lebens» geschaffen werden kann, weist die Autorin nach. Das Buch zeigt, dass wir uns nicht allein um den Lebensunterhalt, sondern ebenso intensiv um den Lebensinhalt bemühen müssen. Es deckt Probleme, Chancen und Möglichkeiten auf, und gibt Denkanstösse für die Zukunft.

nur Fr. 10.70

Nr. 2

statt Fr. 24.–

A. R. Miller
Der Einbruch in die Privatsphäre
Datenbanken und Dossiers
Eine detaillierte und überzeugende Darstellung des Zerfalls der Privatsphäre. Öffentliche und private Instanzen wetteifern damit, bisher geachtete Bereiche des einzelnen in jederzeit auffindbare Daten aufzulösen. Der amerikanische Wissenschaftler durchleuchtet diesen spezifischen Aspekt der elektronischen Datenverarbeitung in seiner vollen Tragweite.
376 Seiten, Paperback.

nur Fr. 9.70

Nr. 3

statt Fr. 28.50

nur Fr. 18.50

Franz Rueb:
Alfred Rasser
Eine Dokumentation über ein Stück schweizerischer Zeit- und Kulturgeschichte: Wenn in der deutschen Schweiz von politischem Cabaret die Rede ist, dann ist Alfred Rasser gemeint. In der jüngeren Generation hat er bisher keinen Nachfolger gefunden. Rasser hat sich seit Beginn seiner Cabarettlaufbahn mit Politik beschäftigt. Politik kostete ihn im Jahre 1954, als er zu früh, nämlich noch vor den Geschäftemachern, eine Reise nach China wagte, fast die Existenz. Der Autor berichtet von Rassers Schaffen in Cabaret, Film und Politik. Zahlreiche Dokumente und Abbildungen.

Nr. 4

statt Fr. 14.80

nur Fr. 4.80

Mario Cortesi/Frank A. Meyer:
Notizen aus China
Ein Schweizer Lesebuch über die Volksrepublik China seit der Kulturrevolution
Elf Schweizer Parlamentarier haben zwanzig Tage lang die Volksrepublik China bereist. Das Buch will nicht mehr, als die Eindrücke dieser Reise wiedergeben. Eine China-Reise aus der Sicht von Schweizer Journalisten. Mit Fragen von Schweizern. Fragen an China und an die Schweiz.

Nr. 5

statt Fr. 22.80

nur Fr. 9.80

A. S. Neill u. a.
Die Befreiung des Kindes
Kinder verdienen ebensoviel Rücksicht wie jedes andere Mitglied der Gesellschaft. Die Verfasser dieses Buches, anerkannte Fachleute und berühmte Pädagogen, setzen sich leidenschaftlich für die Befreiung des Kindes und sein Recht ein, sich frei zu entwickeln.

Nr. 6

statt Fr. 38.–

nur Fr. 16.80

David McLellan:
MARX
McLellan präsentiert als Ergebnis einer eindrucksvollen Forschungsarbeit nicht nur eine grosse Anzahl neuer Details, sondern ihm ist es vor allem gelungen, ein lebendiges Bild dieses Mannes zu zeichnen. McLellan verfügt über eine erstaunliche Objektivität: über Marx mit Sympathie zu schreiben, ohne in bewundernden Ton zu verfallen, und dabei doch kritisch zu sein, ohne maliziös zu werden, verkörpert schon eine Leistung für sich. Die erste überzeugende Marx-Biographie seit dem Klassiker von Franz Mehring.

Nr. 7

statt Fr. 40.–

nur Fr. 9.80

Sozialbericht 1–4
Strafgefangene – Industriearbeiter – Arbeitsscheue und Liederliche – Italienische Fremdarbeiter. Diese Reihe lässt Randgruppen unserer Gesellschaft zu Wort kommen. Gesprächsprotokolle vermitteln ein vielseitiges Tatsachenmaterial, das die Grundlagen zur Veränderung einer Situation bereitstellt. 4 Bände

Nr. 8

statt Fr. 28.–

nur Fr. 12.80

Michel Ragon:
Die grossen Irrtümer
Eine neue Krankheit ist über die Welt gekommen, die Urbanitis. Noch grösser sollen die Städte werden, noch perfektionierter für Verkehr, Handel und Wirtschaft, aber noch toter, gänzlich ohne Lebensfreude und ohne lebendige Kommunikation zwischen den Bürgern. Wie kam es zu dieser katastrophalen Fehlentwicklung, welche grossen Irrtümer sind den Verantwortlichen unterlaufen? Gibt es heute noch eine Rettung für die Stadt, und wie könnte diese vollzogen werden? Von wem?

Nr. 9

statt Fr. 28.–

nur Fr. 9.80

Gerhart Waeger:
Die Sündenböcke der Schweiz
Die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940–46
Der Report des Historikers Gerhart Waeger deckt eines der dunkelsten Kapitel eidgenössischer Vergangenheit auf. Die Petition der «Zweihundert» an den Bundesrat, die im November 1940 unter anderem eine verschärfte Kontrolle der Presse forderte, ist bisher als eine versuchte Gleichschaltung mit Hitler-Deutschland qualifiziert worden. Darf das vernichtende Urteil aufrechterhalten werden? Dieser aufsehenerregende Bericht gibt die Antwort.

Nr. 10 Von einem Schweizer Lehrer: **Verdrängtes Wissen**
Die zum Teil unbequemen Zitate – fast alles Sätze aus neuen und neusten Werken von Wissenschaftlern der verschiedensten Gebiete – mögen wohl «angepasste» Gemüter erschrecken, können aber manch einem «Unkonventionellen» Mut machen, zu seinen unpopulären Einsichten und Ansichten zu stehen, wenn er hier entdecken wird, dass grosse Geister dasselbe gesehen und gedacht haben. Es geht nicht darum, das bisher Bekannte und Anerkannte seinerseits zu verdrängen, sondern bloss darum, das bewusst oder unbewusst Verdrängte danebenzustellen. Das Lesebuch gliedert sich in folgende Abschnitte: Individualität und Selbstentfaltung; Ehe, Familie, Kinder; Repressive Gesellschaft; Moral, Christentum und Unterdrückung der Frau; Pluralismus und komplexe Triebstruktur; Neid, Entrüstung und Unwissen; schliesslich Unterdrückung der kindlichen und jugendlichen Sexualität. Jeder dieser Abschnitte ist thematisch aufgeteilt, daraus ergeben sich die 66 Thesen. **neu Fr. 9.80**

Nr. 11

Langspielplatte «Trotz der Obrigkeit»
Lieder zur Schweizergeschichte
Eine Platte, die nicht nur ein Anliegen hat, sondern auch gleichzeitig die besten Schweizer Liedermacher (Ernst Born, Martin Hauzenberger, Urs Hostettler, Jürg Jegge, Gusti Pollak, Fritz Widmer) auf einer Scheibe zusammenbringt. Der originellste Beitrag kommt von Gusti Pollak, der sich mit der Lehr- und Studierfreiheit an den Universitäten befasst und zwei Beispiele aus Bern zitiert, das eine von 1847, als die radikale Berner Regierung einen radikalen Theologen über die Köpfe der Fakultät hinweg an die Uni berief, und das andere von 1972, als dem Theologen und Dichter Kurt Marti ein Lehrstuhl verweigert wurde. **neu Fr. 24.–**

Alle Bücher sind selbstverständlich verlagsneu. Es handelt sich in den meisten Fällen um Restauflagen und Sonderausgaben, die wir Ihnen deshalb so enorm günstig anbieten können. Ein Grund, dieses Bücherangebot auch an Freunde und Bekannte weiterzureichen.

Bei Bestellungen von über Fr. 150.– können wir Ihnen zusätzlich auf die bereits reduzierten Preise einen

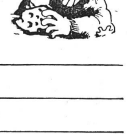
Rabatt von 10 Prozent

einräumen (ausgenommen Nrn. 10 + 11).

Unser Vorschlag:
Durch «Sammelbestellungen» mit anderen Buchfreunden lassen sich leicht Bestellwerte über Fr. 150.– erreichen.

Unsere Bezugsbedingungen: Der Mindestbestellwert für eine Bestellung beträgt Fr. 19.50 plus Versandkosten. Lieferung gegen Vorausrechnung. Ab Fr. 50.– portofreie Lieferung. Bei Bestellungen ab Fr. 150.– erhalten Sie 10% Rabatt auf den Rechnungsbetrag (Nrn. 1–9). Kein Buchklub.

Bestellcoupon:



Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Ich bestelle:

Nr.:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Anzahl:											

Datum, Unterschrift

Einsenden an:
Librama Buchservice, Postfach 139, 9008 St. Gallen
(Bitte Blockschrift! Kann auch mit Postkarte bestellt werden.)

Universität Lausanne: Neues Hochschulgesetz bringt neue Kompetenzen

Die Überwachung der kritischen Wissenschaften

Im vergangenen Dezember hat der Waadtländer Grosse Rat ein neues Hochschulgeetz verabschiedet, das sich nur in einem Punkt wesentlich vom alten unterscheidet: Der Staatsrat wird berechtigt, die Zulassung zur Universität mittels eines Numerus clausus notfalls zu beschränken. Doch dies ist nur ein neuer Überbau für die bürgerlichen Bildungspolitiker, die alles daransetzen, die in den 60er Jahren erreichten Reformen im Bildungsbereich wieder rückgängig zu machen. Mit dieser Entwicklung geht in Lausanne ein Angriff auf die Sozialwissenschaften einher, der sich in Überwachung und Untersuchungen gegen kritische Wissenschafter äussert: Zwei von drei Professoren am politologischen Institut haben eine Warnung vom Rektorat erhalten. Unser Bericht aus Lausanne analysiert die «neuen» Tendenzen an der Universität Lausanne.

Wer vor wenigen Jahren in Lausanne studiert hat, würde sich kaum mehr auskennen. Nach und nach ziehen die Fakultäten, die verstreut in den Häusern des Altstadtviertels untergebracht waren, in das hypermoderne Intellektuellenghetto von Dorigny. Wo bis vor kurzem noch Theologie und Recht in Sälen, die an Kapellen erinnern, von der Kanzel herunter verabreicht wurden, während die Assistenten in eigentlichen Chorstühlen Platz nahmen, stehen die

Räume leer. So die Ancienne Académie: In dieser einstigen Hochburg der Geisteswissenschaft wird nächstens, trotz gegenläufiger Petition, die Bar geschlossen. Im Kitschbau Palais de Rumine, bis anhin Bibliothek, Museum und Universität in einem, sind die Vorlesungen immer seltener, und in der Bibliothek wird man immer öfter nach dem zehn Kilometer ausserhalb von Lausanne gelegenen Dorigny verwiesen.

Umbau des Überbaus

Während die Universität in der rationalen Architektur Dorigny dem 21. Jahrhundert entgegengeführt wird, haben sich die hiesigen Politiker an dem Umbau des Überbaus gemacht. Im Dezember hat der waadtländische Grosse Rat ein *neues Hochschulgesetz* verabschiedet, das – um nicht mehr zu sagen – nicht durch Fortschrittlichkeit glänzt. Zeichen der Zeit: In den reformwilligen sechzigerJahren wurde es an die Hand genommen, in den reformunfähigen siebzigerJahren wurde es zu Ende gebracht, und alles ist, mit einigen Ausnahmen, wie zuvor.

Trotz vier Vorprojekten, einigen Vernehmlassungen, einem freien Tag für die Universität («jour de réflexion») kam das heraus, was man ohnehin erwartet hatte: Das Hochschulgesetz aus dem Jahr 1916 wurde durch ein neues ersetzt, aus dem das Rektorat gestärkt, der Universitätssenat ein wenig geschwächt, das administrative Personal und die Studenten rechtlos wie anhin herausgingen. Dafür wurde anderswo modernisiert: So berechtigt das neue Hochschulgesetz den Staatsrat, die Zulassung zur Universität notfalls zu beschränken.

Neue Lösungen für neue Schwierigkeiten

Zweifellos ist das neue Hochschulgesetz ein Ausdruck der Krise unserer Gesellschaft. Aber Vorsicht: ‹Krise› heisst nicht, dass diese Gesellschaft dem Untergang entgegengeht, sondern dass sie daran ist, neue Lösungen für neue Schwierigkeiten zu erarbeiten. Aus allen Krisen ist unser Gesellschaftssystem gestärkt hervorgegangen, rationaler, integrierter und besser überwacht. Krise heisst Umstrukturieren: Konkurrenzunfähige Unternehmen sollen verschwinden, systemunkonformes Denken soll unterworfen werden. So auch die Universität: Die Krise führt zur Geldknappheit des Staats, und diese zu einer restriktiven Kreditpolitik.

Für die Universität heisst das Personalstopp, keine Erhöhung oder Verknappung der Subventionen, bessere Überwachung der Verwendung dieser Subventionen. Seit Beginn der Wirtschaftsrezession in der Schweiz lebt die Universität Lausanne unter prekären Bedingungen. Drei Personen teilen sich manchmal eine einzige Assistentenstelle; für die Professoren gilt Personalstopp, während die Zahl der Studenten wächst; die Telefonrechnung der Institute werden kontrolliert; die Sekretärinnen haben sich für die Verwendung vorfrankierter Kuverts zu rechtfertigen.

Angriffe auf Sozialwissenschaften

Die Krise trifft nicht alle Sektoren der Universität gleichermassen. Man braucht die Politik beispielsweise des schweizerischen Nationalfonds nur ein wenig zu kennen, um zu wissen, dass die Natur- und Technikwissenschaften bedeutend weniger darunter leiden als die Geisteswissenschaft. Aber auch innerhalb der Geisteswissenschaften führt die Krise zur Selektion: Während die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften problemlos überleben, vermehren sich die Angriffe auf die Sozialwissenschaft: Entweder beweisen die Sozialwissenschafter, dass sie als Sozialingenieure zu verwenden sind, oder sie werden ins intellektuelle Proletariat abgeschoben. Einige Vorgänge an der Universität Lausanne können nur so verstanden werden.

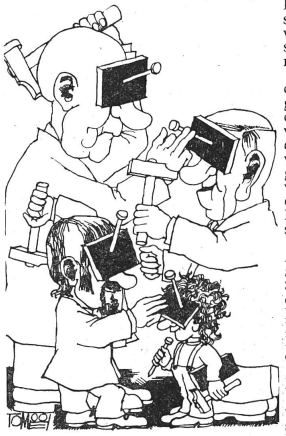
Überwachung . . .

Eine der Attraktivitäten der Universität Lausanne ist ihre sozialwissenschaftliche Fakultät (Ecole des sciences sociales et politiques), in welcher politische Wissenschaft, Soziologie, Pädagogie und Psychologie gelehrt werden. Sie gehört zu den ältesten Teilen der hiesigen Universität: Walras und Pareto, die Wirtschaftswissenschafter der «Lausanner Schule», haben hier gelehrt, Generationen von Beamten und Journalisten sind durch diese Schule hindurchgegangen. In den sechziger Jahren hat sie aber eine, wie viele glauben, bedenkliche Wendung durchgemacht. Sie wird deshalb von manchen Politikern und dem Rektorat misstrauisch und scharf überwacht.

. . . und Untersuchungen

Fast zufällig hat das Rektorat letztes Jahr beschlossen, eine grosse administrative Untersuchung über diese «Ecole des SSP» einzuleiten; ein Richter im Ruhestand wurde beauftragt, das angeblich zweifelhafte Funktionieren dieser Schule abzuklären. Dieser hat im Oktober seinen Bericht dem Rektor abgeliefert; obwohl dieser wenig konkrete Vorwürfe gegen die Sozialwissenschafter enthielt, erhielten drei Professoren eine Warnung.

Diese Professoren gehören nicht zu der Sektion Psychologie, die sich unter der Führung des jetzigen Nestlé-nahen Vorstehers zu einer Berufsschule für Berufsberatung durchgemausert hat und sich dem Wohlwollen der öffentlichen



Gewalt erfreut. Sie gehören auch nicht zu den auch in dieser Fakultät zahlreichen, rechtsstehenden Mandarinen, die neben Verwaltungsrats- und Kommissionssitzen nebenbei auch das Professorenamt ausüben. Alle drei sind hingegen bekannte, gesellschaftskritische Lehrer der Sektionen Soziologie und politische Wissenschaft.

Systemkonforme überleben

Wir wollen hier nicht in die Einzelheiten eingehen: Wichtig sind ja nicht die Ereignisse und Vorwände, sondern die Politik und Absichten, die sich dahinter abzeichnen. Offensichtlich führt die Krise innerhalb der Universität zur Scheidung der Geister, zur Selektion; die Systemkonformsten überleben. Die Naturwissenschaften (welche?) überleben besser als die Geisteswissenschaften; das Recht besser als die Sozialwissenschaft; die Industrie-Psychologie besser als die Soziologie usw.

Z. B. politische Wissenschaft

Die Selektion findet auch innerhalb der einzelnen Disziplinen statt. Nehmen wir als Beispiel die politische Wissenschaft an der Universität Lausanne. Sie wird von drei Professoren gelehrt: *Roland Ruffieux* ist Professor auch in Freiburg; er ist Verfasser mehrerer Standardwerke über Schweizer Geschichte und Politik und steht der CVP nahe. *François Masnata* ist vor allem in Frankreich bekannt: er hat dort, zusammen mit seiner Frau, mehrere Bücher über die Vereinigten Staaten veröffentlicht; in der Schweiz ist er als Verfasser eines Buchs über die SPS und als Exponent des linken Flügels der waadtländischen SPS bekannt. *Laurent Monnier* ist Professor für Politik der dritten Welt; seit sein Assistent in einer Dissertation über Zambien den Imperialismus kritisiert und dabei Lenin zitiert hat (die Verteidigung der These fand im ehrwürdigen Senatssaal statt, Experte war J. Ziegler, ehemalige Rektoren schauten aus ihren Gemälden traurig auf die verlorenen Schafe herab), ist er suspekt.

Warnung vom Rektorat

Masnata und Monnier haben vom Rektorat, nach Abschluss der Untersuchung, eine Warnung erhalten. Warum? Die Vorwände sind es wert, erwähnt zu werden. Masnata wird schuldig befunden, eine Vorlesung in ein Seminar umgewandelt zu haben. Gibt es aber in Lausanne nicht einen der Vereinigten Europa-Lobby nahen Ökonomen, der aus sämtlichen Vorlesungen (Thema: Wirtschaftsgeschichte, politische Ökonomie) ein einziges Seminar über Europafragen gemacht hat? Monnier wird schuldig befunden, in seinem Seminar über die ausländischen Arbeiter in der Schweiz tatsächlich ausländische Arbeiter in der Schweiz eingeladen zu haben. Die Einladung universitätsfremder Elemente unterstellt dem Zwang zur Bewilligung. Lädt aber nicht der bereits erwähnte Ökonom regelmässig seine ehemaligen Studenten ein, in seinem Seminar über ihre Karrieren zu spechen?

Wenn die Zeit noch nicht reif ist und das Rektorat einstweilen zögert, zum Grossangriff zu blasen, besteht doch die Gefahr, dass die Krise eine Umstrukturierung bis in die einzelnen Disziplinen einleitet. Was würde das etwa für die politische Wissenschaft heissen? Das würde bedeuten, dass sie sich entweder als Technik der politischen Planung auszuweisen oder zu sterben hat. Die Zeiten sind vielleicht noch nicht reif; aber die Zeichen stehen.

Keine kritische Literatur

Das letzte in der Chronik der Universität Lausanne: Das Institut für politische Wissenschaft verfügt über eine Publikationsreihe, in der neulich Masnata einige gesellschaftskritische Arbeiten von Studenten veröffentlicht hat. So hat eine Arbeit die Geschichte der schweizerischen KP zwischen 1919 und 1921 zum Gegenstand (C. Loertscher: Le Parti Communiste suisse et les syndicats), wobei der Autor in wissenschaftlicher Fairness seine KP-Sympathien ausdrücklich anerkennt, was die historische Arbeit aber nicht beeinflusst hat. In einem anderen Buch (Burnand: Le parti socialiste à la radiotélévision) wird die laue Politik der SP zwar kritisiert, einem Vertreter des Geschäftsausschusses dieser Partei (Ghelfi) aber das Wort gegeben. In einem dritten Buch (Bory: Immigration et xénophobie dans la société suisse) wird die Nationale Aktion zwar kritisch unter die Lupe genommen; V. Oehen hat aber das Vorwort geschrieben. Dasselbe gilt für eine vierte Arbeit (Weber-Jobé: La fédération suisse des consommatrices). Die Publikationsreihe möchte die Universität für die Gesellschaft öffnen. In der Tat ist das Echo am Radio und Fernsehen, wie auch in der Presse, gross. Resultat: Das Rektorat schreibt dem Institutsvorstand einen erzürnten Brief, zitiert ihn vor sich. Das Institut sei keine Verkaufsstelle für politische Literatur. *C.*

Spots

Dr. Rudolf Farner, Besitzer einer kapitalkräftigen Werbeagentur in Zürich, welche oft die Werbetrommel für ein Nein führt bei Abstimmungen, die soziale Vorteile für das Volk brächten, daneben hoher Militär, meint, «die Ereignisse nach Vietnam und Watergate sind dadurch zu erklären, dass kommunistisches Gedankengut von Europa nach Amerika gekommen ist». Ist da nicht vielmehr dieses kriegerische und korrupte Gedankengut nach Amerika gekommen, als Herr Farner zwei Jahre selbst in den USA weilte?

Zum Abstimmungspaket vom 28. Mai

Der Beitrag der Studenten ist entscheidend

von Thomas Heilmann, VSS

In letzter Zeit ist es üblich geworden, dass an einem einzigen Abstimmungswochenende die verschiedensten eidgenössischen Vorlagen vorgelegt werden. Noch mehr belastet wird das Programm meistens noch durch kantonale und kommunale Abstimmungen. Das führt zu einer Zersplitterung der Abstimmungskampagne und zu einer Aufspaltung der Kräfte, die sich politisch engagieren. Auch am 28. Mai 1978 ergibt sich eine solche Konstellation. Für uns Studenten kommt noch hinzu, dass an diesem 28. Mai eine Abstimmung stattfindet, die unmittelbar unsere Interessen tangiert: die Abstimmung über das neue Hochschulförderungs- und -forschungsgesetz (HFFG). Gleichzeitig sind auch andere Vorlagen sehr wichtig und werden höhere Wellen schlagen als die bildungspolitische Ausmarchung.

Das trifft sicher auf das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch zu, die sogenannte Indikationenlösung, wo ja der Einsatz gerade auch von der Seite der Studentinnen für eine fortschrittliche und liberale Regelung ziemlich gross sein dürfte. Diese Ausgangslage macht eine aktive Kampagne von studentischer Seite für das HFFG besonders notwendig, da wir uns keinesfalls auf einen Volleinsatz der befürwortenden Bundesratsparteien verlassen dürfen.

Parteien: Andere Vorlagen haben Vorrang

Ohne auf die Auseinandersetzung innerhalb der fortschrittlichen Kreise um das Gesetz über die Indikationenlösung eingehen zu wollen, kann mit Bestimmtheit festgestellt werden, dass die reaktionären und obskurantistischen Kräfte, die sich mit Händen und Füssen gegen die Befreiung und Gleichberechtigung der Frauen wehren, wieder eine demagogische Kampagne grossen Stiles aufziehen werden. Die Abstimmung über die Fristenlösung ist noch in frischer Erinnerung.

Es ist nun zu vermuten, dass gerade diese durch die erzreaktionäre Kampagne mobilisierten Stimmbürger kaum dem notwendigen Ausbau des Bildungswesens zustimmen dürften. Der Einsatz der CVP, die nicht zuletzt aus richtig verstandenem Parteiegoismus der Vorlage *«ihres»* Bundesrats zum Durchbruch verhelfen will, wird dadurch gerade in den für die Abstimmung nicht unwesentlichen katholischen Kantonen mindestens teilweise neutralisiert.

Für die Sozialdemokraten steht die Abstimmung über das *«Brotpreis-Referendum»* im Vordergrund, während der SGB laut eigener Aussage nicht mit anderen Kräften zusammen sich für das HFFG einsetzen will, was im Klartext heisst, dass auch von dieser Seite her kein gewichtiger Beitrag zu einem Ja zu erwarten ist.

Freisinn und SVP sind in der Frage der Hochschulförderung innerlich zerrissen.

Die Verankerung der SVP in den gewerblichen Kreisen, deren Boss ja Fischer ist, wird die Begeisterung dieser Partei für das HFFG in Grenzen halten.

Darüber hinaus müssen wir uns im klaren sein, dass in letzer Zeit auch Vorlagen, für die sich die Bundesratsparteien stark gemacht haben (Mehrwertsteuer!) keine Gnade gefunden haben. Die Studenten, die Mittelschüler, alle diejenigen, die am HFFG interessiert sind, haben also allen Grund, sich nicht einfach auf die Abstimmungsmaschine der Polittechnokraten zu verlassen. Ganz abgesehen davon, dass auch die Gefahr besteht, bei einem ungenügenden Einsatz der direkt Betroffenen das Spiel derjenigen zu machen, die sich zwar nach aussen als Befürworter des Gesetzes geben, klammheimlich aber seine Ablehnung begrüssen würden. Das «dumme Volk» wäre ja dann Schuld . . .

Die direkt Betroffenen mobilisieren

Da auch von anderer Seite nicht viel erwartet werden darf, kann ein positiver Abstimmungsausgang nur erreicht werden, wenn die direkt Betroffenen, d. h. die Studenten, die Mittelschüler (ihre Eltern usw.), aber auch die Lehrlinge mobilisiert werden. Wir müssen imstande sein, aufzuzeigen, dass wir nicht für enge korporative Interessen kämpfen, sondern dass es bei der Abstimmung über das HFFG auch um grundsätzliche Fragen der zukünftigen Ausgestaltung der Bildungspolitik, aber auch der Arbeitsmarktpolitik und darüber hinaus um ein Stück Entwicklung unseres Landes geht.

Wie sehr eine Kürzung der Bundesgelder für die Universitäten den Studenten und Mittelschülern schadet (Numerus clausus, Prüfungsverschärfungen, Verschlechterung der Situation am Studienplatz, Abblocken jeglicher fortschrittlicher Studienreform usw.), darf doch beinahe als bekannt vorausgesetzt werden. Und auf diesem Gebiet muss sich auch ein Teil unserer Abstimmungskampagne bewegen.

Was bis heute noch weniger in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen ist, ist der enge Zusammenhang zwischen den verschiedenen Stufen des Bildungswesens. Immer noch zirkulieren auch in Kreisen, die es eigentlich besser wissen müssten, Vorstellungen, wie die, dass das Sparen im Universitätsbereich zu einer Verbesserung der Situation in der Berufsbildung führen könnte. Dagegen trägt ein Sparen im Universitätsbereich über den «Verdrängungseffekt» zu einer Verschlechterung der Chancen der Nicht-Maturanden bei.

Die von einigen Unternehmerkreisen gewünschte Auswirkung des Verdrängungseffektes fasste Otto Fischer (Direktor des Gewerbeverbandes) in seinem Schlagwort vom *«Mangel an unqualifizierten Kräften»*, den es in der Schweiz geben soll, zusammmen.*

Neben diesem *«technischen»* Argument für eine Aktionseinheit von Studenten und Lehrlingen (und selbstverständlich auch Arbeiterorganisationen) gilt allgemein, dass die Sparwut sich nicht allein in den Universitäten austoben wird, sondern dass, wie ein Blick auf die Budgetdebatten in einigen Kantonen zeigt, das Referendum gegen das HFFG Teil einer Bildungssparkampagne in allen Bereichen ist. Wer also gegen Bildungsabbau in irgendeiner Art und Weise ist, muss, auch ohne besondere Vorliebe für die Universitäten, für das HFFG Stellung nehmen.

Einigelung des Kapitals

Wer erinnert sich noch an die in der schweizerischen Studentenbewegung Anfang 70er Jahre verbreitete Diskussion um das sogenannte «progressive Kapital»? Heute jedenfalls zeigt sich diese Fraktion nirgends. Die Konzeptionen, die davon ausgehen, dass eine weitere Kapitalexpansion nur auf Grundlage einer breiten wissenschaftlich-technischen Basis möglich sei, finden keine Abstützung in wichtigen Unternehmerkreisen. Der kurzfristige Profit, der auch über die Sparpolitik gesichert werden soll, steht im Vordergrund. Deshalb ist auf keine grosse Unterstützung der HFFG-Kampagne aus dieser Ecke zu hoffen.

Aktives Eingreifen der Studenten

Möglicherweise mag es für manche überraschend sein, dass sich die Studentenbewegung hinter das HFFG stellt und nicht nach bekanntem Muster die vorhandenen Mängel des Gesetzes kritisiert und ein «linkes» Nein propagiert. Die Analyse der Lage ergibt eben, dass wir nicht mit einem Automatismus kleiner Reformen rechnen können, denen wir weiter tragende Konzepte entgegenstellen können. Diese Taktik kann nicht mehr angewandt werden, weil sich die Achse in der Bildungspolitik insgesamt nach rechts verlagert hat und somit der Kampf auch um geringe Verbesserungen oder zur Abwehr von Abbaumassnahmen heute eine ganz andere politische Bedeutung hat als noch vor 5 Jahren.

Der VSS wird in Zusammenarbeit mit den Studentenschaften und andern Kräften aus diesen Gründen eine aktive Kampagne für das HFFG führen, die gleichzeitig auch politisch eigenständig sein muss. Es geht natürlich nicht an, die Mängel des HFFG, seine mangelnde Griffigkeit, was das NC-Problem betrifft, zu beschönigen. Darüber hinaus werden es nur die um diese studentische Kampagne gruppierten Kräfte sein, die versuchen, den Zusammenhang zwischen HFFG-Abstimmung und den übrigen Massnahmen des Bildungsabbaus aufzuzeigen.

Schliesslich kann nicht übersehen werden, dass auch abstimmungstaktische Überlegungen ein aktives Eingreifen der Studenten zur Mobilisierung der direkt Betroffenen verlangt wird. Denn nur wenn die direkt als Lehrende, Lernende oder Eltern mit dem Bildungswesen verbundenen Gruppen ihren Einsatz für das HFFG leisten, kann die Abstimmung gewonnen werden.

Den Schaden im Fall einer Ablehnung hätten die Studenten, Mittelschüler und Lehrlinge zu tragen. Ganz abgesehen von der Verschlechterung des politischen Klimas, welche jeder Sieg der reaktionären Kreise mit sich bringt.

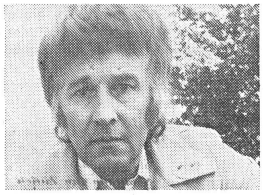
* Ein Interview mit Otto Fischer ist in «das konzept» Nr. 12/77 erschienen und für 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, erhältlich.

Jetz isch gnueg!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Der Entscheidungstag steht vor der Tür. Am 26. Februar haben wir eine einmalige, nicht wiederkehrende Chance. Die Chance, uns das Mitspracherecht zu sichern in einem monumentalen Werk, welches das Gesicht unserer Heimat entscheidend beeinflusst: im Bau unserer Nationalstrassen.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die Autobahnen unser Land einschneidend und unwiderruflich verändern. Es widerspricht unserm demokratischen Empfin-



den und unserer Liebe zur Heimat, wenn wir in einer derart lebenswichtigen Sache anonyme Planer und Technokraten allein schalten und walten lassen müssen. Sie haben zu viele Planungssünden, ja Planungsverbrechen auf dem Gewissen. Hinter ihren Reissbrettern und sterilen Schreibtischen können sie ja gar nicht anders, als monströse Fehler begehen.

Mit Ihrem JA zu unserer Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» sagen Sie der Verwaltung, dass Sie genug haben von ihrer Rücksichtslosigkeit und ihren Irrtümern, genug von ihrer kalten Sachlichkeit und ihrem Grössenwahn, genug von ihren Verwüstungen. Mit Ihrem JA rufen Sie: «Halt! Euren horizontalen Babelturm baut Ihr mit *unsern* Milliarden. *Plant mässiger und sorgfältiger.* Wir schauen Euch auf die Finger.»

Falls Sie sich noch kein richtiges Bild von den Zerstörungen gemacht haben, dann sehen Sie unser Land an. Fahren Sie an den Bielersee. an den Neuenburgersee, an den Lauerzersee, an den Sempachersee, nach Zürich an die Sihl, ins Limmattal, in den Kanton Uri . . .Sie werden nachdenklich, traurig, zornig nach Hause kommen, tief besorgt. Aber das genügt nicht. Sie müssen am 26. Februar an der Urne Ihrem Zorn und Ihrer tiefen Besorgnis mit einem JA zu unserer Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» Ausdruck geben. Es ist die Pflicht eines jeden von uns, Halt zu rufen: «Halt! Ich will mitreden! Das ist unser Land.»

Und sagen Sie es allen Ihren Freunden und Bekannten, dass auch sie am 26. Februar an die Urne gehen, dass auch sie ihr JA einlegen zur «Demokratie im Nationalstrassenbau».

Ihr Franz Weber

In keinem Land der Welt finden wir so viele Autobahnen auf so engem Raum wie in der Schweiz. Und alle paar Kilometer eine aufwendige Zufahrt. Und Raststätten und Tankstellen noch und noch. Etwa nach dem Motto: es kann nicht teuer genug gebaut werden.
15 Milliarden Franken haben uns die Autobahnen bis heute gekostet. Weitere 20 Milliarden werden wir noch bezahlen müssen, wenn wir den Autobahnämtern und Planungsbürokraten nicht auf die Finger schauen.
Bis jetzt hatten wir zu den Milliardenausgaben für die Autobahnen nichts zu sagen, denn seit 1960 entscheiden allein Bundesrat und Verwaltung über Bau und Linienführung der Nationalstrassen. So viel Macht in wenigen Händen ist ungesund und führt zu Missbrauch und Arroganz. Der Volkswille blieb unbeachtet, unzählige Proteste und Bittschriften, Hunderte von Eingaben, Petitionen und lokalen Initiativen gegen Autobahnteilstücke und innerstädtische Express-Strassen wurden einfach unter den Tisch gewischt.
Am 26. Februar können wir diesen unhaltbaren Zustand ändern. Denn die Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» des bekannten Umweltschützers Franz Weber will dem Schweizervolk das Mitspracherecht beim Bau von Autobahnen zurückgeben.
– Damit Selbstherrlichkeit und Geldverschwendung aufhören.
– Damit nicht weiter sinnlos wertvolles Bauernland dem Verkehr geopfert wird.
– Damit unsere Städte und Landschaften vor weiteren Verwüstungen verschont werden.
– Damit unsere Schweiz lebenswert bleibt.

Es ist eine Lüge

wenn behauptet wird, bei Annahme unserer Initiative müssten fertige Autobahnteilstücke wieder abgerissen werden. Die Initiative bewirkt einzig und allein, dass Parlament und Volk (und nicht mehr wie bisher Bundesrat und Verwaltung allein) über den Bau von Autobahnen entscheiden können.

Bis es je zu einem Abbruch käme, müssten nach Annahme unserer Initiative 50 000 Stimmbürger gegen ein besonders beanstandetes Teilstück das Referendum ergreifen. Daraufhin hätte das ganze Schweizervolk in einer eidgenössischen Abstimmung über den Abbruch des betreffenden Teilstücks zu beschliessen.

Ernsthaft überdenken!

«Ich werde der Initiative zustimmen: ich bin überzeugt, dass unsere Behörden im Bau von Nationalstrassen zu weit gegangen sind, zuviel Bauern- und Erholungsland geopfert haben und zuwenig berücksichtigt haben, dass Strassenbau den Verkehr (auch aus dem Ausland) anzieht und dieser Verkehr grässliche Folgen hat: Unfalltote, Unfallinvalide, Auspuff von giftigen Gasen und giftigem Blei, gesundheitsgefährdenden Lärm. Ich weiss auch, dass ‹Umfahrungen›, die unsere Strassenbauer anpreisen, zwar einzelne Siedlungen vom Elend übersteigerten Autoverkehrs befreien können, aber allzuoft dieses Elend nur in andere Siedlungen überführen – denn unbewohntes Land für Umfahrungen ist rar geworden.
Es fehlt mir der Glaube, dass unsere Behörden bei Ablehnung der Initiative ihre Strassenbaupläne ernsthaft überdenken würden.
Betrübt hat mich die unwürdige Art, wie Ihre Initiative in den amtlichen Erläuterungen zur Abstimmung behandelt worden ist: Es heisst darin, bei Annahme der Initiative würdem ‹allenfalls› Hunderte von Millionen Franken verschleudert, weil gebaute Strassenabschnitte wieder abgebrochen werden müssten. Es wird vergessen hinzuzufügen, dass diese ‹Gefahr› nur dann gegeben wäre, wenn die Bundesversammlung (oder nach einem Referendum das Volk) den Beschluss fassen würde, ‹Hunderte von Millionen Franken› unsinnig zu verschleudern.» **Prof. Dr. med. M. Bleuler, Zollikon**

Alle grossen Umweltschutzorganisationen empfehlen ein JA zur Initiative:

World Wildlife Found Schweiz (WWF), Schweizerischer Bund für Naturschutz (SBN), Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), Rheinaubund usw.

Demokratie = Vernunft

«Wir ältern Knaben erlebten und erleben Diktaturen aller Schattierungen. Ihnen allen ist durchwegs eigen, dass sie und ihre Repräsentanten *Kritik nicht ertragen.* Das führt zu Überheblichkeit und Überschätzung der Möglichkeiten.
Ich bin fest überzeugt, dass die Demokratie der Diktatur gerade deswegen überlegen ist, weil die Kritik des Volkes ungesunde Entwicklungen über kurz oder lang verhindert. Zu erwartende gesunde Kritik verhindert zum vornherein unausgewogene Vorlagen. Dies ist einer der grossen Vorteile der Initiative ‹Demokratie im Nationalstrassenbau›: Regierungsleute und Ämter aller Stufen werden sich hüten, in falsch verstandenem Fortschrittsglauben Betondenkmäler setzen zu wollen, wenn sie riskieren müssen, dass das Volk solche Zumutungen verwirft!
Es ist ein offenes Geheimnis, dass gerade *seriöse und pflichtbewusste Amtsstellen die Initiative durchaus begrüssen.* Geben wir diesen Männern den so notwendigen Rückhalt und stimmen wir am 26. Februar JA.»

Konrad Graf, Dipl. ing. agr., Ständerat SVP, Schaffhausen

Ausbau der Demokratie

«Ich habe das Gefühl, dass seit einiger Zeit unter dem Titel *‹Verwesentlichung der Demokratie›* ein *systematischer Abbau der Demokratie* betrieben wird, indem die Bürger nur noch zu unwichtigen Entscheiden zur Urne gerufen werden. Bei folgenschweren und zentralen Problemen (Bau von Atomkraftwerken, Bau von Nationalstrassenabschnitten, Militärkredite usw.) ist die Meinung des Volkes nicht gefragt; hier sollen die Experten, Planer und Interessenvertreter allein entscheiden.
Die Initiative ‹Demokratie im Nationalstrassenbau› bedeutet dem gegenüber einen entscheidenden Schritt in Richtung auf einen *echten Ausbau unserer Volksrechte.*
Vor Jahren kämpften meine Freunde und ich gegen eine unsinnige Stadtautobahn. Heute wehren wir uns gegen stadtzerstörerische Anschlusswerke. Wir haben dabei die bittere Erfahrung gemacht, dass man sich *nur über den Weg der Volksabstimmung* mit Erfolg gegen das Prestigedenken gewisser Planer und Behörden durchsetzen kann.»

Franz Jäger, Hochschuldozent, Nationalrat LdU, St. Gallen

Wortlaut der Initiative

Artikel 36bis, Absatz 1bis (neu)
Die Bundesversammlung beschliesst über Konzeption, Linienführung und Ausführung der Nationalstrassen. Diese Beschlüsse sind dem Volk zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen, wenn es von 50 000 Stimmberechtigten oder von acht Kantonen verlangt wird.

Übergangsbestimmungen
Alle Nationalstrassen und -strassenabschnitte, die am 1. August 1973 noch nicht erstellt oder nicht in Ausführung begriffen waren, unterliegen der Beschlussfassung gemäss Artikel 36bis, Absatz 1bis.

Mahnmal für den Unverstand

«Als Baslerin, die in Zürich wohnt, habe ich am Beispiel des unseligen Ypsilons miterlebt, was der schwerfällige Planungsapparat dieser Stadt angetan hat. Er hat sie rücksichtslos und irreparabel verstümmelt. Was vor Jahrzehnten in gutem Glauben an den Fortschritt ausgebrütet worden war, was sich damals auf dem Reissbrett als grosszügiger Entwurf ausnahm, hat sich nicht nur in Zürich, sondern vielerorts *als Fehlplanung erwiesen* und kann höchstens noch kommenden Generationen *ein Mahnmal sein für unsern Unverstand.*
Um zu retten, was noch zu retten ist, müssen wir als Betroffene mit-reden können. Darum: Ja zur Demokratie im Nationalstrassenbau!»

Heidi Abel, TV-Mitarbeiterin, Hombrechtikon

Demokratie im Nationalstrassenbau
Initiative Franz Weber
26. Februar 1978

JA

Unabhängig von der Parteifarbe:

Alle Jungen sind dafür

Zerschnittene Landschaften, von Expressstrassen zerstörte städtische Wohnquartiere, einbetonierter Landwirtschaftsboden. So rücksichtslos können heute die Autobahnbauer mit der schweizerischen Landschaft umgehen. Darum soll jemand anders, jemand, der Werte wie Natur und Heimat höher schätzt, das letzte Wort sprechen können: das Volk. Das will die Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» erreichen. Und deshalb unterstützt der Umweltausschuss der schweizerischen Jugendparteien diese Initiative. Sie stellt das einzige Mittel des Volkes gegen Missbrauch, Auswüchse und Fehlplanungen im Nationalstrassenbau dar.
Mit Befremden verfolgt der Umweltausschuss die Argumentation der Gegner. Mit der Behauptung, die Initiative bedeute den Abbruch bestehender Nationalstrassen, sprechen sie dem Schweizervolk, dem die Initiative lediglich die Referendumsmöglichkeit zurückgeben will, jedes gesunde Urteilsvermögen ab! Ein gesundes menschliches Mass ist aber gerade das, was der Umweltausschuss an der heutigen Autobahnplanung vermisst.

Olten, 31. Januar 1978:
Junge CVP, Junger LdU,
Jungliberale Bewegung (JFDP),
Jung-NA

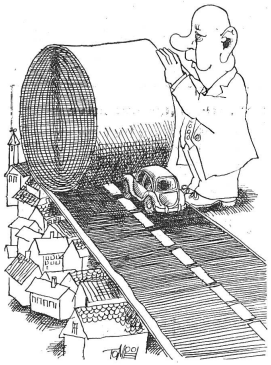
Ein JA

zur Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau» empfehlen die *Jungsozialisten (Juso)*

Kein Chaos!

«Es gibt eine Reihe von umstrittenen Nationalstrassenabschnitten, wo die Initiative das *einzige Rechtsmittel darstellt, um den Bau verhindern oder deren Konzept noch beeinflussen zu können.* In allen diesen Fällen wären die Initiative und die neue Kompetenzordnung geeignet, die Auseinandersetzung zu entschärfen, zu versachlichen und dem Volk statt nutzlosen Einsprachen, Protesten, Petitionen und lokaler Initiativen ein demokratisches Mitspracherecht in die Hand zu geben.
Die Motion des National- und Ständerates zur Überprüfung einer Anzahl Nationalstrassenabschnitte erhält durch die Annahme der Initiative *die nötige Rükkendeckung.* Andernfalls ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass die Überprüfung in manchen Amtsstuben *blockiert oder nur pro forma* vorgenommen wird.
Lassen Sie sich durch das schwere Geschütz politischer und juristischer Injurien, das gegen die Initiative aufgefahren wird, nicht verunsichern! Ein ‹Chaos im Nationalstrassenbau› wird nicht eintreten. Mit dem neuen Referendumsrecht wird weder aus grundsätzlichen noch praktischen Gründen Missbrauch getrieben werden, es wird sich jedoch schon aus vorbeugenden Gründen als sehr heilsam erweisen.»

Dr. Erwin Akeret, Verleger
Redaktor, Nationalrat SVP,
Winterthur



Rettet die Landwirtschaft!

«Ich bin ein vehementer Gegner der N 9 Martigny–Brig. Schon heute ist unser Bauernland in der Rhone-Ebene viel zu knapp und oft in 10–20 Parzellen auf mehrere Kilometer verstreut. Die Autobahn würde diesen Zustand noch verschlechtern. Die Parzellen würden noch mehr aufgestückelt, was die Bearbeitung noch unrationeller und unrentabler machen würde, so dass viele Bauern aufgeben müssten.
Laut offizieller Untersuchungen ist sämtliches Land *bis zu 100 m von der Autobahn entfernt nicht mehr kultivierbar,* ohne dass schwerste gesundheitliche Schäden bei Menschen und Tieren zu befürchten sind. Und zum Teil genau solch schlechtes Land bietet uns der Staat an als Ersatz für den Boden, den wir der Autobahn opfern müssten. Das ist ein Skandal!
Damit die Walliser Autobahn verhindert werden kann und damit auch die andern Landesteile vor solchen Bauten verschont werden, stimme ich JA zur ‹Demokratie im Nationalstrassenbau›.»

Henry Solleder, Bauer, Sion

Nicht gleichgültig

«Ich möchte ein Wörtchen mitreden, bei der Gestaltung unseres Landes, vor allem weil es mir nicht gleichgültig ist, in was für eine Schweiz meine Kinder hineinwachsen. Deshalb stimme ich JA zur ‹Demokratie im Nationalstrassenbau›.»

Beatrice Alder, Hausfrau
und Buchhändlerin,
Grossrätin, SP Basel

Bodenfresserei

«Das heute bestehende Nationalstrassennetz genügt mir vollauf, um zu erkennen, dass bei dessen Planung keine verantwortungsbewussten Geister am Werk waren. Es scheint mir vielmehr, die Planer hätten die Linienführung oft nur nach dem technisch günstigsten Aspekt, ohne Rücksicht auf Mensch und Landschaft, entschieden. Wenn wundert's, wenn dabei die staatspolitische Einstellung vieler Bürger kaputtgemacht wurde? Von 1942–1967 wurden in der Schweiz *100 000 ha Kulturland verbaut* und mit Strassen erstickt. Ich erinnere an den vor kurzem erschienenen Bericht über die Landesversorgung, der heute gerade noch von knapper Selbstversorgung spricht. Wer kann es verantworten, dieser fatalen Bodenfresserei durch weitere Nationalstrassen (mit Einfahrten zu jedem Dörfli!) zuzusehen? Für unsern beschränkten Lebensraum gilt für eine gesunde Zukunft einzig der *Grundsatz qualitativen Wachstums.* Abgesehen davon, dass die Nationalstrassen in einer Zeit geplant wurden, als Regierung und Experten noch glaubten, die Wirtschaft könne bei unerschöpflichen Energiereserven in den Himmel wachsen. So ändern sich die Zeiten. Ich bin daher überzeugt, Nationalstrassenbau geht jeden an. Geht es doch um den Boden, von dem das tägliche Brot stammt.»

Dr. Herrmann Neff,
Tierarzt, Gais

Vertrauen ins Volk

«Wir benötigen ein nationales Strassennetz, das den Motorfahrzeuglenker rasch und bequem ans Ziel bringt. Aber nicht um jeden Preis. Das Schweizervolk hat sich 1958 zu viel aus den Händen nehmen lassen, als es dem Bundesverfassungsartikel 36bis zustimmte. Es heisst dort: *‹Der wirtschaftlich nutzbare Boden ist nach Möglichkeit zu schonen.›* Aber dass auch Dorfbilder, Erholungsgebiete, Naturschönheiten zu schonen sind, davon steht leider nichts in diesem Artikel. Ein gewisses Mitspracherecht sollte der Stimmbürger haben, denn es geht auch um die *Gestaltung* unseres Landes. Und da hat er schon oft Verstand gezeigt. Ein JA zur ‹Demokratie im Nationalstrassenbau› bedeutet Vertrauen in die Urteilskraft des Volkes.»

Helen Meyer,
Nationalrätin CVP, Zürich

Für Mitbestimmung

«Ich bin für die Mitbestimmung des betroffenen Bürgers in allen grösseren Belangen im Strassenbau – denn ich bin für die Mitbestimmung überhaupt: am Arbeitsplatz, in der Gestaltung der Lebensqualität, in allen Beziehungen des Menschen und in all seinen aktiven und passiven Lebensäusserungen. In der heutigen Zeit sind die Ausseneinflüsse, die den Menschen der modernen Gesellschaft umgeben, von solch ungeheurem Ausmass, dass eine aktive Beteiligung jedes einzelnen unerlässlich ist. Dabei geht es nicht nur um die jeweilige *Meinungsäusserung der Betroffenen,* sondern ebensosehr um den *langwierigen Prozess der Informationsbildung,* die ja eine wirkliche und autonome Meinung erst entstehen lässt. Informationsfluss seinerseits setzt aber eine möglichst grosse Transparenz aller Entscheidungs- und Planungsvorgänge voraus. Was anders ist aber Transparenz, Information und Mitbestimmung als volle Demokratie, lebendige Demokratie und Demokratie für alle? Kein Wunder, dass die Gegner solcher Initiativen aus jenen Lagern zu stammen scheinen, die den Begriff der Demokratie wohl immer wieder rhetorisch heraufbeschwören, ihn aber immer dort zu vergessen bereit sind, wo er zur Praxis werden sollte. Zu einer Praxis allerdings, die das Bestehende nicht einfach akzeptiert, sondern auch verändern will.»

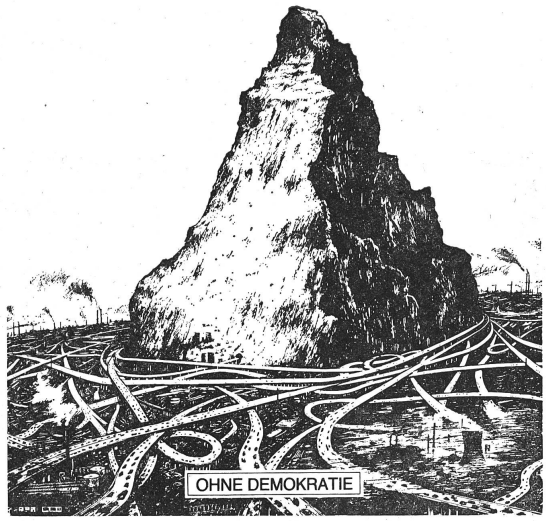
Dr. med. Berthold Rothschild,
Psychiater, Gemeinderat PdA,
Zürich

Herausgeber:
Verein «Demokratie im Nationalstrassenbau», Postfach 2596, 3001 Bern

Verantwortliche Redaktion:
Heinz Bäbler, Luzius Theiler

Produktion:
«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Druck:
Tages-Anzeiger, 8021 Zürich



Gegen die Macht der Bürokratie

«Die Macht der Bürokratie ist immer stärker im Vordringen begriffen – ein im Zusammenhang mit der fachtechnischen Spezialisierung wohl unaufhaltsamer Prozess. Um so lebensnötiger ist es, diese steigende Bürokratisierung mit einer steigenden Demokratisierung zu verknüpfen, weil nur so die Verwaltungen genötigt werden können, die Verbindung mit der öffentlichen Meinung nicht aus den Augen zu verlieren.
Ohne Intensivierung der Demokratie kann es heute keinen volkstümlichen Staat mehr geben.»

Adolf Gasser, Prof.
für Verfassungsgeschichte,
Präsident der Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU),
ehemaliger Präsident der FDP Basel-Stadt

Nur Zuschauer?

«Die bitteren Erfahrungen beim Bau der Nationalstrassen, wo in allzu vielen Fällen offensichtliche Fehlplanungen aus reinem Prestige-Denken nicht korrigiert wurden, lassen eine Neuordnung der Entscheidungskompetenzen als dringlich erscheinen. Es wäre eine merkwürdige Auffassung von Demokratie, würde sich das Volk weiterhin bei einem so kostspieligen und folgenschweren Bauwerk mit der Rolle des zahlenden Zuschauers begnügen.»

Valentin Oehen,
NA-Zentralpräsident,
Nationalrat, Bern

Neu überdenken

«Ich glaube, es war ein Fehler, dass vor 20 Jahren die alleinige Entscheidung und Verantwortung für das Nationalstrassennetz an den Bundesrat und seine Experten delegiert wurde und Volk und Parlament des Mitspracherechts enthoben wurden. Die Gegebenheiten haben sich in den letzten 20 Jahren grundlegend geändert. Unser Kulturland ist rar geworden, und die zahlreichen schwerwiegenden Nachteile des übertrieben dicht projektierten Nationalstrassennetzes treten immer deutlicher zutage. *Es muss heute neu überdacht, angepasst und zum Teil reduziert werden.*
Dass Volk und Parlament, vor allem aber *die* Generation, die heute und in naher Zukunft die Verantwortung für unser Land zu tragen hat, Gelegenheit haben sollen, im Rahmen der altbewährten demokratischen Regeln mitzuentscheiden, scheint mir kein Luxus zu sein. Schliesslich sollte die Demokratie nicht nur für weniger wichtige Geschäfte reserviert bleiben.
Lächerlich und beleidigend finde ich es, wenn man uns weismachen will, es würde zum ‹totalen Chaos›, zur ‹Zerstörung eines Gemeinschaftswerks› und sogar zum ‹Abreissen bereits gebauter Teilstücke› führen, wenn man der Bundesversammlung und dem Volk die sonst üblichen Rechte auch in diesem Bereich zugestehen würde. Berechtigt irgend etwas in der langen Abstimmungsgeschichte unseres Landes zur Annahme, dass *eine Mehrheit der Schweizer Stimmbürger* – und eine solche wäre natürlich bei jeder Referendumsabstimmung nötig – Freude am Chaos, an der Zerstörung und an unrealistischen Entscheiden hat? Wer die Frage mit Nein beantwortet, kann Ja sagen zur Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau.»

Leni Robert-Bächtold,
Redaktorin, Grossrätin FDP,
Bern

Für mehr Lebensqualität

«Jede Ausweitung des Mitspracherechts des Volkes ist eine Verbesserung unserer Demokratie. Deshalb stelle ich mich auch hinter die Initiative Demoraktie im Nationalstrassenbau.
Strassenbauten dürfen nicht nur verkehrspolitisch gesehen, sondern müssen in den Gesamtrahmen der Lebensqualität unserer Bevölkerung gestellt werden.»

Dr. Emilie Lieberherr,
Ständerätin SP,
Stadträtin von Zürich

Hier müssen wir Halt sagen

Nur mit einem Ja zur «Demokratie im Nationalstrassenbau» (Initiative Franz Weber) können wir die Verwirklichung dieser Fehlplanungen noch verhindern:

Weiterführung des Express-Strassen-Ypsilons in der Stadt Zürich
Würde die Flusslandschaft von Sihl und Limmat endgültig verwüsten und die Stadt mit noch mehr Privatverkehr überschwemmen.

Basler Nordtangente
Würde das dichtbesiedelte Horburg- und St.-Johann-Quartier durchschneiden und praktisch unbewohnbar machen.

Berner Schützenmatt-Autobahnzubringer
Würde pro Stunde 2500 Autos in die Innenstadt, bis fast vor den Bahnhof, bringen.

Splügenanschluss St. Gallen
Vierter Autobahnanschluss im Bereich der Stadt. Käme in unmittelbarer Nähe des Kantonsspitals (Immissionen!) zu liegen. Drei Anschlüsse sind genug.

Autobahn Martigny–Brig (N 9)
Würde das Wallis noch mehr zubetonieren und wertvolles Kulturland im Rhonetal zunichte machen. Für 400 Millionen Franken wurde in den letzten Jahren die 3spurige Kantonsstrasse bestens ausgebaut.

Brünigstrasse (N 8)
Völlig unnötiger Luxus, einen Pass von nur 1000 m Höhe zu untertunneln!

Simmental-Autobahn/Rawiltunnel (N 6)
In 19 km Entfernung wird mit einem Aufwand von 620 Millionen Franken die Lötschbergbahn ausgebaut. Die Strasse würde das einzigartige Simmental schwer schädigen.

Linksufrige Brienzerseestrasse (N 8)
Durchschneidet auf der ganzen Länge eine bisher unberührte Seeuferlandschaft von nationaler Bedeutung. Das Projekt ist zumindest wesentlich zu verbessern.

Cham–Wettswil (N 4)
Vollständig unnötig. Würde nur noch mehr Verkehr aus der Innerschweiz nach Zürich bringen.

Kerzers–Yverdon (N 1)
Dritte Verbindung zwischen der deutschen und der französischen Schweiz im Raume von 40 Kilometern. Würde das grösste Schilfgebiet der Schweiz am Südufer des Neuenburgersees zerstören.

Müllheim–Kreuzlingen (N 7)
Würde den Thurgauer Seerücken, das Naherholungsgebiet von Kreuzlingen und Konstanz stark beeinträchtigen.

Umfahrung von Sils im Domleschg (N 13)
Würde den Lebensraum und das Kulturland des tausend Einwohner zählenden Dorfes unwiderruflich kaputtmachen.

Helfen Sie mit!

Senden Sie uns den Antwortcoupon zurück. Bestellen Sie die ausführliche 50seitige Dokumentation mit Argumentenkatalog, schreiben Sie Artikel und Leserbriefe. Jeder kann politisch aktiv werden!
Helfen Sie mit, unsere Abstimmungszeitungen, Kleber und Plakate möglichst zahlreich zu verbreiten, arbeiten Sie im lokalen Komitee mit.

Zudem brauchen wir dringend Geld!

ACS/TCS und Zementindustrie können Millionenbeträge zur Bekämpfung unserer Initiative einsetzen. Wir sind auf Ihre Spende angewiesen. Deshalb für alle Einzahlungen herzlichen Dank.

PC 30–5897

Demokratie im Nationalstrassenbau, Bern

☐ Ich unterstütze die Initiative Demokratie im Nationalstrassenbau
☐ Ich bin bereit, in einem lokalen Unterstützungskomitee mitzuarbeiten
☐ Ich bin bereit, Flugblätter zu verteilen
☐ Ich bin bereit, für Ihre Kampagne Fr. . . . zu bezahlen (bitte schicken Sie mir einen Einzahlungsschein)
☐ Mein Name darf im Zusammenhang mit der Initiative öffentlich genannt werden

☐ Ich bestelle:
___Ex. Abstimmungszeitungen (gratis)
___Ex. Kleinplakate zu 50 Rappen
___Ex. Kleber zu 20 Rappen
___Ex. der Dokumentation mit Argumentenkatalog (50 Seiten) Preis Fr. 3.–
___Ex. «Die gerettete Landschaft» von Franz Weber Preis ca. 25 Fr.

Als kleinen Dank für Ihre Antwort senden wir Ihnen kostenlos die Sondernummer «Strassenbau» des WWF-Magazins Panda

Einsenden an:
Demokratie im Nationalstrassenbau
Bollwerk 17/Postfach 2596, 3001 Bern

Oder telefonieren Sie uns: (031) 22 29 34

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
PLZ, Ort: . . . . . .

DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

Er verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

Er macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfs.

Er öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

Er sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

Er verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

Er verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

Er bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

Er kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 77.–. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

☐ Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

☐ *monatlich Fr. 6.85*
☐ *vierteljährlich Fr. 19.65*
☐ *halbjährlich Fr. 38.90*
☐ *jährlich Fr. 77.–*

Name: _____

_____

Strasse: _____

_____

PLZ, Ort: _____

_____

Fakultät: _____

Semester: _____

7410

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertrieb
Postfach, 8021 Zürich

WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.

WDW